

LANDRATSAMT

# **Jahresabschluss** des Landkreises Ebersberg zum 31.Dezember 2017

**Rechenschaftsbericht**





# Inhalt Rechenschaftsbericht

---

<b>6.1</b>	<b><i>Vorbemerkung</i></b> .....	<b>5</b>
<b>6.2</b>	<b><i>Lage des Landkreises</i></b> .....	<b>5</b>
<b>6.2.1</b>	<b>Finanzpolitische Rahmenbedingungen im Landkreis bei Aufstellung des Haushalts 2017</b> .....	<b>6</b>
<b>6.2.2</b>	<b>Ergebnisentwicklung</b> .....	<b>8</b>
	Erläuterung des Jahresergebnisses auf Fachausschussebene .....	8
	Teilergebnis: Kreis- und Strategieausschuss (KSA) .....	8
	Teilergebnis: Ausschuss für Soziales, Familie Bildung, Sport und Kultur (SFB) .....	12
	Teilergebnis: Ausschuss für Liegenschaften, Vergaben (LSV).....	22
	Teilergebnis: Ausschuss für Umwelt, LK - Entwicklung, Infrastruktur mit KAW (ULV) .....	27
	Teilergebnis: Jugendhilfeausschuss (JHA) .....	32
	Teilergebnis: Finanzierung .....	39
<b>6.2.3</b>	<b>Finanzentwicklung</b> .....	<b>40</b>
<b>6.2.4</b>	<b>Vermögensentwicklung (Bilanz)</b> .....	<b>43</b>
	6.2.4.1 AKTIVA.....	43
	A. Anlagevermögen .....	45
	B. Umlaufvermögen.....	46
	C. Aktive Rechnungsabgrenzung .....	47
	6.2.4.2 PASSIVA.....	48
	A. Eigenkapital.....	50
	B. Sonderposten.....	50
	C. Rückstellungen.....	51
	D. Verbindlichkeiten.....	51
	E. Passive Rechnungsabgrenzung .....	54
<b>6.3</b>	<b><i>Entwicklung der Investitionstätigkeit und wesentliche Baumaßnahmen</i></b> .....	<b>55</b>
<b>6.4</b>	<b><i>Kennzahlen</i></b> .....	<b>66</b>
<b>6.5</b>	<b><i>Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres</i></b> .....	<b>69</b>
<b>6.6</b>	<b><i>Ausblick auf die zukünftige Entwicklung / Risiken</i></b> .....	<b>69</b>



## 6.1 Vorbemerkung

Nach § 80 Abs. 1 Satz 2 KommHV - Doppik ist dem Jahresabschluss ein Rechenschaftsbericht beizufügen.

Dieser Rechenschaftsbericht des Landkreises Ebersberg wurde unter Beachtung von Art. 88 Abs. 1 Satz 4 LKrO und § 87 KommHV - Doppik erstellt.

Genauere Anforderungen an den Rechenschaftsbericht sind in § 87 KommHV - Doppik formuliert.

Im Rechenschaftsbericht sind der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Haushaltslage unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Dies geschieht durch einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und durch Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr.

Außerdem soll der Rechenschaftsbericht darstellen:

- den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung
- die Umsetzung von Zielen und Strategien

## 6.2 Lage des Landkreises

Allgemeine und organisatorische Daten:

### Einwohnerzahl

13.09.1950		52.194
06.06.1961		55.421
27.05.1970	Volkszählung 1970*	73.882
31.12.1972	Bevölkerungsfortschreibung	82.263
31.12.1986	Bevölkerungsfortschreibung	98.484
24.05.1987	Bevölkerungsfortschreibung	98.835
24.05.1987	Volkszählung 1987	96.283
31.12.1990	Bevölkerungsfortschreibung	101.937
31.12.2000	Bevölkerungsfortschreibung	116.404
31.12.2005	Bevölkerungsfortschreibung	122.913
31.12.2006	Bevölkerungsfortschreibung	123.895
31.12.2007	Bevölkerungsfortschreibung	125.052
31.12.2008	Bevölkerungsfortschreibung	126.400
31.12.2009	Bevölkerungsfortschreibung	127.085
31.12.2010	Bevölkerungsfortschreibung	129.199
31.12.2011	Bevölkerungsfortschreibung	130.818
31.12.2012	Bevölkerungsfortschreibung	131.011
31.12.2013	Bevölkerungsfortschreibung	133.007
31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung	134.873
31.12.2015	Bevölkerungsfortschreibung	137.421
31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung	139 016

\* bezogen auf Gebietsstand nach Gebietsreform

Gebietsgröße: 549,67 qkm

Länge der Kreisstraßen: 119,456 km

**Schulen:**

Staatliche Dr.- Wintrich - Realschule Ebersberg  
 Staatliche Lena - Christ - Realschule Markt Schwaben  
 Staatliche Dominik-Brunner-Realschule Poing

Staatliches Gymnasium Grafing  
 Staatliches Humboldt - Gymnasium Vaterstetten  
 Staatliches Franz – Marc - Gymnasium Markt Schwaben  
 Staatliches Gymnasium Kirchseeon

Staatliches Sonderpädagogisches Förderzentrum Johann - Comenius - Schule Grafing  
 Staatliches Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing Seerosenschule

Staatliche Landwirtschaftsschule, Abteilung Hauswirtschaft, Ebersberg

Dazu: Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten  
 Fach/ - und Berufsoberschule Erding (Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Erding)

## **6.2.1 Finanzpolitische Rahmenbedingungen im Landkreis bei Aufstellung des Haushalts 2017**

Die dem Finanzmanagement vorliegenden Zahlen und angenommenen Entwicklungen für das Haushaltsjahr 2017 wurden positiv beurteilt. Es wurde ein Ergebnisüberschuss ausgewiesen.

Die Finanzplanung bis 2021 weist Ergebnisüberschüsse zwischen 2,3 Mio. € und 9,2 Mio. € aus. Sie liegen damit ausgehend von der Planung 2018 in allen Finanzplanungsjahren unter der von der Finanzmanagerin empfohlenen Höhe von 10 Mio. €. Die Liquidität beträgt 29 Mio. € zum Jahresende 2017, darin enthalten sind aber 7 Mio. € liquide Mittel des Gebührenzahlers der Kommunalen Abfallwirtschaft.

### **Kreis- und Bezirksumlage**

Der Landkreis Ebersberg verzeichnet im Jahr 2017 eine Steigerung der Umlagekraft um 5,6% gegenüber 2016. Das ist um 8,2 % weniger als im Vorjahr.

Umlagekraft Kreisumlage		Differenz	Prozent
1 Punkt 2015=	1.312.560,52	-13.813,05	-1,04
1 Punkt 2016 =	1.493.756,94	+181.196,42	+13,80
<b>1 Punkt 2017=</b>	<b>1.577.020,68</b>	<b>+83.263,74</b>	<b>+5,57</b>

#### Kreisumlagenentwicklung:

		Betrag €	Einwohnerzahl	Wert pro EW
2015	Basis: 51,00 Punkte	66.940.587	134.873	496,32 €
2016	Basis: 49,50 Punkte	73.940.969	137.421	538,06 €
2017	Basis: 47,50 Punkte	74.908.482	139.016	538,90 €

Auf der Basis von 47,50 Punkten Kreisumlage erhielt der Landkreis um 967.513 € mehr als im Vorjahr. Für eine zukunftsweisende Steuerung des Landkreishaushalts ist es wichtig, auch die haushaltsrechtliche Situation der kreisangehörigen Gemeinden zu kennen und zu berücksichtigen, denn erhebliche Einnahmeanteile der Gemeinden fließen über die Kreisumlage an den Landkreis ab.

Die Bezirksumlage stieg gegenüber dem Vorjahr um 1.613.227 €.

#### Bezirksumlagenentwicklung:

		Betrag €	Einwohnerzahl	Wert pro EW
2015	Basis: 19,50 Punkte	26.604.333	134.873	189,84 €
2016	Basis: 19,50 Punkte	29.150.548	137.421	212,13 €
<b>2017</b>	<b>Basis:19,50 Punkte</b>	<b>30.763.825</b>	<b>139.016</b>	<b>221,32 €</b>

Von den 538,90 €, die der Landkreis pro Einwohner von den Gemeinden erhielt, musste er 221,32 € an den Bezirk abführen.

## Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

So verteilen sich die Budgets des Landkreishaushalts 2017 (ohne Finanzierung):

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	8.209.281,49	8.225.889,73	<b>16.608,24</b>
Jugendhilfeausschuss (JHA)	12.751.172,63	12.432.728,44	<b>-318.444,19</b>
SFB gesamt (SFB und SFB Schulen)	18.099.594,71	16.405.526,48	<b>-1.694.068,23</b>
Ausschuss für Liegenschaften, Vergaben (LSV)	10.361.104,85	10.158.650,50	<b>-202.454,35</b>
Ausschuss für Umwelt, Landkreisentwicklung, Infrastruktur (ULV)	5.827.395,60	4.843.675,57	<b>-983.720,03</b>
<b>Gesamtbudget</b>	<b>55.248.549,28</b>	<b>52.066.470,72</b>	<b>-3.182.078,56</b>

## Zielerreichung 2017

Im Vorbericht des Haushalts wurden Ziele für 2017 definiert (s. u.). Daneben gab es über die gesamte Verwaltung Ziele zu den Produkten, die im Controlling auch überprüft wurden.

Operative Ziele 2017	Bemerkung
Einhaltung der Finanzleitlinie des Kreistages	Ziel erreicht
Halbjährliche Berichterstattung zur Finanz - und Schuldenentwicklung im Kreis- und Strategieausschuss	Ziel erreicht, Berichte im KSA im April und Oktober
Halbjährliche Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen im Rahmen der Steuerung über Zinssicherungsinstrumente und Fortschreibung der Zinseinsparungen	Ziel erreicht
Weiterentwicklung der Berichtszyklen für die Politik (Budgetberichte, Abschlussberichte, Zwischenberichte)	Berichte sind standardisiert und werden in der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung „nachgehalten“ und weiterentwickelt
Anwendung der Beteiligungsrichtlinie des Kreistags zur Stärkung des Beteiligungsmanagements und Aufbau der Beteiligungsverwaltung	Alle relevanten, das Beteiligungsmanagement betreffende Unterlagen beim Landkreis, werden archiviert.
Ausbau der Vergleichskennzahlen	Ziel erreicht, weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Innovationsring auf der Internetplattform
Erstellung des Jahresabschlusses 2016	Ziel erreicht
Erstellung des ersten Konsolidierten Jahresabschlusses 2016 für den Landkreis Ebersberg	Ziel erreicht
Teilnahme an den Treffen des Bay. Innovationsrings in Projektgruppen BWL sowie Service- und Kundenorientierung (Leitung Landrat Robert Niedergesäß)	Ziel erreicht, der Landkreis wirkte in den Projektgruppen Service- und Kundenorientierung und Betriebswirtschaft aktiv mit.
Service- und Kundenorientierung im Landratsamt und Entwicklung eines Bürgerbüros	Projekt wurde aufgesetzt mit einer Steuerungsgruppe und einer PG zur operativen Umsetzung. Projektauftrag wurde erteilt mit dem Ziel bis zum 31.12.2018 ein Bürgerbüro (im Haus Sparkasse) einzurichten
Umsetzung der unmittelbar in den Teilhaushalten formulieren Zielsetzungen	Erfolgt u.a. im Controlling im Rahmen der Berichterstattung
Einführung des RAL – Gütezeichens für eine mittelstandorientierte Kommunalverwaltung	Das Landratsamt Ebersberg hat im Februar 2018 die Qualifizierung als „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ nach dem RAL-Gütezeichen erreicht.

## 6.2.2 Ergebnisentwicklung

Für das Jahr 2017 ergab sich in der Ergebnisrechnung ein Überschuss von **11.345.138,20 €**. Das Ergebnis fiel damit um **3.442.586 €** positiver aus als geplant.

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>KSA</b>	7.941.076,68	8.209.281,49	<b>8.225.889,73</b>	16.608
<b>SFB</b>	15.398.488,31	18.099.594,71	<b>16.405.526,48</b>	-1.694.068
<b>LSV</b>	10.645.345,68	10.361.104,85	<b>10.158.650,50</b>	-202.454
<b>ULV ohne KAW</b>	4.545.630,80	4.899.430,80	<b>4.843.675,57</b>	-55.755
<b>KAW</b>	-604,26	927.964,80	<b>0,00</b>	-927.965
<b>JHA</b>	11.493.914,50	12.751.172,63	<b>12.432.728,44</b>	-318.444
<b>FIN</b>	-60.676.223,45	-63.151.101,00	<b>-63.411.608,92</b>	-260.508
<b>Gesamt</b>	<b>-10.652.371,74</b>	<b>-7.902.551,72</b>	<b>-11.345.138,20</b>	<b>-3.442.586</b>

### Erläuterung des Jahresergebnisses auf Fachausschussebene

#### Teilergebnis: Kreis- und Strategieausschuss (KSA)

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>KSA</b>	7.941.076,68	8.209.281,49	<b>8.225.889,73</b>	16.608,24



Der KSA hat den Gesamtplan in Höhe von 8.209.281 € **um 16.608 Euro überschritten**, das sind 0,2 %. Die Planungsqualität der diesem Fachausschuss zugeordneten Kostenstellen war damit sehr hoch.

## 2. Detaillierte Darstellung der Sachgebiete

### 2.1 Ergebnisrechnung

Die 24 Kostenstellen des Kreis- und Strategieausschusses wurden wie folgt abgeschlossen:

	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
031 Energieagentur gGmbH	141.671	160.044	127.162	156.660	29.498	123,2%
021 Gemeinkostentopf	622.704	664.798	392.992	589.382	196.390	150,0%
025 Fachstelle Zentrales Controlling	84.070	84.511	85.270	75.490	-9.780	88,5%
050 Revisionsamt	71.714	107.006	112.597	121.680	9.083	108,1%
070 Staatl. Schulamt Ebersberg	-6.707	-5.018	-7.772	-8.904	-1.132	114,6%
090 Personalrat	106.374	129.101	139.513	130.362	-9.151	93,4%
095 Landrat/ Büro Landrat	598.793	502.699	513.564	716.104	202.541	139,4%
100 Abteilung 1, Zentrales und Bildung	148.316	142.201	110.223	230.527	120.304	209,1%
115 Registratur	271.302	295.767	308.429	282.240	-26.190	91,5%
205 Gleichstellungsstelle, Audit berufundfamilie				15.775	15.775	
300 Fachabteilung 3, Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	14.197	12.128	21.017	3.974	-17.043	18,9%
305 Staatliche Rechnungsprüfungsstelle	31.185	31.281	32.545	34.345	1.800	105,5%
400 Fachabteilung 4, Bau und Umwelt	20.189	18.779	15.075	15.849	774	105,1%
097 Klimaschutzmanager		65.364	100.580	99.793	-787	99,2%
012 Umlage KSt. Versorgungsumlage Beamte 502110	489.040	587.076	971.090	448.808	-522.282	46,2%
013 Umlage KSt. Beihilfe 504110	362.802	398.047	381.680	434.867	53.187	113,9%
014 Umlage KSt. Versorgungsrücklage 505110	7.094	8.542	16.750	5.996	-10.754	35,8%
040 Kreisklinik Sondervermögen	471.536	650.930	484.029	462.518	-21.511	95,6%
041 Kreisklinik gGmbH	1.731.139	531.497	642.007	518.369	-123.638	80,7%
045 Sozialer Wohnungsbau	237.410	225.931	203.074	210.216	7.142	103,5%
096 Geschäftsführung Kreistag	241.317	213.227	221.408	214.667	-6.741	97,0%
111 EDV und Kommunikation	1.107.988	1.231.431	1.210.308	1.334.215	123.907	110,3%
120 Personalservice, Bürgerservice	785.807	918.054	1.127.585	1.076.801	-50.785	95,5%
140 Finanzmanagement (gültig bis 31.12.15)	685.235	50	0			
145 Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse	289.964	967.631	1.000.156	1.056.157	56.001	105,6%
<b>SUMME</b>	<b>8.513.138</b>	<b>7.941.077</b>	<b>8.209.281</b>	<b>8.225.890</b>	<b>16.608</b>	

---

### 2.1.1 Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung

#### 1) Gemeinkostentopf (021) – Überschreitung 196.390 €

Die Abweichung ergab sich bei den Personalkosten aufgrund ungeplanter Vorauszahlungen für Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte.

Die Überschreitung wurde vom Kreis- und Strategieausschuss genehmigt.

#### 2) Landrat/ Büro Landrat (095) - Überschreitung 202.541 €

Aufgrund der Organisationsänderung zum 01.01.2017 wurde die Kulturförderung im Büro des Landrates statt wie zuvor im Team Soziale Fachstellen angesiedelt und im Jahr 2017 entsprechend auf der Kostenstelle 095 verbucht. Die Kosten der Kulturförderung wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung allerdings noch auf der Kostenstelle Soziale Fachstellen geplant, wodurch eine Überschreitung alleine durch die Kulturförderung i.H.v. 150.500 € resultiert.

Die Überschreitung wurde vom Kreistag genehmigt.

#### 3) Abteilung 1, Zentrales und Bildung (100) - Überschreitung 120.304 €

Die Planung der Kostenstelle berücksichtigte noch die alte bis zum 01.01.2017 gültige Organisationsstruktur im Landratsamt. Mit der personellen Veränderung der Abteilungsleitung und der Besetzung einer zusätzlichen Stelle im Vorzimmer ergab sich insbesondere bei den Personalkosten eine Überschreitung von rund 103.200 €. Zudem werden ab dem Jahr 2017 hausübergreifende Mitgliedsbeiträge wie etwa für den Landkreistag auf der Kostenstelle verbucht.

Die Überschreitung wurde vom Kreis- und Strategieausschuss genehmigt.

#### 4) Umlage Versorgungsumlage Beamte (012)– Unterschreitung 522.282 €

Die Beiträge an den Versorgungsverband fielen niedriger aus als geplant.

#### 5) Kreisklinik gGmbH (041) – Unterschreitung 123.638 €

Die Unterschreitung resultiert aus der ertragswirksamen Auflösung eines als Sonderposten passivierten Zuschusses (1,7 Mio. €) für den BA 8 der Kreisklinik. Zudem ergaben sich höhere Zinserträge durch die Abrechnung eines Betriebsmittelkredites mit der Kreisklinik (+ 47.233 €)

#### 6) EDV und Kommunikation (111) – Überschreitung 123.907 €

Der Ansatz für Aufwendungen bei der EDV-Wartung wurde um rund 90.000 € überschritten, was im Wesentlichen durch die Anpassung des Enterprise Agreements (Volumenlizenzprogramm) in Folge der gestiegenen Anzahl an Mitarbeiter im Landratsamt verursacht wurde. Des Weiteren ergab sich eine Überschreitung bei den Abschreibungen von insgesamt rund 32.300 €, was hauptsächlich auf die Anschaffung von Servern, Switchen und Softwarelizenzen zurückzuführen ist.

Die Überschreitung wurde vom Kreis- und Strategieausschuss genehmigt.

#### 7) Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse (145) – Überschreitung 56.001 €

Es ergab sich insbesondere durch in der Planung 2017 nicht berücksichtigte Kosten für Verwahrungsgelte eine Überschreitung bei Bank- und Postgebühren i.H.v. rund 28.300 €. Des Weiteren ergeben sich im Zuge der Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows Ansatzüberschreitungen für fremde EDV-Dienstleistungen und den Abschreibungen. Die Umlage für den Zweckverband Tierkörperbeseitigung, die über die Kostenstelle 145 verbucht wurde, fiel mit einem Betrag von 65.493 € um rund 15.000 € höher aus als geplant.

### 2.1.2 Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger:

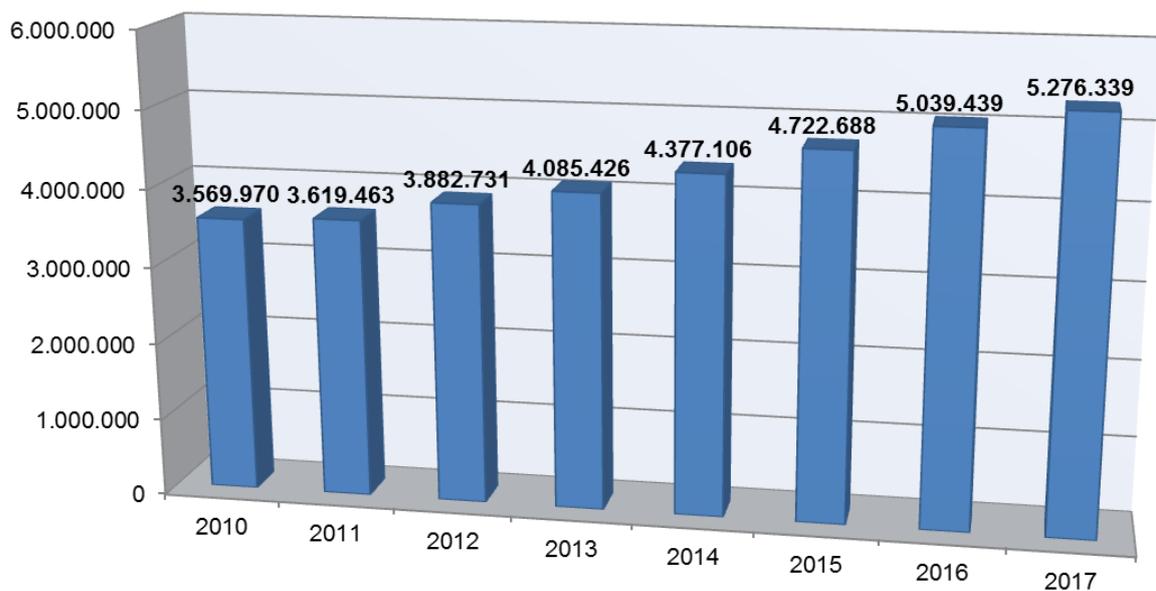
Produkte werden in diesem Teilbudget kaum geführt, denn es handelt sich hier um die sog. „Fixkosten“ des Landratsamtes. Die dem Fachausschuss zugeordneten Kostenstellen dienen hauptsächlich als Querschnittseinheiten und stellen durch die Erbringung vor allem hausinternen Serviceleistungen, das „Funktionieren“ der Behörde sicher. Hierbei handelt es sich um den sogenannten „Overhead“.

### 2.1.3 Ein Blick auf die Personalkosten:

Von den 8,2 Mio. € Nettoaufwendungen in der Ergebnisrechnung (ohne Schlüsselzuweisungen) sind 5,2 Mio. € Personalkosten, das sind 64 %.

	2014	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	4.377.106	4.722.688	5.039.439	5.355.350	<b>5.276.339</b>	-79.011

### Personalaufwendungen

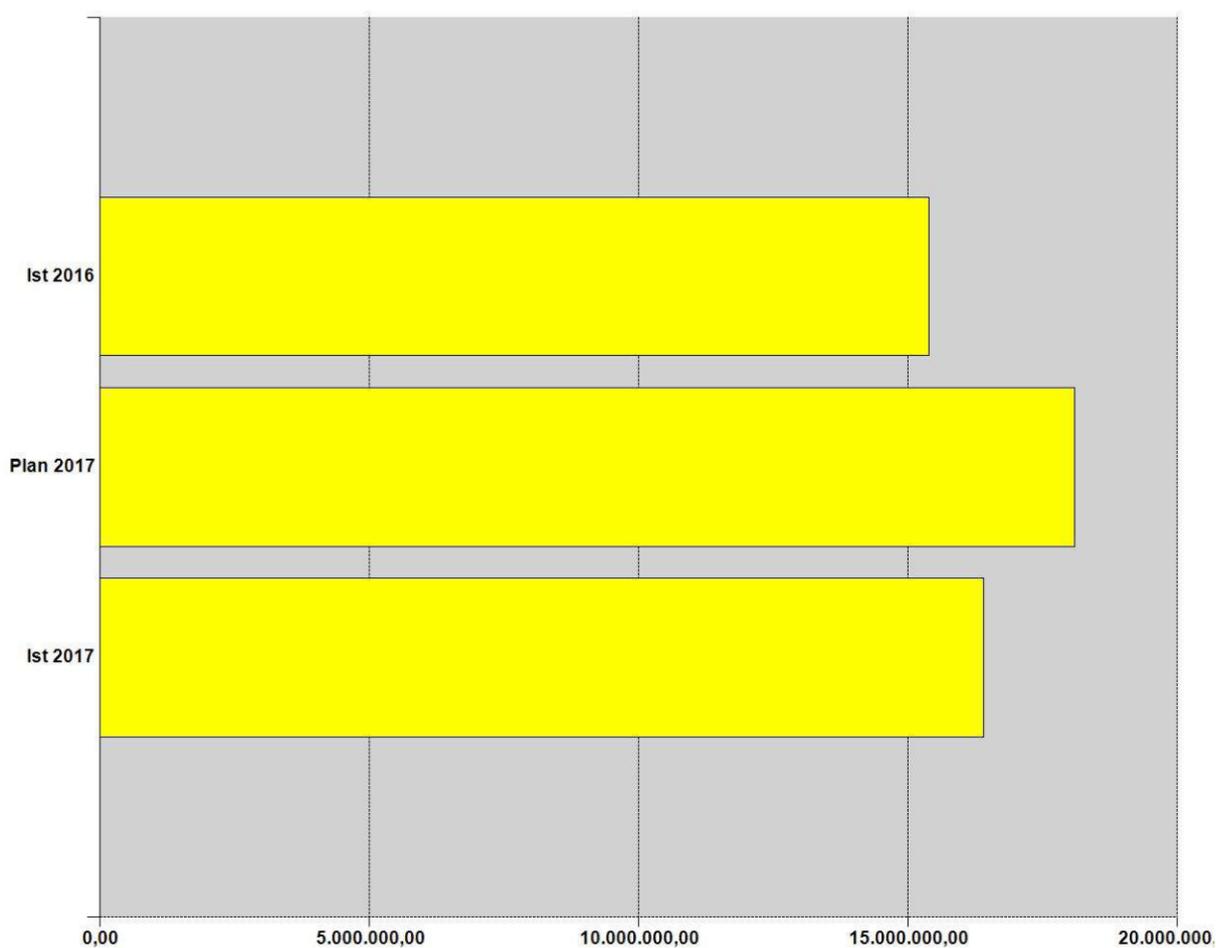


Mit dem wachsenden Personalkörper steigt auch der Druck auf die Personalkosten im Fixkostenbereich, vor allem im Bereich der EDV, dem Personalservice und der Finanzen.

### Teilergebnis: Ausschuss für Soziales, Familie Bildung, Sport und Kultur (SFB)

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>SFB</b>	15.398.488	18.099.595	16.405.526	-1.694.068

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 18.099.595 € um 1.694.068 € **unterschritten**, das sind 9 %. Das Budget des SFB-Ausschusses beansprucht 31 %, also fast ein Drittel des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung**. Es ist damit das größte Teilbudget im Kreishaushalt. Die Verwerfungen in diesem Budget innerhalb der letzten 2 Jahre sind beträchtlich und auf Asyl zurückzuführen. In beiden Jahren zeigen sich die Planungsunsicherheiten. Während 2015 die Überschreitung bei fast 13 % lag, war sie 2016 um fast den gleichen Prozentsatz darunter. Auch 2017 kam es in der detaillierten Betrachtung bei einigen Kostenstellen zu erheblichen Ergebnisabweichungen sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht.



### Detallierte Darstellung der Sachgebiete (ohne Schulen)

Die 16 Kostenstellen des SFB-Ausschusses (Teil: Sachgebiete) wurden wie folgt abgeschlossen:

	2016	2017		
	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
200 Fachabteilung 2, Soziales	81.679	74.480	<b>78.641,15</b>	<b>4.161</b>
110 Bildung und IT	77.928	111.625	<b>95.284,66</b>	<b>-16.340</b>
116 Medienzentrum Ebersberg	100.237	102.706	<b>97.216,97</b>	<b>-5.489</b>
094 Kulturförderung			<b>1.062,74</b>	<b>1.063</b>
114 Sport und Gastschüler	5.315.331	5.401.710	<b>6.052.265,90</b>	<b>650.556</b>
203 Demografie	551.786	811.204	<b>350.516,64</b>	<b>-460.688</b>
204 Beschulung/Ausbildung Asyl	-70.496	99.024	<b>234.449,29</b>	<b>135.425</b>
210 Wohnungswesen, Ausbildungsförderung, Versicherungsangelegenheiten	374.878	354.353	<b>415.782,14</b>	<b>61.430</b>
220 Sozialamt - örtlicher Träger	1.861.838	2.033.294	<b>1.777.216,77</b>	<b>-256.077</b>
221 Sozialamt - überörtlicher Träger	6.164		<b>506,77</b>	<b>507</b>
222 Asyl	-628.118	925.469	<b>-920.100,74</b>	<b>-1.845.570</b>
250 Jobcenter Ebersberg	4.690.238	5.704.945	<b>5.350.289,93</b>	<b>-354.655</b>
310 Ausländer- und Personenstandswesen	584.517	609.131	<b>510.007,74</b>	<b>-99.123</b>
700 Fachabteilung 5, Gesundheit	-47.434	-28.493	<b>-37.700,36</b>	<b>-9.208</b>
710 Betreuungsstelle	259.941	271.464	<b>265.317,98</b>	<b>-6.146</b>
835 Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK)	631.679	257.964	<b>588.373,98</b>	<b>330.410</b>
870 Landwirtschaftsschule Ebersberg	6.239	12.116	<b>11.254,75</b>	<b>-861</b>
875 FOS/BOS Erding	166.819	179.007	<b>172.368,14</b>	<b>-6.639</b>
<b>SUMME</b>	<b>13.963.226</b>	<b>16.919.999</b>	<b>15.042.754,45</b>	<b>-1.877.245</b>

Die größten Nettopositionen sind im Bereich der Kostenstellen 114 (Sport und Kultur, Gastschüler), 250 (Jobcenter) und 220 (Sozialamt), diesen Kostenstellen kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

#### **Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung:**

##### **1) KSt. 114: Sport und Kultur, Gastschüler – Überschreitung 650.556 € bzw. 12 %**

Die Fachschulen werden spitz abgerechnet – d.h., wenn an Schulen investiert wird, steigen die Gastschulbeiträge, dies führte zu Mehraufwendungen. Eine Überschreitung ergab sich insbesondere bei den Aufwendungen für Gastschulbeiträge mit insgesamt einer Überschreitung in Höhe von 442.885 €. Alleine bei den Gastschulbeiträgen für Berufsschulen ergaben sich Mehraufwendungen von 202.277 € und für Fach- und Berufsoberschulen von 106.575 €.

Eine als Ertrag geplante Pauschalkürzung zur Annäherung an den Eckwert 2017 von 200.000 €, wurde ebenfalls nicht erreicht.

Die Überschreitung wurde vom Kreistag genehmigt.

##### **2) KSt. 203 Demografie – Unterschreitung 460.688 bzw. 56,8 %**

Auf der Kostenstelle 203 Demografie (bis 31.12.2016 als Soziale Fachstellen bezeichnet) werden die nachfolgenden Kostenträger geführt. Die Planung für das Jahr 2017 erfolgte noch auf Grundlage der bis zum 31.12.2016 gültigen Organisationsstruktur. Ab dem 01.01.2017 wurden die Gleichstellungsstelle (Ktr. 2020) und der Kostenträger Bildungsregion (Ktr. 2040) nicht mehr unter der Kostenstelle 203 geführt.

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
<b>_NZ nicht zugeordnet</b>	<b>38.053</b>	<b>158.906</b>	<b>120.853</b>
<b>1212 Personalgewinnung</b>	<b>0</b>	<b>21.348</b>	<b>21.348</b>
<b>2010 "Gesundheitsregion plus"</b>	<b>51.510</b>	<b>26.015</b>	<b>-25.495</b>
<b>2020 Gleichstellungsbeauftragte</b>	<b>15.000</b>	<b>0</b>	<b>-15.000</b>
<b>2030 Familienbeauftragte</b>	<b>79.508</b>	<b>37.538</b>	<b>-41.971</b>
<b>2040 Bildungsregion</b>	<b>131.715</b>	<b>0</b>	<b>-131.715</b>
<b>2050 Sozial(raum)planer</b>	<b>59.080</b>	<b>-18.701</b>	<b>-77.781</b>
<b>2060 Inklusion</b>	<b>44.689</b>	<b>27.662</b>	<b>-17.027</b>
<b>2061 Behindertenbeauftragte(r)</b>	<b>10.320</b>	<b>6.978</b>	<b>-3.342</b>
<b>2070 Ehrenamt</b>	<b>44.729</b>	<b>41.249</b>	<b>-3.480</b>
<b>2080 Seniorenbeauftragte</b>	<b>56.560</b>	<b>30.634</b>	<b>-25.926</b>
<b>2090 Integrationsbeauftragte</b>	<b>40.810</b>	<b>18.828</b>	<b>-21.982</b>
<b>2095 Integration 2 (gültig bis 20.02.17)</b>	<b>65.040</b>	<b>60</b>	<b>-64.980</b>
<b>Summe</b>	<b>490.299</b>	<b>350.517</b>	<b>-139.783</b>

Berücksichtigt man die neue organisatorische Zuordnung der Kostenträger im Soll-/Ist-Abgleich des Ergebnisses der Kostenstelle 203 Demografie ergibt sich eine Planunterschreitung von 139.783 € bzw. 28,5 %.

Die Planunterschreitung resultiert aus rund 50.000 € höheren Erträgen als geplant (nicht geplante Zuschüsse). Zudem konnten durch den hohen Personalwechsel und aufgrund von politischen Entscheidungen einige Projekte nicht oder nicht im vollen Umfang umgesetzt werden. Des Weiteren konnten Projekte (z.B. Homepage) hausintern und nicht durch Vergabe an Außenstehende realisiert werden. Der Aufwand fiel dadurch um 90.000 € geringer aus.

### **3) KSt. 204: Beschulung / Ausbildung Asyl – Überschreitung 135.425 € bzw. 136,8 %**

Für die Beschulung von Berufsintegrationsvor- und Berufsintegrationsklassen wurde 2017 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. Die Leistung dieser Ausschreibung umfasste den Sachaufwand und den Kooperationspartner, der zusammen mit der Berufsschule Wasserburg am Inn diese Klassen unterrichtet.

Die Abrechnung der Beschulung wird seit September 2017 auf der Kostenstelle 895 abgewickelt, wodurch sich in der Soll-/Ist-Betrachtung eine Reihe von Abweichungen ergeben.

Insbesondere wurde durch organisatorische Änderungen die Personalkosten um rund 54.000 € überschritten. Zugleich wurden die geplanten Erträge u.a. durch Abbildung des Sachaufwandes auf der neu eingerichteten Kostenstelle 895 Berufsschule / Berufsintegrationsklassen um 655.895 € unterschritten. Demgegenüber wurden auch die Sach- und Produktkosten v.a. die neuen Verträge mit den Kooperationspartnern und die Verschiebung von Kosten des Sachaufwands auf die neue Kostenstelle 895 Berufsschule / Berufsintegration um 577.190 € unterschritten, so dass das Ergebnis nicht ganz so negativ ausfiel.

Die Überschreitung wurde vom SFB-Ausschuss genehmigt.

### **4) KSt. 220: Sozialamt – Unterschreitung -256.077 € bzw. 12,6 %**

Es fielen geringere Aufwendungen als in der Planung vorgesehen (-214.899 €) für die Hilfe bei Krankheit und vorbeugende Gesundheitshilfen an, welche trotz einer rechtmäßigen und zuverlässigen Sachbearbeitung insbesondere von Art, Intensität und Dauer der Erkrankungen der Leistungsberechtigten abhängig ist. Durch Personalwechsel wurden die Personalkosten ebenfalls um rund 29.000 € unterschritten.

### **5) KSt. 222: Asyl – Unterschreitung -1.845.570 €**

Im Jahr 2017 wurden dem Landkreis erstmalig keine Asylbewerber durch die Regierung von Oberbayern offiziell zugewiesen. Vielmehr forderte die Regierung die Landratsämter auf, kleinere unwirtschaftliche Unterkünfte aufzulösen.

Insgesamt ist die Zahl der untergebrachten Personen stagnierend bzw. rückläufig. Entsprechend wurde bereits bei der Zahl der Mitarbeiter reagiert. Freiwerdende Stellen, bedingt durch Personalwechsel, wurden nicht mehr nachbesetzt, sodass sich bei den Personalkosten eine Unterschreitung von rund 68.000 € ergab.

Zudem waren erhebliche Unterschreitungen im Bereich der Transferaufwendungen (Personenbezogene Hilfen und Leistungen bei Krankheit) zu verzeichnen, was mitunter auch damit zu begründen ist, dass immer mehr Asylverfahren positiv abgeschlossen werden, so dass bei vorliegender Bedürftigkeit immer mehr Flüchtlinge in die Zuständigkeit des SGB II (Hartz IV) fallen.

#### Die Quartalsabrechnungen

Quartal	Rechnung	Erstattung	Differenz
1/2017	1.291.131,85 €	1.291.131,85 €	0,00 €
2/2017	1.026.942,09 €	1.026.619,96 €	-322,13 €
3/2017	747.665,14 €	747.665,14 €	0,00 €
4/2017	710.042,24 €	Noch keine Erstattung zum Berichtszeitpunkt	
Summe	3.775.781,32 €	3.065.416,95 €	

Der Bayerische Landkreistag ermittelt die jährlichen Belastungen der Landkreise im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise im sogenannten „Open-Book-Verfahren“ und setzt sich für eine entsprechende Kostenerstattung beim Freistaat Bayern ein.

#### 6) KSt. 250 Jobcenter – Unterschreitung 354.655 € bzw. 6,2 %

Die Unterschreitung ist in erster Linie auf die Kosten der Unterkunft zurückzuführen. Hier wurde für das Jahr 2017 ein Planansatz von 8.462.000 € gebildet. Tatsächlich fielen die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft um 997.126 € niedriger aus. Dementsprechend fielen die Erträge aus der Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ebenfalls um 394.621 € geringer aus. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2017 wurden 1.720 Bedarfsgemeinschaften angenommen. Im Jahresdurchschnitt lagen die Bedarfsgemeinschaften allerdings nur bei 1.449 (noch vorläufige Zahlen).

Positiv beeinflusst wurde die Zahl der Bedarfsgemeinschaften durch eine abgeschwächte Flüchtlingswelle und die gute Mittelausstattung des Jobcenters im Jahr 2017, die es ermöglichte, die Bedarfsgemeinschaften durch eine sehr hohe Anzahl an Integrationen der Kunden in den Arbeitsmarkt zu reduzieren. Des Weiteren trug zur Unterschreitung der Kosten der Unterkunft die noch nicht abgeschlossene rückwirkende Abrechnung der sog. „Fehlbeleger“ bei. Für die noch ausstehenden Abrechnungen wurde im Dezember 2017 eine Rückstellung über 267.000 € gebildet.

#### 7) KSt. 835 Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK) – Überschreitung 330.410 € bzw. 128,1 %

Der Planansatz für die Abschreibungen der Investitionszuschüsse wurde um 181.053 € überschritten. Im Planansatz waren die Abschreibungen für die im Laufe des Jahres 2017 geleisteten und zu aktivierenden Investitionszuschüsse an den Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten für die Erweiterung II der Schule (in 2017: 1.010.200 €) nicht berücksichtigt. Ebenso wurde der Planansatz für die Allgemeine Umlage an den Zweckverband um insgesamt 158.217 € überschritten.

Die Überschreitung muss vom Kreistag genehmigt werden.

#### Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger (Produkte):

Von den 124 Produkten, die von den 18 Kostenstellen bewirtschaftet werden, sind die folgenden 7 die kostenintensivsten und werden im Soll-/Ist-Vergleich dargestellt:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2511 Kosten der Unterkunft und Heizung	4.197.931	4.261.453	4.199.451	5.297.180	4.985.110	-312.070	-5,9%
1145 Gastzuschüler	4.187.956	4.359.260	4.786.447	4.928.450	5.345.785	417.335	8,5%
2273 Leist.b.Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	325.787	843.043	2.147.456	1.800.000	857.425	-942.575	-52,4%
2276 Kommunale / dezentrale Unterkünfte		10.401	1.260.971	347	422.800	422.453	121744,5%
1141 Sportförderung; incl. Turnhallen	641.174	536.601	478.781	626.300	668.266	41.966	6,7%
2211 Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU)	359.894	330.612	264.112	318.000	318.019	19	0,0%
2290 Wohlfahrtsverbände	319.919	327.859	453.998	640.000	462.414	-177.586	-27,7%
<b>Summe</b>	<b>10.032.661</b>	<b>10.669.229</b>	<b>13.591.216</b>	<b>13.610.277</b>	<b>13.059.820</b>	<b>-550.457</b>	
%-Anteil dieser KTR am Teilbudget	70,9 %	63,5 %	97,3 %	80,4 %	86,8 %		

Diese 7 Kostenträger machen 86,5 % des Budgets des SFB-Ausschusses aus.

2511: Kosten der Unterkunft siehe Begründung zu Kostenstelle 250 Jobcenter.

1145: Gastzuschüler: siehe Begründung zu Kostenstelle 114

2273: Krankenhilfe: Die Unterschreitung ist asylbedingt durch die stagnierende bzw. rückläufige Zahl an Asylbewerbern.

2276: Kommunale / dezentrale Unterkünfte: Diese Kosten werden auf der Kostenstelle 222 insgesamt durch die Erstattung der Regierung von Oberbayern gedeckt.

### Grundsicherung

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2264 Grundsicherung bei dauerhafter voller Erwerbsminderung	1.068.378	1.214.527	1.164.287	1.295.000	1.187.231	-107.769	-8,3%
2265 Grundsicherung im Alter	1.218.703	1.256.008	1.384.704	1.505.000	1.461.033	-43.967	-2,9%
<b>Summe</b>	<b>2.287.081</b>	<b>2.470.535</b>	<b>2.548.991</b>	<b>2.800.000</b>	<b>2.648.264</b>	<b>-151.736</b>	

Die Grundsicherungsfälle haben sich wie folgt entwickelt:

Zeitpunkt	Empfänger GSIG im Alter	Empfänger GSIG bei Erwerbsunfähigkeit	Gesamt
Jahr 2010	218	119	337
Jahr 2011	219	130	349
Jahr 2012	238	140	378
Jahr 2013	255	155	410
Jahr 2014	283	166	449
Jahr 2015	287	165	452
Jahr 2016	300	158	458
Jahr 2017	283	159	442

Die Fallzahlen sind leicht gesunken. Wie auch schon in den letzten Jahren stiegen die Kosten pro Fall auch im Jahr 2017.

### Ein Blick auf die Personalaufwendungen (ohne Schulen):

	2014	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	3.411.670	3.765.302	4.520.911	4.969.910	<b>4.749.195</b>	-220.715

Die Personalkosten blieben hinter der Planung zurück, weil nicht alle geplanten Stellen besetzt werden konnten. Dennoch stiegen die Personalkosten gegenüber den Personalkosten des Jahres 2016 um 228.284 €, das sind 5 %.

### Detaillierte Darstellung Schulen

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
Schulen	1.435.262	1.179.596	<b>1.362.772</b>	183.177

### **3.1 Ergebnisrechnung (Aufschlüsselung nach Schulen)**

	2016	2017		
	Ist	Plan	Ist	Abweichung Plan/Ist
119 Schulen / Bildung	209.369	195.739	<b>224.845</b>	<b>29.107</b>
820 Realschule Ebersberg	178.147	159.652	<b>181.229</b>	<b>21.577</b>
830 Realschule Markt Schwaben	-39.945	-46.799	<b>-27.009</b>	<b>19.790</b>
833 Realschule Poing	152.707	124.340	<b>154.523</b>	<b>30.183</b>
840 Gymnasium Grafing	214.383	183.076	<b>185.251</b>	<b>2.174</b>
850 Gymnasium Vaterstetten	73.595	7.160	<b>11.592</b>	<b>4.433</b>
860 Gymnasium Markt Schwaben	163.904	113.406	<b>133.858</b>	<b>20.451</b>
865 Gymnasium Kirchseeon	113.903	111.888	<b>145.815</b>	<b>33.927</b>
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	189.220	159.039	<b>189.261</b>	<b>30.223</b>
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	179.978	172.095	<b>159.529</b>	<b>-12.566</b>
895 Berufsschule/Berufsintegrationsklassen			<b>3.878</b>	<b>3.878</b>
<b>SUMME</b>	1.435.262	1.179.596	<b>1.362.772</b>	<b>183.177</b>

#### **1) 119 Schulen / Bildung – Überschreitung 29.107 €**

Unter der Kostenstelle 119 wird seit dem 01.01.2018 anlässlich der Organisationsänderung im Landratsamt auch der ehemals der Kostenstelle 203 Demografie zugeordnete Kostenträger 2040 Bildungsregion verbucht. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanerstellung war diese Änderung noch nicht bekannt, sodass die Kosten für Sachverhalte der Bildungsregion hier nicht berücksichtigt werden konnten.

Überschreitungen ergeben sich im Detail zudem v.a beim Abschreibungsaufwand (-30.300 €) durch eine Reihe von Neuanschaffungen von EDV-Hardware, die zunächst auf Lager genommen wurden. Mangels der Durchführung einer Inventur konnte noch nicht ermittelt werden, an welche Schule die beschafften Vermögensgegenstände ausgeliefert wurden, sodass auch eine verursachungsgerechte Zuordnung des Abschreibungsaufwandes zur jeweiligen Schule noch nicht möglich war.

### **2) 820 - Realschule Ebersberg – Überschreitung 21.577€**

Neben kleineren Überschreitungen für nicht geplante Sportgerätewartungen und Kosten für Reparatur und Instandhaltung ist die Überschreitung in erster Linie auf die Kosten für Sozialpädagogische Unterstützung an weiterführenden Schulen (SaS) (rd. 15.190 €) wobei es sich um eine Kostenaufteilung der SaS mit dem Jugendamt handelt. Diese Zuschüsse an soziale Einrichtungen waren ursprünglich als interne Leistungsverrechnung (ILV) geplant, wurden aber nicht im Haushalt veranschlagt.

### **3) 830 – Realschule Markt Schwaben – Überschreitung 19.790 €**

Ursächlich für die Überschreitung waren u.a. Kosten für eine notwendige zentrale Schadstoffentsorgung (7.000 €), die nicht geplant war sowie nicht vorhersehbare Mehraufwendungen bei der Jahresabrechnung der Kopierer (4.400 €). Zudem ergaben sich auch weitere negative Abweichungen durch die ebenfalls nicht geplanten Kosten für SaS (rd. 15.190 €), die ursprünglich als ILV vorgesehen waren, aber nicht in den Haushaltsplanungen berücksichtigt waren.

### **4) 833 – Realschule Poing– Überschreitung 30.183 €**

Mehrerträge auf der Kostenstelle ergeben sich durch Gastschulbeiträge und höheren Einnahmen bei Kopiergeldern. Demgegenüber wurden allerdings die Sach- und Produktkosten durch nicht zentral planbare Kosten für EDV-Beratungen und EDV-Wartungen überschritten. Auch Mehraufwendungen für Lehr- und Unterrichtsmaterial sowie Reparaturkosten in Rahmen von größeren Tafelwartungen trugen zu Überschreitungen bei.

Auch an dieser Schule ergaben sich Abweichungen durch nicht geplante Kostenanteile für SaS (15.190 €). (siehe Erläuterungen zu Kst. 820 und 830)

### **5) 860 – Gymnasium Markt Schwaben – Überschreitung 20.451€**

Mehrerträgen aus Gastschulbeiträgen (+24.375 €) sowie der Zuführung aus der Büchergeldrücklage (rd. 10.525 €) stehen Mehraufwendungen für nicht geplante Kostenanteile SaS (+ 15.190 €), wie bei den o.g. Schulen sowie eine im Jahr 2017 durchgeführte zentrale Schadstoffentsorgung ( 2.300 €) und der Druckerabrechnung (+7.200 €). Abweichungen zu den veranschlagten Reparaturkosten (+ 3.500 €) entstanden aufgrund von Reparaturarbeiten an diversen Musikinstrumenten.

### **6) 865 – Gymnasium Kirchseeon – Überschreitung 33.927 €**

Mehrerträgen aus Gastschulbeiträgen (+ 10.750 €) stehen wie bei den anderen Schulen nicht geplante Aufwendungen für SaS (+ 15.190 €) gegenüber. Des Weiteren fielen die Abschreibungen höher aus als zum Planungszeitpunkt vorgesehen (+29.600 €), was insbesondere auf kostenintensive Neuanschaffungen von Vermögensgegenständen (z.B. Vitrinen, iPads ...) im Jahr 2017 zurückzuführen ist.

### **7) 880 – Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing – Überschreitung 30.223 €**

Überschreitungen bei den Sach- und Produktkosten entstanden dadurch, dass seit September 2017 Schwimmunterricht angeboten wird, was zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt war. Durch eine weitere Gruppe der offenen Ganztagschule ab September entstanden zusätzliche Budgetüberschreitungen.

### **8) 890 – Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing – Unterschreitung 12.566 €**

Die Mehrerlöse sind auf gestiegene Gastschulbeiträge zurückzuführen (+ 5.267 €). Zudem konnten bei den Sach- und Produktkosten eine Reihe von Einsparungen gegenüber den Planansätzen erzielt werden.

### **9) 895 - Berufsschule/Berufsintegrationsklassen – Überschreitung 3.878 €**

Die Kostenstelle 895 wurde im Jahr 2017 eingeführt, um die Gastschulbeiträge besser darstellen zu können. Der Landkreis Ebersberg wird hier als Sachaufwandsträger auftreten, dazu wurden Zweckvereinbarungen mit den Landkreisen Erding und Rosenheim geschlossen. Ursprünglich war mit der Beschulung und Ausbildung von Asylbewerbern die Kostenstelle 204 geplant.

**Die Kostenträger und Rücklagen der Schulen:**

Innerhalb des Budgets der Schulen werden drei Rücklagearten unterschieden. Die früheren Elternbeiträge und heutigen Staatszuschüsse für lernmittelfreie Bücher sind zweckgebundene Mittel und werden getrennt dargestellt. Die beiden Seminarschulen erhalten ebenfalls zweckgebundene Staatszuschüsse und werden getrennt dargestellt. Für sparsame Mittelbewirtschaftung haben die Schulen die Möglichkeit, für managementbedingte Einsparungen bis zu 5.000 € Budgetüberträge zu erzielen.

**Büchergeld (Kostenträger 1373)**

	Rücklagenstand	Bildung-Auflösung	Rücklagenstand
	31.12.2016	2017	31.12.2017
820 Realschule Ebersberg	47.002	10.581	57.584
830 Realschule Markt Schwaben	128.755	5.372	134.128
833 Realschule Poing	16.273	714	16.987
840 Gymnasium Grafing	35.875	2.439	38.313
850 Gymnasium Vaterstetten	121.411	-6.654	114.757
860 Gymnasium Markt Schwaben	51.951	-9.540	42.411
865 Gymnasium Kirchseeon	53.296	5.445	58.741
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	10.364	1.618	11.982
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	8.593	265	8.858
<b>SUMME</b>	<b>473.520</b>	<b>10.240</b>	<b>483.760</b>

Insgesamt erhöhte sich der Stand der Büchergeldrücklage im Jahr 2017 um 10.240 € auf einen Gesamtbetrag zum 31.12.2017 i.H.v. 483.760 €.

Die Umstellung auf den Lehrplan Plus bringt mit sich, dass alle Schulbücher nun jahrgangswise ausgetauscht werden müssen. Da die Erträge in 2017 diesen Bedarf nicht komplett abdeckten, wurden Teile der Büchergeldrücklage am Gymnasium Vaterstetten und Markt Schwaben in 2017 aufgelöst.

**Seminarschulen (Kostenträger 1374)**

	Rücklagenstand	Bildung - Auflösung	Rücklagenstand
	31.12.2016	2017	31.12.2017
820 Realschule Ebersberg	2.236	3.502	<b>5.738</b>
830 Realschule Markt Schwaben	0	0	<b>0</b>
<b>SUMME</b>	<b>2.236</b>	<b>3.502</b>	<b>5.738</b>

Seit der genauen Zuordnung zur Seminarschule wird deutlich, dass die Zuschüsse des Staates den Aufwand für die Seminarschule **nicht abdecken**. Die Restmittel der Realschule Markt Schwaben wurden bereits im Jahr 2016 aufgebraucht. Auch 2017 hat die Realschule Markt Schwaben die laufenden Zuweisungen vom Land in Höhe von 3.625,30 € überschritten, da hier ein Aufwand in Höhe von 5.032,86 € entstand. Für den Seminarschulbedarf kann daher keine Zuführung an die Rücklage erfolgen.

Die Aufwendungen für die Seminarschulen und Defizite im Überblick:

	820 Realschule Ebersberg			830 Realschule Markt Schwaben		
	Aufwand	Zuschuss	Defizit	Aufwand	Zuschuss	Defizit
2014	5.905,81	-4.330,00	<b>1.575,81</b>	9.493,36	-3.890,00	<b>5.603,36</b>
2015	5.872,88	-5.333,50	<b>539,38</b>	7.772,54	-4.030,50	<b>3.742,04</b>
2016	5.664,84	-5.558,00	<b>106,84</b>	8.432,56	-3.758,00	<b>4.674,56</b>
2017	6.946,24	-6.800,00	<b>146,24</b>	5.042,86	-3.625,30	<b>1.417,56</b>

Der Freistaat Bayern (Kultusministerium) sollte aufgefordert werden, für eine ausreichende Mittelausstattung der Seminarschulen zu sorgen.

Angesparte Mittel aus dem allgemeinen Schulbudget

	Rücklagenstand	Bildung - Auflösung	Rücklagenstand
	31.12.2016	2017	31.12.2017
820 Realschule Ebersberg	32.944	1.500	34.444
830 Realschule Markt Schwaben	13.241	-7.238	6.002
833 Realschule Poing	7.741	3.957	11.698
840 Gymnasium Grafing	64.111	-50.510	13.601
850 Gymnasium Vaterstetten	16.914	-2.523	14.390
860 Gymnasium Markt Schwaben	9.646	-4.005	5.641
865 Gymnasium Kirchseeon	2.976	-3.222	-246
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	10.506	-271	10.235
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	14.575	-312	14.263
<b>SUMME</b>	<b>172.654</b>	<b>-62.625</b>	<b>110.028</b>

Die allgemeine Budgetrücklage reduzierte sich im Jahr 2017 um 62.625 €. Diese Mittel stehen den Schulen zur freien Verwendung zur Verfügung. Alle Schulen verfügen über solche „freien Mittel“.

Die Realschule Poing hat von der Firma Vinci Facility SKE ein Übertrag von 4.739,16 € erhalten. Diese Mittel gehen aus einer Regelung des PPP-Projektvertrages hervor.

Die Realschule Markt Schwaben löste zur Deckung von Bühnenelementen (Investitionsnummer 830-B003) die allgemeine Rücklage auf (9.391,76 €).

Das Gymnasium Grafing hat für die Umgestaltung des Pausenhofs 50.000 € aus der allgemeinen Rücklage beigesteuert.

**KTR. 1192 Ganztagesbetreuung:**

	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017
Offene Ganztagschule	28 Gruppen	30 Gruppen	31 Gruppen	36 Gruppen	42 Gruppen	43 Gruppen
Gebundene Ganztagschule	3 Klassen	7 Klassen	11 Klassen	12 Klassen	9 Klassen	8 Klassen

Pro Gruppe beträgt der Zuschuss des Landkreises 5.500 €.

Die Nettoaufwendungen des Sachaufwandsträgers betragen 2017 insgesamt 302.388 € und lagen damit um 2.636 € über denen des Vorjahres. 2017 wurde der Planansatz mit rund 15.721 € unterschritten. Dies resultiert daraus, dass sich die gebundenen Ganztagszüge an den weiterführenden Schulen nicht etabliert haben und aufgrund der geringen Anmeldungen keine Klassen bzw. Züge mehr gebildet werden konnten.

**Kostenträger 1193: oGTS Grundschulstufe**

	2016/17	2017/18
Offene Ganztagschule Grundschulstufe	4 Gruppen	5 Gruppen

Der Zuschuss pro Gruppe beläuft sich auf 5.500 €.

Für die Mittagsbetreuung an beiden Sonderpädagogischen Förderzentren wurden 2017 35.676 € aufgewendet, das sind 501 € weniger als geplant. Am SFZ Grafing, lag die Trägerschaft der Mittagsbetreuung bisher beim Landkreis, jetzt übernahm das Diakonische Institut für Bildung und Soziales (DIBS) die Trägerschaft der Ganztagschule. Das geplante Defizit in Höhe von 6.000 € der Personalübernahme bei Betriebsstättenübergang wurde durch Tarifveränderungen nur mit 5.000 € von DIBS in Anspruch genommen. Am SFZ Poing führt die Kolpingfamilie die Trägerschaft der offenen Ganztagschule fort.

**Kostenträger 1195: Förderung von JaS (Jugendsozialarbeit an Schulen) und SaS (Sozialarbeit an Schulen):**

Jugendsozialarbeit (JaS) wurde bereits im Jahr 2000 am SFZ Poing und in 2003 am SFZ Grafing eingeführt.

Seit 2012 wird auf diesem Kostenträger auch die sozialpädagogische Unterstützung an weiterführenden Schulen (SaS) abgebildet. Vom Jugendhilfeausschuss wurde zunächst der Bedarf für drei Vollzeitstellen festgestellt. 2016 wurde eine weitere Vollzeitstelle eingerichtet. Die Hälfte der Kosten wurde im SFB-Budget veranschlagt, die zweite Hälfte im Budget des Jugendhilfeausschusses.

Die Federführung für die Sozialarbeit an Schulen liegt im Jugendamt.

Die Nettoaufwendungen der SaS im SFB-Ausschusses betragen 2017 insgesamt 121.512,72 € (= 50 % der Kosten des Landkreises, die anderen 50 % sind im Teilbudget des Jugendhilfeausschusses).

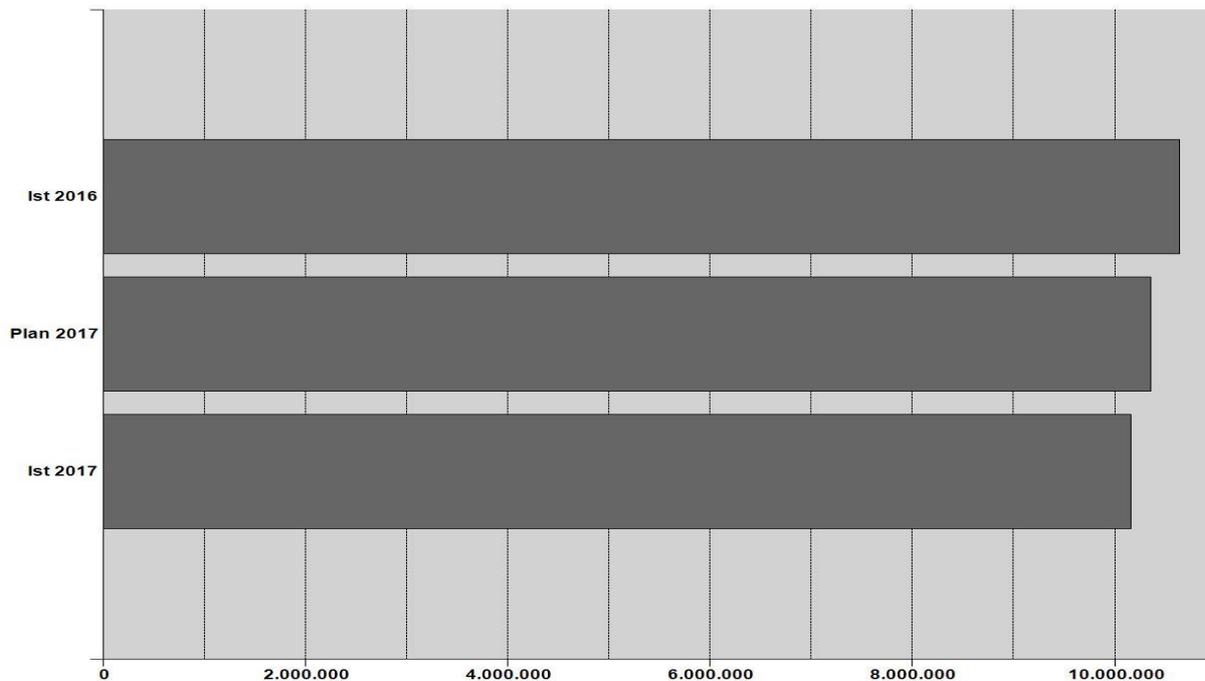
Die Entwicklung der Aufwendungen für diese **freiwillige Leistung** des Landkreises:

Jahr	SFB-Ausschuss	JHA	Summe SaS
2012	30.000	30.000	60.000
2013	65.116	65.116	130.232
2014	78.787	78.787	157.574
2015	86.614	86.614	173.229
2016	102.310	102.310	204.620
2017	121.513	121.513	243.026

**Teilergebnis: Ausschuss für Liegenschaften, Vergaben (LSV)**

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>LSV</b>	10.645.345,68	10.361.104,85	<b>10.158.650,50</b>	202.454,35

Der LSV-Ausschuss hat den Gesamtplan um 202.454,35 € unterschritten.



Die 41 Kostenstellen des LSV-Ausschusses werden wie folgt abgeschlossen:

	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Plan/Ist
331 Brand- und Katastrophenschutz	1.009.231	963.883	943.472	<b>1.055.486</b>	<b>112.014</b>
332 Brandschutzdienststelle	37.906	44.041	76.990	<b>76.906</b>	<b>-84</b>
941 Liegenschaftsamt	985.208	912.842	1.216.207	<b>1.167.529</b>	<b>-48.678</b>
942 Kreissparkassengebäude			100.820	<b>21</b>	<b>-100.799</b>
943 Gebäude - Haupthaus	1.308.891	1.142.238	1.079.664	<b>1.131.504</b>	<b>51.840</b>
945 Gebäude - Zulassungs-u.FS-Stelle (Anmietung)	141.465	132.780	140.360	<b>134.180</b>	<b>-6.180</b>
946 Gebäude - Jobcenter (Anmietung)	-6.894	-4.718	-17.525	<b>-6.925</b>	<b>10.600</b>
947 Gebäude - Post (Anmietung)	57.650	77.697	73.284	<b>80.855</b>	<b>7.571</b>
948 Gebäude - Schulamt	5.345	7.583	10.900	<b>2.217</b>	<b>-8.683</b>
950 Grundstücke und sonst.kreiseigene Gebäude (ohne Naturschutz)	-23.194	-135.049	-1.657.562	<b>-1.763.355</b>	<b>-105.794</b>
951 Asylbewerberunterbringung "Mäusl"- Anwesen	959	443	1.510	<b>1.322</b>	<b>-188</b>
960 Gebäude Landwirtschaftsschule EBE	-28.250	17.782	163.212	<b>85.957</b>	<b>-77.255</b>
961 Gebäude AOK (Anmietung)	-1.384				
970 Gebäude Medienzentrale Augustinerstr.	28.404	26.133	24.400	<b>24.923</b>	<b>523</b>
971 Gebäude Straßenmeisterei	136.757	65.631	190.213	<b>174.855</b>	<b>-15.358</b>
972 Klosterbauhof incl. Brennerei Ebersberg	-20.303	-26.323	-25.327	<b>-26.939</b>	<b>-1.612</b>
999 Hausmeisterwohnung Straßenmeisterei	-4.739	-2.118	-3.457	<b>-2.219</b>	<b>1.238</b>
953 Gebäude Realschule Ebersberg (incl. Außen-u.Sportflächen)	702.312	750.046	780.156	<b>760.607</b>	<b>-19.549</b>
981 Dreifachturnhalle Realschule Ebersberg	102.746	184.845	140.969	<b>93.669</b>	<b>-47.300</b>
991 Asylbewerberunterbringung HMW RS EBE	-7.215	-5.874	-7.175	<b>2.498</b>	<b>9.673</b>
954 Gebäude Realschule Markt Schwaben (incl. Außen-u.Sportflächen)	356.113	681.163	603.057	<b>645.308</b>	<b>42.251</b>
982 Turnhalle Realschule Markt Schwaben	20.143	98.106	48.858	<b>38.084</b>	<b>-10.774</b>
992 Hausmeisterwohnung RS M.Schwaben	17	-3.485	4.876	<b>4.416</b>	<b>-460</b>
955 Gebäude RS Poing (incl. Außen- u.Sportflächen)	774.291	964.451	832.041	<b>900.231</b>	<b>68.190</b>
980 Turnhalle Realschule Poing	206.713	-128.769	39.200	<b>44.173</b>	<b>4.973</b>
956 Gebäude Gymnasium Grafing (incl. Außen- u.Sportflächen)	797.518	686.185	705.829	<b>644.816</b>	<b>-61.013</b>
983 Turnhallen Gymnasium Grafing	84.828	71.028	94.893	<b>41.018</b>	<b>-53.875</b>
993 Asylbewerberunterbringung HMW Gym. Grafing	-3.527	-4.702	-4.200	<b>-5.198</b>	<b>-998</b>
957 Gebäude Gymnasium Vaterstetten (incl. Außen-u.Sportflächen)	842.293	980.182	1.046.664	<b>1.009.805</b>	<b>-36.859</b>
984 Dreifachturnhalle Gymnasium Vaterstetten	-57.964	58.267	23.944	<b>-14.588</b>	<b>-38.532</b>
994 Hausmeisterwohnung Gymn.Vaterstetten	-7.488	-6.763	-7.687	<b>-3.861</b>	<b>3.826</b>
958 Gebäude Gymnasium Markt Schwaben (incl. Außen-u.Sportflächen)	879.238	797.448	759.868	<b>1.150.290</b>	<b>390.422</b>
985 Dreifachturnhalle Gymnasium Markt Schwaben	-83.879	-188.109	35.657	<b>67.658</b>	<b>32.001</b>
995 Hausmeisterwohnung Gymn.M.Schwaben	-5.451	-5.869	-5.480	<b>-5.742</b>	<b>-262</b>
959 Gebäude Gymnasium Kirchseeon (incl. Außen-u.Sportflächen)	1.327.023	1.318.539	1.538.833	<b>1.341.611</b>	<b>-197.222</b>
986 Turnhalle Gymnasium Kirchseeon	53.088	75.764	129.302	<b>211.025</b>	<b>81.723</b>
996 Hausmeisterwohnung Gymn. Kirchseeon	-725	-912		<b>-916</b>	<b>-916</b>
964 Mensa Sopäd.Förderzentr. Grafing			5.500		<b>-5.500</b>
965 Gebäude Sopäd.Förderzentr. Grafing (incl. Außen-u.Sportflächen)	369.064	421.978	471.914	<b>370.790</b>	<b>-101.124</b>
987 Dreifachturnhalle SFZ Grafing	339.997	5.613	29.850	<b>59.379</b>	<b>29.529</b>
997 Hausmeisterwohnung SFZ Grafing	4.366	18.504	18.220	<b>4.230</b>	<b>-13.990</b>
966 Gebäude Sopäd.Förderzentr. Poing (incl. Außen-u.Sportflächen)	362.936	658.282	755.779	<b>663.974</b>	<b>-91.805</b>
988 Turnhalle SFZ Poing	-53.225	-3.420	3.075	<b>-946</b>	<b>-4.021</b>
<b>SUMME</b>	<b>10.630.264</b>	<b>10.645.346</b>	<b>10.361.105</b>	<b>10.158.651</b>	<b>-202.454</b>

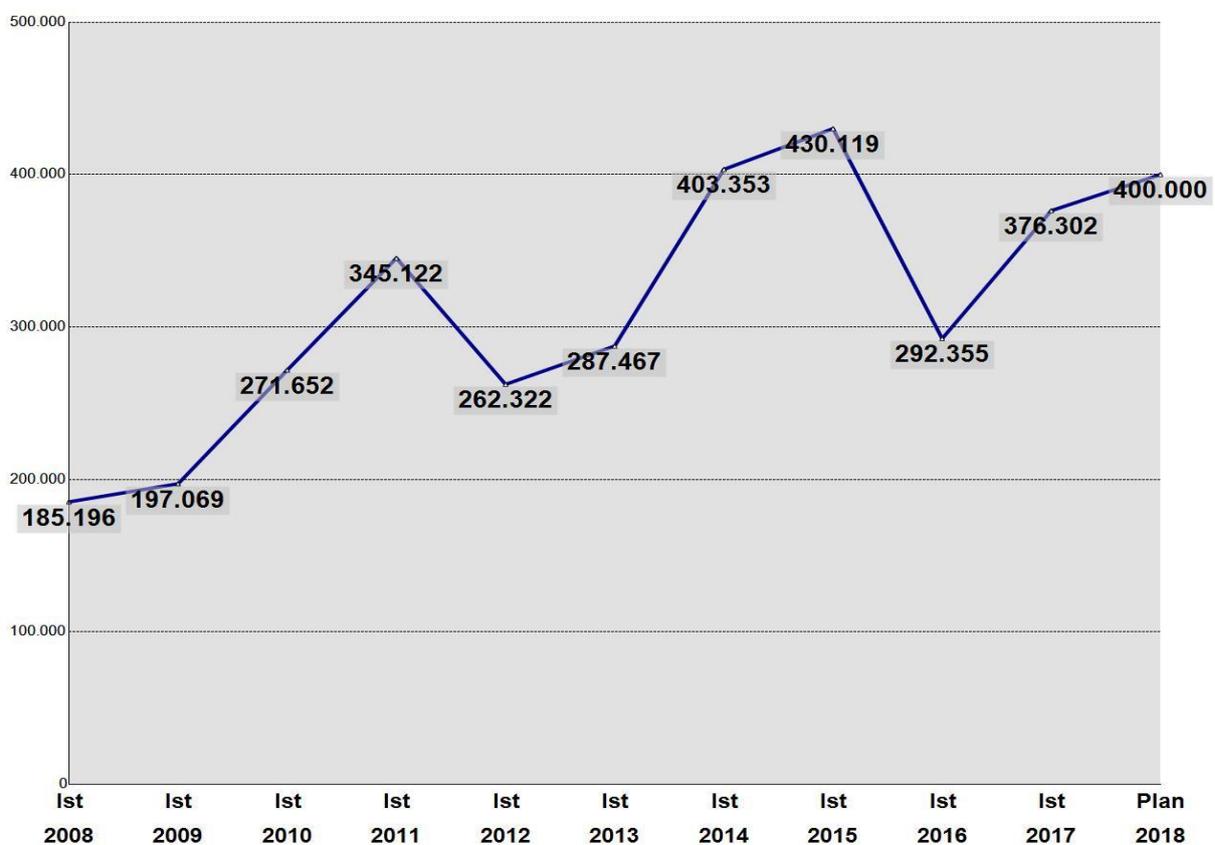
## Begründung für die größere Abweichung in der Ergebnisrechnung:

### 1) KSt. 331: Brand- und Katastrophenschutz – Überschreitung 112.014 €

Die Überschreitung ist in erster Linie auf die Ausgaben für die Betriebskosten des Landkreises für den Digitalfunk (+ 32.102 €), welche nicht geplant waren sowie einer Ansatzüberschreitung bei der Reparatur und Instandhaltungskosten (+ 15.115 €). Die Abschreibung lag um 16.000 € höher als geplant. Zudem könnte eine Pauschalkürzung i.H.v. 35.290 €, die im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 zur Annäherung an den Eckwert vorgenommen wurde, nicht erreicht werden.

Die Überschreitung wurde vom LSV-Ausschuss genehmigt.

Die Kosten der Rettungsleitstelle entwickelten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:



Der Planansatz für die Umlage an den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung wurde um 23.698 € und damit um 6 % unterschritten. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung liegen die Zahlen des Zweckverbandshaushaltes nicht vor. Es wurde daher ein Ansatz von 400.000 € festgesetzt – die tatsächliche Umlage betrug 376.302 €.

### 2) KSt 942 - Kreissparkassengebäude – Unterschreitung 100.799 €

Zur Haushaltsplanung 2017 wurden bereits für das ehemalige Kreissparkassengebäude Planansätze insbesondere für Bewirtschaftungskosten 100.820 € gebildet. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung des Eigentumserwerbs und damit der Umzüge fielen in Jahr 2017 noch keine Bewirtschaftungskosten für dieses Gebäude an.

### 3) KSt. 950 - Grundstücke und sonst. kreiseigene Gebäude (ohne Naturschutz) - Unterschreitung 105.794 €

Die Unterschreitung des Planansatzes resultiert aus höher als geplanten Erträgen aus den Verkauf von zwei Landkreisgrundstücken.

#### 4) KSt .954 - Gebäude Realschule Markt Schwaben - Überschreitung 42.251€

Es fielen höhere Kosten für Wärme und Heizung (+ 25.984 €) sowie Mehrkosten für eine Wartung der Heizungssteuerung (+ rd. 16.000 €) an.

#### 5) KSt. 955 - Gebäude RS Poing (incl. Außen-u.Sportflächen) – Überschreitung 68.190 €

Die Ansatzüberschreitung ist in erster Linie auf einer nicht eingegangenen Kostenerstattung (11.100 €) und der Nichterreichung einer Pauschalkürzung (31.122 €), die im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 vorgenommen wurde, zurückzuführen. Weitere Mehrkosten entstanden durch höhere PPP-Betriebs- und Bewirtschaftungsleistungen.

#### 6) KSt. 958 - Gebäude Gymnasium Markt Schwaben – Überschreitung 390.422 €

Im Zuge der Trennung einer Feuerlöschleitung fielen Mehrkosten beim Gebäudeunterhalt (+ 167.640 €) sowie der Unterhaltung von betriebstechnischen Anlagen (+ rd. 104.000 €) an. Ebenso ergeben sich Überschreitungen bei den geplanten Ausgaben für Gutachten und Beraterleistungen neben der Sanierung der Löschwasserleitung auch für die Modernisierung der Außenbeleuchtung (+ rd. 118.000 €). Die Notwendigkeit dieser Maßnahme hatte sich erst nach der Haushaltsplanung ergeben.

Diese Überschreitung wurde durch den Kreistag genehmigt.

#### 7) KSt. 959 - Gebäude Gymnasium Kirchseeon – Unterschreitung 197.222 €

An Aufwendungen für die Betriebsleistung PPP Bewirtschaftung des Gebäudes Gymnasium Kirchseeon wurden rd. 210.000 € weniger verbucht als ursprünglich in der Planung vorgesehen.

#### 8) KSt. 965 – Gebäude Sopäd.Förderzentr. Grafing- Unterschreitung 101.124 €

Es ergaben sich Erträge aus der Auflösung einer Rückstellung für unterlassene Instandhaltung i.H.v. 70.000 €, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Pauschalkürzung ergaben sich Mehrerträge von 53.000 €. Die Unterhaltsaufwendungen des Gebäudes lagen um rund 50.000 € unter der Planung.

### Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger (Produkte):

#### 1330: Photovoltaikanlagen (BgA):

Eigene Photovoltaikanlagen werden am Landratsamt Ebersberg, der Realschule Ebersberg (2 Anlagen), am SFZ Poing und am Gymnasium Markt Schwaben betrieben. Die Anlagen werden als Betriebe gewerblicher Art (BgA) geführt. Dadurch kam es zur Erstattung der Mehrwertsteuer bei der Anschaffung. Die Anschaffungskosten wurden als Darlehen auf dem Kostenträger abgebildet. Die steuerbaren Erträge 2017 betragen 21.466 €.

Anlage	Größe	IST 2012	IST 2013	IST 2014	IST 2015	IST 2016	IST 2017
Landratsamt Ebersberg	30,00 kWp	10.109	7.451	8.664	10.864	8.961	6.691
Realschule Ebersberg	9,87 kWp	3.688	3.701	2.384	3.377	3.059	3.560
Realschule Ebersberg (Inbetriebnahme 2015)	26,68 kWp					1.704	1.069
SFZ Poing	17,63 kWp	8.131	6.745	5.855	6.902	6.363	5.957
Gymnasium Markt Schwaben (Inbetriebnahme 31.10.2013)				10.771	5.811	4.600	6.326
Summe steuerbare Erträge		21.928	17.897	27.674	26.954	24.688	21.466

Die Erträge der Photovoltaikanlagen am Gymnasium Kirchseeon (Größe: 29,6 kWp) und an der Realschule Poing (Größe: 383 kWp) erzielt der PPP-Unternehmer.

#### 1331: Blockheizkraftwerk Gymnasium Markt Schwaben

Erstmals wurden 2013 Erträge für das BHKW am Gymnasium Markt Schwaben in Höhe von 37.608 € verbucht. 2014 betragen die Erträge aus der Einspeisung 60.842 € und 94.279 € im Jahr 2015.

Unter Berücksichtigung der Erstattung von Energiesteuer, der aktivierten Eigenleistung und unter Berücksichtigung sämtlicher Aufwendungen betrug der Nettoerlös für das BHKW 2017 insgesamt 107.668 €.

### 1357: Fuhrpark:

Entwicklung der Kosten des Fuhrparks:

Jahr	Nettoaufwand	Gefahrene KM	Kosten pro gef. KM
2012	51.953	98.611	1,61
2013	75.238	121.519	1,88
2014	50.192	125.388	1,32
2015	69.242	46.322	3,94
2016	74.528	104.742	1,87
2017	84.816		

Für die Nutzung des zentralen Fuhrparks werden den Sachgebieten pro gefahrenen Kilometer 40 Cent verrechnet. Die dienstliche Nutzung des eigenen Privat-PKW wird mit 35 Cent erstattet. Die Nutzung eigener PKWs durch die Mitarbeiter ist für den Landkreis deutlich wirtschaftlicher, als die Vorhaltung des Fuhrparks. 2015 wurden die Fahrtenbücher teilweise nicht verbucht, deshalb kostete der gefahrene Kilometer 3,94 €. Im Jahr 2016 kostete der gefahrene Kilometer rechnerisch 1,87 €. Im Jahr 2017 konnten die gefahrenen Kilometer den Nutzern nicht mehr zugeordnet werden, weil es keine elektronischen Fahrtenbücher mehr gibt. Die Übertragung von händisch geführten Fahrtenbücher in eine elektronisch bearbeitbare Liste ist zu aufwändig. Es wird nach einer neuen Lösung gesucht, bis dahin muss auf die Verrechnung der Fuhrparkkosten auf die Kostenstellen verzichtet werden.

### 9450: Brandschutzmaßnahmen:

Das Thema hat sich signifikant „beruhigt“. Die strikte Abgrenzung ist schwierig, weil Brandschutzmaßnahmen meist zusammen mit Erweiterungen oder Generalsanierungen durchgeführt werden. 2014 wurden dem Kostenträger „nur“ 45.366 € zugeordnet. 2013 waren es noch 777.403 € und 2012 wurden 1,4 Mio. € auf diesem Kostenträger gebucht. 2015 wurden 194.561 € gebucht, überwiegend als Rückstellung für die Brandschutzmaßnahme an der Dreifachturnhalle in Grafing.

Im Jahr 2016 wurden nur 29.227 € für Brandschutzmaßnahmen gebucht. Durch die Auflösung einer Rückstellung für Instandhaltung ergibt sich auf dem Kostenträger 9450 für 2017 ein Ertragsüberschuss von 12.434 €.

### Ein Blick auf die Personalkosten:

	2014	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	1.619.965	1.673.932	1.819.435	2.031.340	<b>2.050.279</b>	<b>18.939</b>

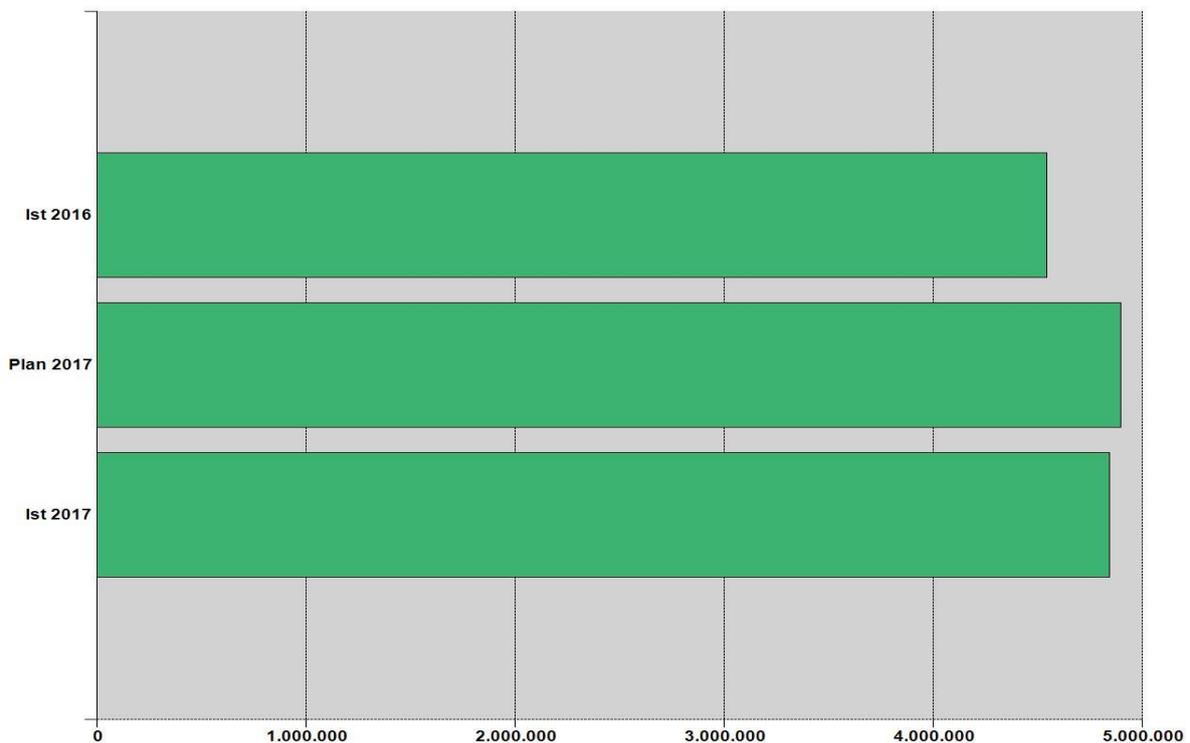
Die Personalkosten endeten fast mit einer Punktlandung.

### Teilergebnis: Ausschuss für Umwelt, LK - Entwicklung, Infrastruktur mit KAW (ULV)

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>ULV ohne KAW</b>	4.545.630,80	4.899.430,80	<b>4.843.675,57</b>	-55.755,23
<b>KAW</b>	-604,26	927.964,80	<b>0,00</b>	-927.964,80

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird im Anschluss gesondert dargestellt.

Diese Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft.



### Erläuterung des Jahresergebnisses auf Fachausschussebene

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 4.899.431 € um **55.755 € unterschritten**, das sind 1,8 %. Das Plan-Budget des ULV-Ausschusses beansprucht 9 % des kompletten Budgets der Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

### Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2008	4.207.388	3.895.559	-311.829	-7,4%
2009	4.392.830	3.694.714	-698.116	-15,9%
2010	4.399.709	3.802.136	-597.573	-13,6%
2011	4.271.995	4.793.876	<b>521.882</b>	<b>12,2%</b>
2012	4.063.851	4.524.151	<b>460.300</b>	<b>11,3%</b>
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%

Wie schon 2016 so war auch das Ergebnis 2017 sehr treffsicher.

Hauptursächlich für das gute Ergebnis ist die Schülerbeförderung (-170.867 €) sowie das Bauamt (-122.774 €). Demgegenüber sind in der Gesamtbetrachtung bei einigen Kostenstellen des ULV-Ausschusses auch Budgetüberschreitungen festzustellen.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird am Schluss dieses Berichtes gesondert dargestellt.

### Detaillierte Darstellung

	2014	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR)	204.471	221.059	236.321	238.083	182.958	-55.125
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.339.225	1.271.768	1.204.399	1.277.780	1.368.397	90.617
113 Schülerbeförderung	790.244	796.363	778.765	1.096.198	925.330	-170.868
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	-3.952	-3.734	-2.984	-3.939	61	4.000
320 Kfz-Zulassungsstelle	-538.512	-549.788	-540.609	-566.912	-564.364	2.549
325 Führerscheinstelle	-7.128	43.736	49.188	48.192	63.397	15.206
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	10.835	8.356	-764	57.495	135.055	77.560
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	-20.162	-14.660	-13.618	-3.367	-4.700	-1.333
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	57.639	71.456	55.785	53.136	57.853	4.717
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	153.930	157.244	173.891	182.665	196.626	13.961
420 Bauamt	-138.438	5.767	148.323	153.861	31.078	-122.783
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	106.181	178.087	254.719	331.033	236.027	-95.006
450 Naturschutz, Landschaftspflege	375.121	351.909	353.623	356.093	405.663	49.569
910 Kreisstraßen und - unterhalt	1.467.012	1.709.475	1.848.591	1.679.113	1.810.296	131.182
<b>SUMME</b>	<b>3.796.468</b>	<b>4.247.038</b>	<b>4.545.631</b>	<b>4.899.431</b>	<b>4.843.676</b>	<b>-55.755</b>

Die größten Nettopositionen liegen im Bereich der Kostenstellen 910 Kreisstraßenunterhalt und 112 ÖPNV/ Radwege. Diesen Kostenstellen kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

### **Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung**

#### **1) KSt.112 - (ÖPNV/Fernradwege) – Überschreitung 90.617 €**

Die Überschreitung des Ansatzes ergibt sich aufgrund von einer nicht geplanten Nachzahlung an den MVV für das Jahr 2015 i.H.v. 22.900 €. Demgegenüber ist eine geplante Kostenerstattung von 146.000 € ausgefallen. Im Hinblick auf die Sach- und Produktkosten waren zugleich insbesondere um rund 122.400 € geringere Zahlungen an den MVV zu verzeichnen, was u.a. daran lag, dass geplante

Fahrplanänderungen nicht komplett umgesetzt werden konnten. Auch Ausgaben für ISE und Handy-Ticket wurden nicht in der angekündigten Höhe abgerufen.

## 2) KSt.113 - (Schülerbeförderung) – Unterschreitung 170.868 €

Die Planunterschreitung ergibt sich u.a. durch die Darstellung der Kostenerstattungen bzw. Amtshilfe als Erträge von den kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis. Zudem wurden für die Schülerbeförderung rund 40.000 € mehr an pauschalen Zuweisungen gewährt. Ebenso ergaben sich höhere Erträge bei der Eigenbeteiligung des Landkreises (-10.250 €).

## 3) KSt.330 - Öffentliche Sicherheit, Gemeinden – Überschreitung 77.560 €

Obwohl die ordentlichen Erträge durch erhebliche Steigerungen im Bereich des überlassenen Kostenaufkommens (gestiegene Fallzahlen) um fast 89.000 € über dem Ansatz verbucht werden konnten, reichte das Budget wegen der Überschreitung bei den Personalaufwendungen um über 113.000 € nicht aus. Drei Staatsbeamte wurden durch Kreispersonal ersetzt, d.h. fiktive Personalkosten (Staatspersonal wird vom Freistaat Bayern bezahlt) wurden durch „echte“ Personalkosten im Kreishaushalt ersetzt. Darüber hinaus erfolgten zahlreiche Niederschlagungen zur Forderungsreinigung, dadurch lagen die Aufwendungen um 20.000 € über dem Plan.

## 4) KSt.420 - Bauamt – Unterschreitung 122.783 €

Die Zahl der Baugenehmigungen ging von 838 (2016) auf 819 (2017) zurück. Die Genehmigung von Sonderbauten stieg dagegen von 65 auf 85. Die Erträge lagen dennoch deutlich über dem Ansatz, dies ist einzelfallbedingt. Der Kostendeckungsgrad ist gegenüber dem Vorjahr erfreulich angestiegen von 67 % auf 79 % im Jahr 2017.

## 5) KSt.440 - Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutzrecht – Unterschreitung 95.006 €

Die Unterschreitung des Budgets ist in erster Linie auf die Unterschreitung bei den Personalkosten (- 116.675 €) zurückzuführen. Insbesondere im rechtlichen Immissionsschutz konnten aufgrund von Personalwechseln Stellen zeitweise nicht besetzt werden.

## 6) KSt.910 - Kreisstraßen und -unterhalt – Überschreitung 131.182 €

Die Überschreitung ergibt sich hauptsächlich durch höhere Unterhaltungsmaßnahmen von Straßen und Wegen (+ 43.547 €) sowie für Erstattungen an das Land für höhere Verwaltungskosten der Kreisstraßen durch das Straßenbauamt Rosenheim (+ 102.959 €).

Die zur Haushaltsplanung 2017 zur Anpassung an den Eckwert angesetzte Pauschalkürzung von 104.000 € konnte annähernd durch Mehrerträge bei den Auflösungen von Sonderposten für staatliche Zuweisungen, durch Kostenerstattungen für die Ablöse der EBE 09 OD Grafing (+ 30.231 €) sowie außerordentliche Erträge aus Schadensersatz für Kreisstraßen (+11.556) nicht erreicht werden.

### Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger

Es werden insgesamt knapp 80 Kostenträger bewirtschaftet. Nachfolgend die Landkreisaufgaben:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
1123 MVV Busverkehr im Landkreis (ÖPNV)	1.168.369	1.102.141	1.148.760	1.312.650	1.313.397	747	0,1%
1128 Schülerbeförderung	761.446	723.702	700.942	1.100.880	862.688	-238.192	-21,6%
405 Landschaftspflegeverband	57.639	71.456	55.785	53.136	57.853	4.717	8,9%
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	204.471	221.059	236.321	238.083	182.958	-55.125	-23,2%
<b>Summe</b>	<b>3.360.294</b>	<b>3.220.499</b>	<b>3.290.568</b>	<b>4.017.399</b>	<b>3.730.293</b>	<b>-287.106</b>	<b>-35,8%</b>
%-Anteil dieser KTR am Teilbudget	88,5 %	75,8 %	72,4 %	82,0 %	77,0 %		

Bei der Schülerbeförderung ergaben sich im Jahr 2017 nicht geplante Erträge aus der Leistung von Amtshilfe für kreisangehörige Gemeinden sowie dem Landkreis Rosenheim.

Die Budgetunterschreitung im Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement i. H. v. 55.144 € ist in erster Linie auf einen Zuschuss für ein Elektromobilitätskonzept vom Bund, der aufgrund der rechtlichen Zusage im Haushaltsjahr 2017 ertragsmäßig zu verbuchen war. Es fielen geringere Ausgaben als geplant für Printmedien, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen an, was darauf zurückzuführen ist, dass die für 2017 vorgesehene Regionalkonferenz auf 2018 verschoben wurde.

Insgesamt ist der Bereich des ULV-Ausschusses stark von den Aufgaben des staatlichen Landratsamtes geprägt, eine aufgabenbezogene Steuerbarkeit existiert für den Landkreis nicht. Steuerbar ist aber die Qualität der Aufgabenerfüllung, insbesondere der Personaleinsatz.

Es wird beobachtet, dass der Anteil der Kreisaufgaben am Teilbudget zurückgeht zu Lasten der staatlichen Aufgaben. Dieses Thema erlangt zunehmend politische Aufmerksamkeit, nachdem seit Jahren auch im Innovationsring Untersuchungen stattfinden, die bestätigen, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolgt. Das **jährliche** Defizit des Landkreises Ebersberg beträgt in den Jahren 2012 bis 2015 zwischen 3,7 Mio. € und 4,3 Mio. €. Dieses Bild zeigt sich in ganz Bayern, aus jedem Regierungsbezirk haben Landratsämter diese Berechnungen durchgeführt. Die Diskussionen werden auf politischer Ebene geführt.

#### **Ein Blick auf die Personalkosten:**

	2014	2015	2016	2017		
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung Ist/Plan
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	3.743.205	3.814.836	3.954.250	4.237.980	<b>4.244.009</b>	<b>6.029</b>

Das Teilbudget endet bei den Personalkosten im Haushaltsjahr 2017 mit einer Abweichung von 0,1 %, was wie in den vergangenen Jahren die hohe Planungskompetenz der Akteure bestätigt.

Der Steuerung des Personaleinsatzes kommt in diesem Bereich besonders hohe Bedeutung zu. Dies gelingt durch die Vergleiche der Fallzahlen mit dem Personaleinsatz innerhalb der 80 Kostenträger.

**Kommunale Abfallwirtschaft**

Die Kommunale Abfallwirtschaft wurde am 01.01.08 in den Landkreis als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>KAW</b>	-604,26	927.964,80	<b>0,00</b>	-927.964,80

Geplant war 2017 ein negatives Ergebnis in Höhe von 927.965 €, tatsächlich weist die Kommunale Abfallwirtschaft zum Jahresende ein ausgeglichenes Ergebnis von 0 € aus.

Die Gebührenaussgleichsrückstellung ist derzeit mit 1.096.804 € bilanziell ausgewiesen (Stand: 31.12.2017). Der im Jahr 2017 erwirtschaftete Fehlbetrag wurde noch nicht durch die vorhandene Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen. Die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen betragen zum 31.12.2017 insgesamt 6.019.994 €. An liquiden Mitteln aus der Gebührenaussgleichsrücklage sowie den Umweltrückstellungen verfügt die Abfallwirtschaft zum 31.12.2017 insgesamt über 7.106.798 €.

**Nachfolgend eine Übersicht der Kostenträger:**

	2014	2015	2016	2017		Abweichung Ist/Plan
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	0	-54.732	-148.104		<b>143.262</b>	<b>143.262</b>
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	-101.315	-541.035	76.203	329.776	<b>13.898</b>	<b>-315.878</b>
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	-13.087	-76.165	-10.546	-13.500	<b>44.413</b>	<b>57.913</b>
7283 KAW: Problemabfall	72.845	76.345	78.077	85.178	<b>86.795</b>	<b>1.617</b>
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	-17.306	793.497	31.148	59.000	<b>-883.694</b>	<b>-942.694</b>
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	903.436	841.620	885.592	1.000.000	<b>907.593</b>	<b>-92.407</b>
7286 KAW: Asbest	-5.392	4.283	13.288	-50	<b>-23.313</b>	<b>-23.263</b>
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	-13.018	18.737	-16.414	700	<b>-28.927</b>	<b>-29.627</b>
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	-788	28.416	-1.491	7.500	<b>-37.561</b>	<b>-45.061</b>
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-84.659	-90.948	-219.653	-168.350	<b>-290.639</b>	<b>-122.289</b>
7290 KAW: Deponienachsorge	-46.318	77.030	-55.331	102.650	<b>-12.432</b>	<b>-115.082</b>
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-965.972	-973.986	-1.477.572	-1.547.565	<b>-1.500.166</b>	<b>47.399</b>
7292 KAW: Kunststoffeffassung		9.434	-432	13.100	<b>-13.438</b>	<b>-26.538</b>
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten		68.636	5.588	40.000	<b>13.786</b>	<b>-26.214</b>
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)				-950	<b>22.069</b>	<b>23.019</b>
<b>SUMME</b>	<b>-271.574</b>	<b>181.132</b>	<b>-839.645</b>	<b>-92.511</b>	<b>-1.558.354</b>	<b>-1.465.843</b>

**3.4 Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft**

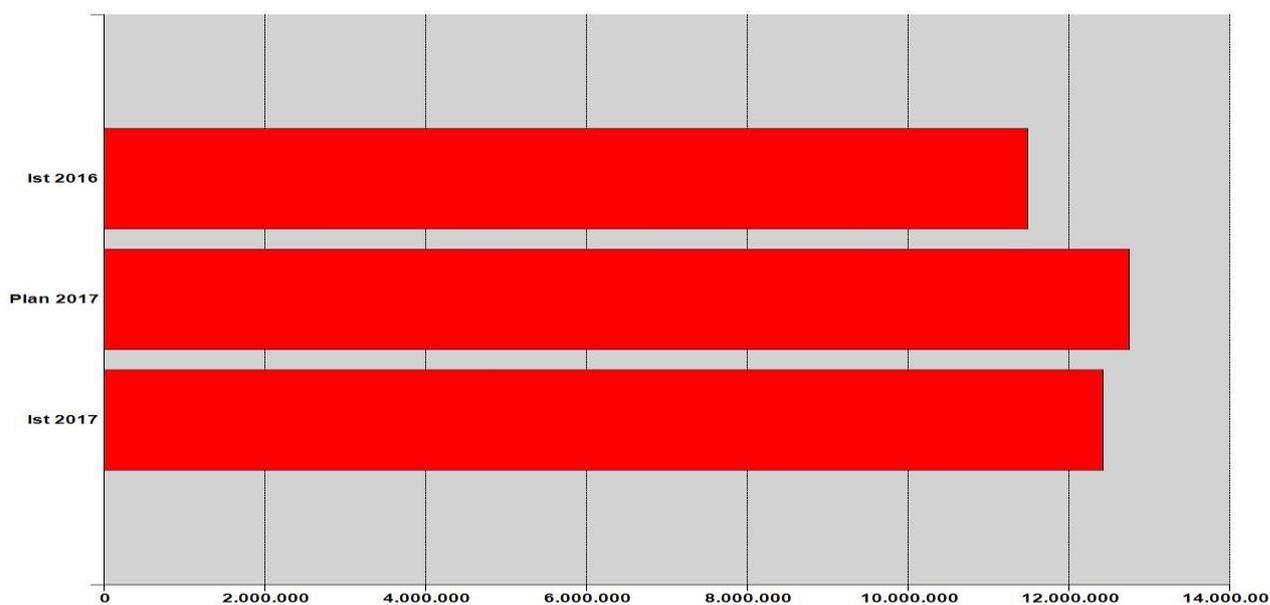
Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist als gut zu bezeichnen. 2012 wurden die Gebühren neu kalkuliert und in der Folge gesenkt. Ziel war es die Gebührenaussgleichsrückstellung zu reduzieren. Die Rückstellungen sichern die Rekultivierungsverpflichtungen derzeit vollständig ab. Darüber hinaus verfügt die Abfallwirtschaft aktuell über eine Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 1.096.804 € (Stand 31.12.2017).

2017 erfolgte eine neue Gebührenkalkulation für die Jahre 2017 bis einschließlich 2020.

### Teilergebnis: Jugendhilfeausschuss (JHA)

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
<b>JHA</b>	11.493.914,50	12.751.172,63	<b>12.432.728,44</b>	-318.444,19

Der Jugendhilfeausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von **12.751.173 €** um **318.444 €** unterschritten.



Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Plan-Ist-Vergleich:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2005	8.693.190	8.389.492	-303.698	97%
2006	8.627.010	8.775.584	148.574	102%
2007	8.725.143	8.701.461	-23.682	100%
2008	9.282.134	9.671.614	389.480	104%
2009	10.149.606	9.920.253	-229.353	98%
2010	10.399.950	9.929.756	-470.194	95%
2011	9.907.625	10.578.060	670.434	107%
2012	10.415.981	10.430.677	14.696	100%
2013	10.794.757	10.896.900	102.143	101%
2014	11.301.081	11.762.001	460.920	104%
2015	12.095.594	12.028.254	-67.340	99%
2016	13.670.131	11.493.915	-2.176.217	84%
2017	12.751.173	12.432.728	-318.444	98%

**Detaillierte Darstellung der Kostenstellen**

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
230 Jugendamt	11.475.415	11.060.026	10.665.035	12.498.578	11.283.631	-1.214.946	-9,7%
232 Hilfe für junge Volljährige § 41		554.011	924.341	0	906.610	906.610	0,0%
231 Kreisjugendring	207.313	186.891	186.726	231.940	219.508	-12.432	-5,4%
233 umF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)	79.273	227.326	-282.187	20.655	-65.596	-86.251	-417,6%
600 Fachabteilung 6, Jugend, Familie und Demografie				0	88.574	88.574	0,0%
<b>030 Jugendhilfeausschuss (JHA)</b>	<b>11.762.001</b>	<b>12.028.254</b>	<b>11.493.915</b>	<b>12.751.173</b>	<b>12.432.728</b>	<b>-318.444</b>	<b>-2,5%</b>

Das Budget des Jugendhilfeausschusses war 2017 mit 23 % des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung** geplant, es schließt mit 23,6 % ab.

Bereits im Rahmen der Eckwertepfanung für das Jahr 2018 wurde für das Jahr 2017 eine Planunterschreitung prognostiziert; damals ging man von einer Unterschreitung in Höhe von max. 150.000 € aus. Diese wurde im Rahmen des Budgetberichts korrigiert und auf 163.600 € angepasst. Tatsächlich beträgt sie jetzt über 340.000 €.

**Kostenstellen 230 und 232 (Jugendamt und Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII):**

Die Steigerung der Erträge (- 539 T€) war der Haupttreiber für das außerordentlich gute Ergebnis. Im Bereich der Vollzeitpflege wurde ein historisches Hoch mit 967 T€ erreicht. Der Anstieg des Aufwands (+ 231 T€) im Vergleich zum Budget 2017 hingegen gestalten sich sehr moderat (1,5%).

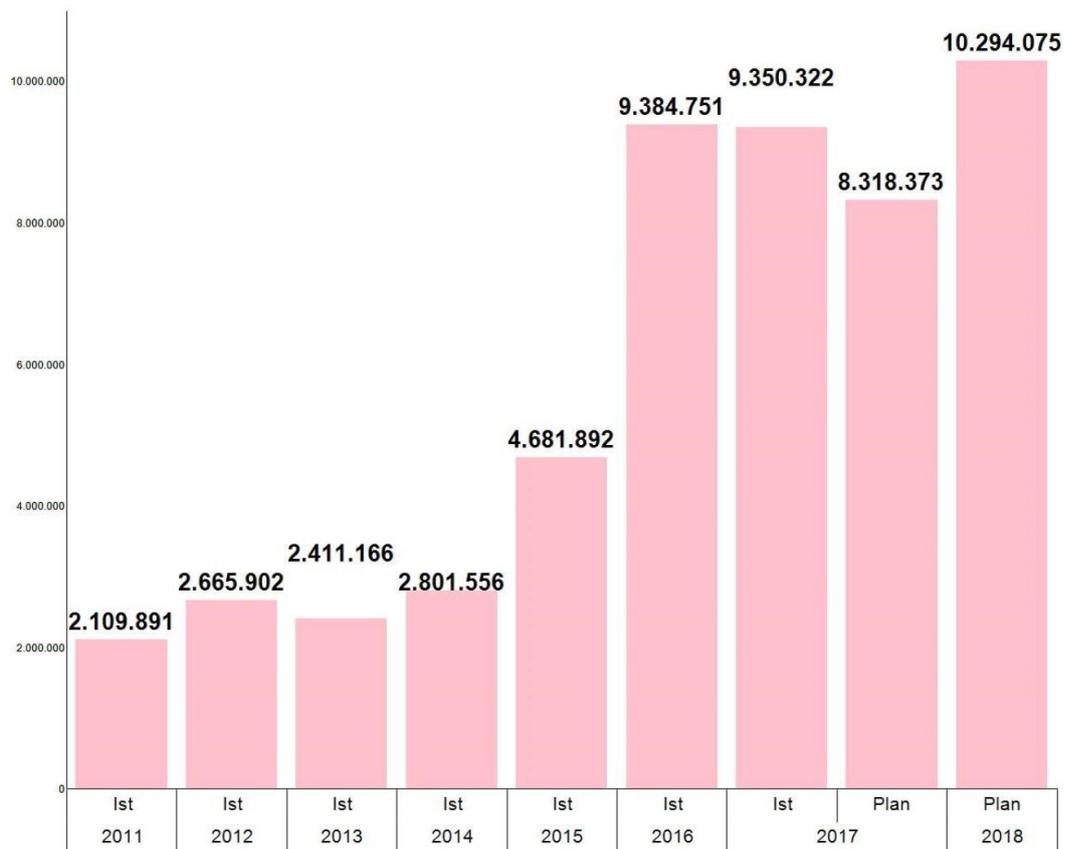
**Kostenstelle 231 (Kreisjugendring):**

Der Kreisjugendring hat sein Budget um 12 T€ unterschritten und wird dieses Ergebnis selbst separat erläutern.

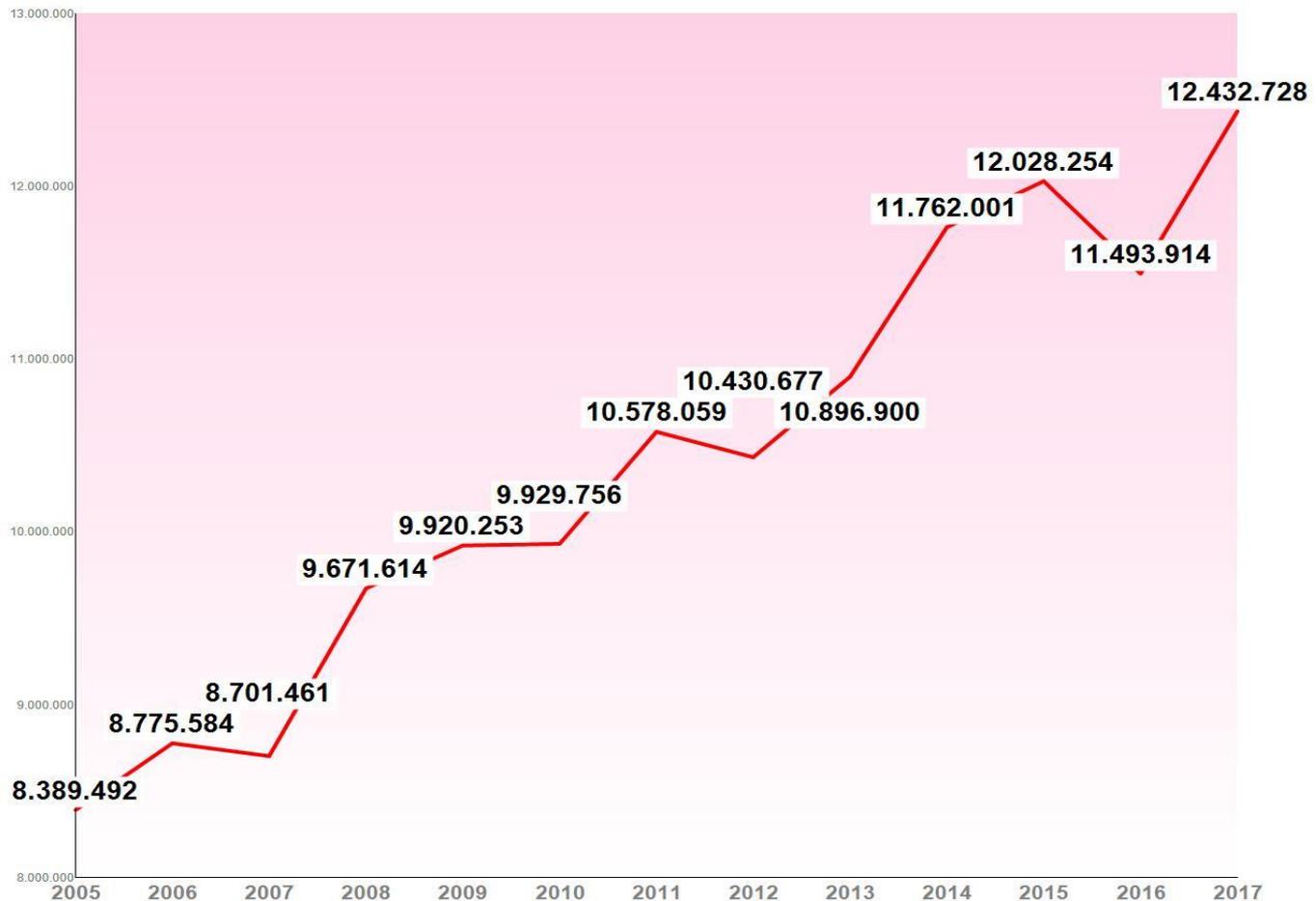
**Kostenstelle 233 (umA):**

Die Kostenerstattungen von Seiten des Bezirks laufen dank des Engagements der wirtschaftlichen Jugendhilfe reibungslos. Auch die Zahlungen erfolgen zeitnah. Eine Umfrage auf der oberbayerischen Jugendamtsleitertagung im Dezember 2017 ergab, dass das Kreisjugendamt Ebersberg als einziges Jugendamt bereits die Kostenerstattung für das 3. Quartal 2017 realisieren konnte, während alle übrigen Jugendämter noch die Abrechnung des Jahres 2016 betreiben. Die Mittelzuweisung der Regierung von Oberbayern im Auftrag der StMAS für ungedeckte Vormundschafts- und Personalkosten im Bereich umA betrug fast 113 T€ und war um 73 T€ höher als geplant. Dies ist der Hauptgrund für die positive Abweichung zum Budget.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der ordentlichen Erträge:



Die Ist-Ausgaben des Haushalts des Jugendhilfeausschusses entwickelten sich wie folgt:



Bezogen auf die IST-Entwicklung stiegen die Aufwendungen in der Jugendhilfe **von 2016 auf 2017** um 915.246 € bzw. 8,0 %.

Der Großteil der Steigerung bei den Aufwendungen entfällt auf den Bereich der KST 230|232|600 (Jugendamt) mit 690 T€. Dies ist hauptsächlich auf Mehrausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe (+ 829 T€) und höhere Personalkosten (+ 190 T€) zurückzuführen.

#### **Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung:**

##### **Die teuersten Kostenträger:**

##### **Die kostenintensivsten Kostenträger der KST 230, 232 und 600:**

Von den 31 Produkten, die im Jugendamt (KST 230, 232 und 600) bewirtschaftet werden, machen 9 Produkte 59,8 % bzw. 7,285 Mio. € des Nettobedarfs der Jugendhilfe aus. Berücksichtigt man noch, dass 24,7 % bzw. 3,017 Mio. € des Bedarfs Personalkosten sind, werden über diese 9 Produkte 79,4 % des gesamten Jahresergebnisses abgebildet.

Von diesen 9 Produkten werden die vier mit den größten Abweichungen (> 100 T€) erläutert:

Die größten Abweichungen in der Ergebnisrechnung ergaben sich bei den nachfolgenden Kostenträgern:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2315 Individuelle Erziehungshilfen (§ 27 II SGB VII)			58.370	182.660	125.295	-57.365	-31,4 %
2321 Förderung v. Kindern in Tageseinrichtung § 22,22a,24,90, Leistungsgewährung §16a	427.126	577.146	565.129	730.180	651.513	-78.667	-10,8 %
2333 Jugendsozialarbeit (§13 SGB VIII)		245.954	305.920	323.902	323.547	-355	-0,1 %
2340 Förderung gemeins. Wohnformen (§19), Betreuung in Notsituationen (§20)	205.881	229.496	198.857	228.952	357.103	128.151	56,0 %
2342 Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) (§31 SGB VIII)	836.138	697.952	480.522	528.000	396.586	-131.414	-24,9 %
2344 Pflegekinderwesen/ Vollzeitpflege (§33 SGB VIII)	827.951	707.667	816.523	688.922	379.354	-309.569	-44,9 %
2345 Heimerziehung und betreutes Wohnen (§34 SGB VIII)	864.752	1.167.651	947.029	990.600	1.429.077	438.477	44,3 %
2347 Eingliederungshilfe - ambulant (§35a SGB VIII)	552.273	446.989	576.550	602.200	488.383	-113.817	-18,9 %
2348 Eingliederungshilfe - teilstationär (§35a SGB VIII)	806.202	1.001.215	1.172.127	1.124.632	1.138.855	14.223	1,3 %
2349 Eingliederungshilfe - stationär (§35a SGB VIII)	1.902.517	1.847.840	1.622.110	1.933.235	1.934.619	1.384	0,1 %

#### **Erläuterung zu gemeinsamen Wohnformen und Betreuung in Notsituationen (Produkt 2340) – Abweichung + 128.151 bzw. + 56%**

Der Planansatz wurde um 128 T€ bzw. 56 % überschritten. Gegenüber dem Vorjahresergebnis bedeutet dies eine Erhöhung um 80%.

Die Fallzahlen sind fast doppelt so hoch wie geplant. Dies führte zu Mehrkosten von 158 T€. Teilweise ausgeglichen wurde dieser Effekt durch geringere Kosten der Leistungen (- 30 T€).

#### **Erläuterung zur Sozialpädagogischen Familienhilfe (Produkt 2342) – Abweichung – 131.414 € und Erläuterungen zu Individuellen Erziehungshilfen (Produkt 2315) – Abweichung – 57.365 €**

Beide Hilfearten wurden in der Vergangenheit gemeinsam auf einem Kostenträger (KTR 2342) geführt. Die Aufteilung auf zwei Kostenträger erfolgte zum Halbjahr 2016, um der Systematik des Bayerischen Innovationsrings zu entsprechen.

Insgesamt wurde der Planansatz um 189 T€ bzw. 27 % unterschritten. Gegenüber dem Vorjahresergebnis bedeutet dies eine Reduktion um 3 %.

Begründen lässt sich diese Entwicklung hauptsächlich durch die geringeren Fallzahlen. 90 Jahresfälle wurden aufgrund der Vorjahreszahlen und -entwicklungen geplant. Tatsächlich waren nur 71,4 Jahresfälle zu verzeichnen.

#### **Erläuterung zum Pflegekinderwesen / Vollzeitpflege (Produkt 2344) – Abweichung – 309.569 € bzw. 45 %**

Der Planansatz wurde um 310 T€ bzw. 45 % unterschritten. Gegenüber dem Vorjahresergebnis bedeutet dies eine Reduktion um 54 %.

Der Hauptgrund sind höhere Einnahmen (- 367 T€). Sie gliedern sich auf wie folgt:

- 326 T € Kostenerstattung von anderen Landkreisen
- 23 T € Verwaltungskostenpauschalen vom Bezirk von Oberbayern für körperlich behinderte Pflegekinder (erstmalig in 2017 vereinbart)
- 12 T€ Elternbeiträge
- 6 T€ sonstige Einnahmen

Leichte Kostensteigerungen (ca. + 42 T€) und Fallzahlsteigerungen (ca. + 45 T€) sowie sonstige Aufwendungen (+ 16 T€) werden durch geringere Kostenerstattungsanmeldungen anderer Landkreise (- 55 T€) ausgeglichen.

#### **Erläuterung zur stationären Eingliederungshilfe (Produkt 2349) – keine Abweichung und Erläuterung zur Heimerziehung und betreutes Wohnen (Produkt 2345) – Abweichung + 438.477 bzw. + 44%**

Der Planansatz bei der stationären Eingliederungshilfe (2349) wurde eingehalten.

Der Planansatz bei der stationären Heimerziehung und betreutes Wohnen (2345) wurde um 438 T€ bzw. 44 % überschritten. Gegenüber dem Vorjahresergebnis bedeutet dies eine Erhöhung um 51%. Die Differenz im Vergleich zum Budget setzt sich aus mehreren Faktoren zusammen:

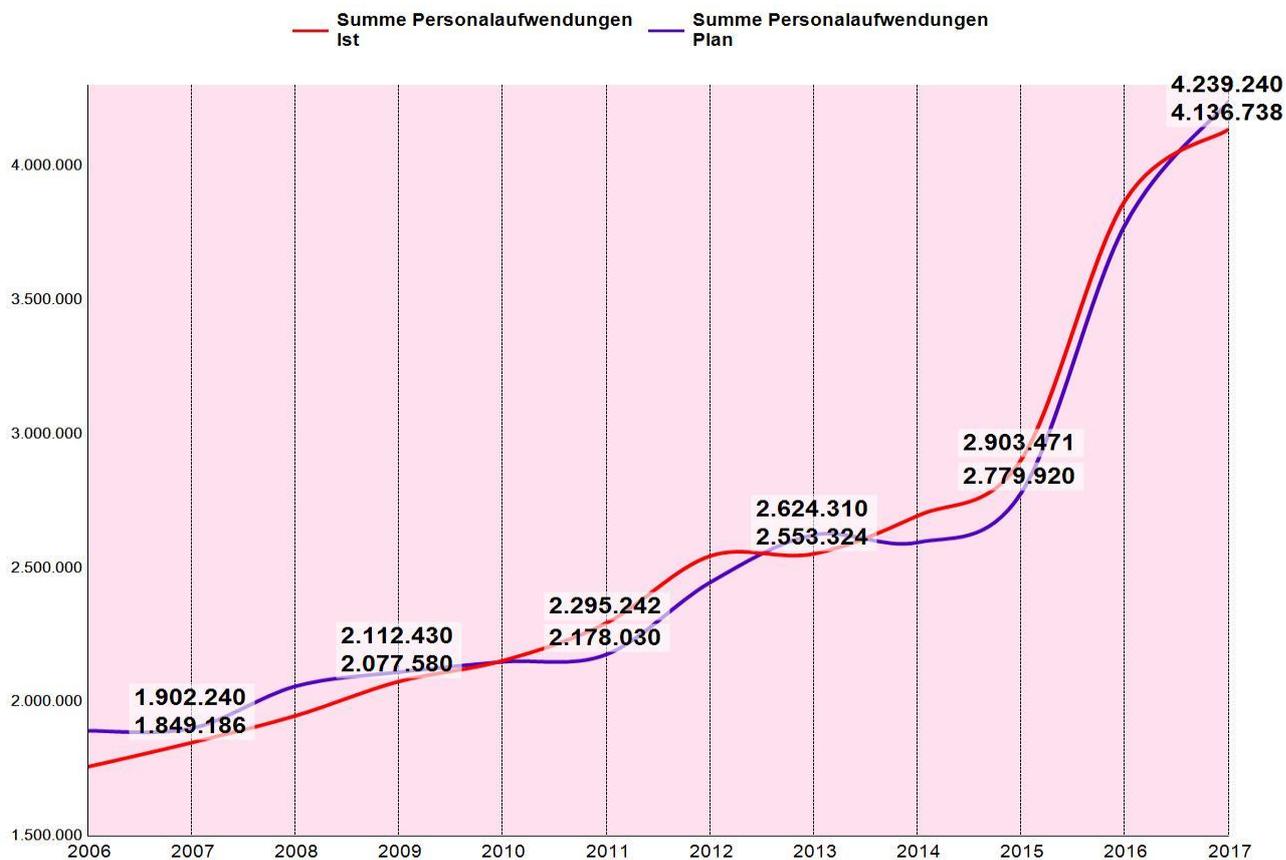
- 86 T€ weniger Einnahmen durch Kostenerstattungen von anderen Landkreisen
- 379 T€ Mehraufwand bedingt durch höhere Tagessätze und der Unterbringung von mehr Minderjährigen als geplant (kostenintensiver als die Unterbringung junger Volljähriger)
- 32 T€ Einsparungen aufgrund geringerer Kostenerstattungen an andere Landkreise

Bereits zum Zwischenbericht wurde die Prognose von budgetierten 990 T€ auf 1.122 T€ und zur Hochrechnung im Rahmen der Haushaltsaufstellung ein weiteres Mal auf 1.146 T€ angepasst. Das Ist liegt bei 1.429 T€.

### Ein Blick auf die Personalkosten:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
030 Jugendhilfeausschuss (JHA)	2.695.264	2.903.471	3.868.949	4.239.240	4.136.738	-102.502	-2,4 %

Von den 12.433.010 € der Ergebnisrechnung entfallen 4.136.738 € auf Personalkosten. Das sind 33,3% und somit 267.789 T€ mehr als im Vorjahr.



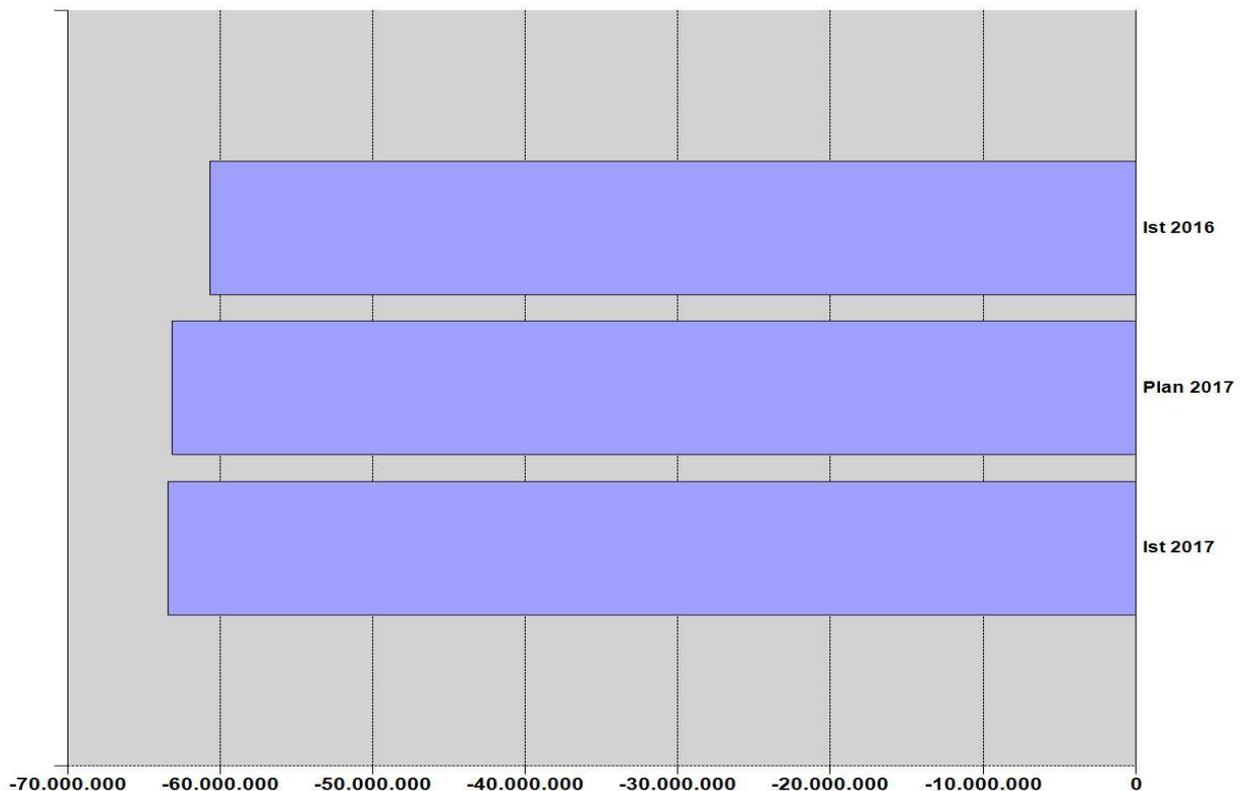
---

Die Jahresarbeitsstunden sind insgesamt für die Kostenstellen 230, 232, 233 und 600 von 104.288 (entspricht 65,2 Vollzeitäquivalenten) im Jahr 2016 auf 110.754 (entspricht 69,2 Vollzeitäquivalenten) im Jahr 2017 angestiegen, was einer Mehrung von 4 Vollzeitstellen entspricht. Davon entfielen 1,7 Vollzeitäquivalente auf den Bereich umA (KST 233). Diese Personalkosten werden durch den Tagesatz der Einrichtungen refinanziert.

Wird die Kostenstelle 230|232 separat betrachtet, ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 3.725 Jahresarbeitsstunden, das entspricht einem Zuwachs von 2,4 Vollzeitäquivalenten. Begründet werden kann diese Erhöhung hauptsächlich durch eine zusätzliche Stelle im Bereich Unterhaltungsvorschussgesetz (UVG), die unterjährig besetzt werden musste (+ 800 JArbStd), um die bundesgesetzliche Neuregelung umsetzen zu können. Des Weiteren wurde eine Ersatzbetreuung im Bereich der Kindertagespflege geschaffen (+ 1200 JArbStd). Jahreseffekte für im Jahr 2016-unterjährig eingestellte Personen (Jugend- und Kinderschutz, Leitung wirtschaftliche Jugendhilfe, Buchungsstelle und Jugendhilfeplanung) führen zu einem Plus von 3.200 JArbStd. Durch die teilweise Zuordnung des Abteilungsleiters und dessen Vorzimmer sowie des dezentralen Controllings zum SFB-Ausschuss (Aufgabenbereich: Demografie), verringern sich die JArbStd um 1.300.

## Teilergebnis: Finanzierung

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2016	2017	2017	2017
Finanzierung	-60.676.223	-63.151.101	<b>-63.411.609</b>	-260.508



### Finanzierung des Kreishaushalts – Kostenstelle 020

Bei der Finanzierung wurden die Erträge um 260.508 bzw. 0,4 % überschritten.

Diese Mehrerträge resultieren in erster Linie aus dem höher als geplant ausgefallenen Kommunalanteil der Grunderwerbsteuer für den Landkreis sowie einmaligen Sondereffekten aus der ertragswirksamen Bereinigung von offenen Posten aus Altfällen (Jahre 2005 bis 2008) auf Forderungskonten im Zuge der Abstimmung von Haupt- und Nebenbuchhaltung.

Das Zinsergebnis betrug 2017 310.513 € für ein Kreditportfolio von rund 46,6 Mio. Euro (Stand: 31.12.2017), das entspricht einem durchschnittlichen Zinssatz von 0,7 % (netto, d.h., Zinsaufwand für Kredite abzüglich Zinsertrag für Guthaben). Dazu kommen noch 296.920 € Zinsen für die PPP-Verbindlichkeiten am Gymnasium Kirchseeon.

## 6.2.3 Finanzentwicklung

In der Finanzrechnung weichen die Ergebniswerte erheblich von den Planwerten ab. Die Finanzrechnung wird nicht aktiv geplant und ist daher ein Ausfluss der Plan - Ergebnisrechnung.

### Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit

	2016	2017			Vergleich IST 17/IST 16
	Ist	Plan	Ist	Vergleich Ist/Ansatz	
009 = Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.	153.529.207	141.603.363	152.790.867	11.187.504	-738.340
016 = Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.	-135.979.651	-128.338.745	-129.985.750	-1.647.005	5.993.901
<b>017 = Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>17.549.556</b>	<b>13.264.618</b>	<b>22.805.117</b>	<b>9.540.499</b>	<b>5.255.560</b>

Im Jahr 2017 war der Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit mit einem Betrag von 13.264.618 € geplant worden. Bei Einzelbetrachtung der Ergebnisse der Ein- und Auszahlungen zeigt sich, dass die Einzahlungen um rund 11 Mio. € und die Auszahlungen um rund 1,6 Mio. € von den Planansätzen abweichen. Ursache sind die Bankbewegungen im Geschäftsjahr, die nicht explizit geplant werden können.

### Cash-Flow aus Investitionstätigkeit

	2016	2017			Vergleich IST 17/ IST 16
	Ist	Plan	Ist	Vergleich Ist /Ansatz	
106 =Einzahlung aus Investitionstätigkeit	14.072.179	2.778.652	2.366.028	-412.624	-11.706.151
113 =Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-21.863.031	-15.225.443	-12.534.657	2.690.786	9.328.374
<b>120 Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-7.790.851</b>	<b>-12.446.791</b>	<b>-10.168.629</b>	<b>2.278.162</b>	<b>-2.377.777</b>

Im Jahr 2017 waren Netto-Investitionen von 15 Mio.€ veranschlagt. Tatsächlich flossen in der Netto-Sicht 12,5 Mio. € ab und somit rund 2,6 Mio.€ weniger als geplant.

Eine Analyse erfolgt im Rechenschaftsbericht unter Punkt 6.3 Investitionen und Baumaßnahmen.

### Entwicklung von Forderungen

Im Jahr 2017 sinken die Forderungen im Vergleich mit 2016 um 34 %.

Beschreibung	2013	2014	2015	2016	2017
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.921.966,66	4.094.212,35	5.593.419,63	8.500.277,45	<b>5.598.194,49</b>
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Ford. A. Transf.L.	5.437.371,91	4.015.374,81	5.209.465,82	8.311.985,39	5.083.799,27
a) Gebührenforderungen	229.309,30	284.048,73	470.916,93	445.383,41	539.828,30
b) Beitragsforderungen					
c) Steuerforderungen	28.617,28	8.407,29	7.882,28	16.633,31	16.633,31
d) Forderungen aus Transferleistungen	1.972.783,98	3.249.756,67	4.317.752,87	7.244.771,70	3.822.340,46
e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderung	3.206.661,35	473.162,12	412.913,74	605.196,97	704.997,20
2. Privatrechtliche Forderungen	260.923,29	71.066,97	361.811,71	227.812,31	90.923,87
a) Forderungen gegenüber Sondervermögen	1.510,40				
b) Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	203.028,40	3.112,00	3.112,00	3.112,00	3.112,00
c) Forderungen gegenüber Beteiligungen					
d) Forderungen gegenüber dem sonstigen privaten Bereich	56.384,49	67.954,97	122.043,34	110.622,96	77.909,25
e) Forderungen gegenüber dem sonst. Öffentl. Bereich			236.656,37	114.077,35	9.902,62
3. Sonstige Vermögensgegenstände	223.671,46	7.770,57	22.142,10	-39.520,25	423.471,35

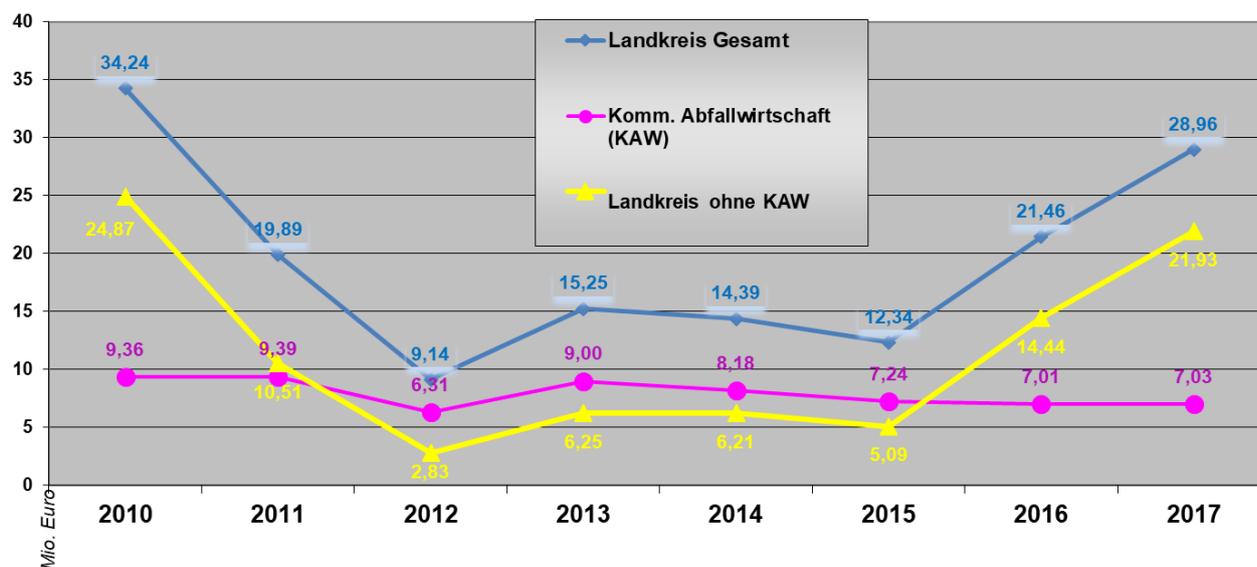
## Liquide Mittel

Die liquiden Mittel des Landkreises, einschließlich der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW) hatten am 31.12.2017 einen Stand von 28.939.378,07 € (davon waren 21.928.683 € vom Landkreis und 7.031.561,60 € von der KAW).

### Entwicklung der Liquidität bis 2017:

Stand der liquiden Mittel zum 31.12.	Landkreis Gesamt in €	Veränderung Landkreis Gesamt in €	Landkreis Einzel in €	Veränderung Landkreis einzeln in €	KAW in €	Veränderung KAW in €
2010	34.237.006,41	4.132.426,68	24.874.977,91	3.456.632,59	9.362.028,50	675.794,09
2011	19.894.973,44	-14.343.775,76	10.509.360,67	-14.365.617,24	9.385.612,77	23.584,27
2012	9.136.005,83	-10.758.967,61	2.830.810,13	-7.678.550,64	6.306.129,75	-3.079.483,02
2013	15.248.426,50	6.112.420,67	6.245.188,17	3.414.378,04	9.003.238,34	2.697.108,59
2014	14.393.037,57	-855.388,93	6.210.156,66	-35.031,51	8.021.118,86	-982.119,48
2015	12.337.678,75	-2.055.358,82	5.093.874,49	-1.116.282,17	7.243.804,26	-777.314,60
2016	21.456.304,26	9.118.625,51	14.444.200,69	9.350.326,20	7.012.103,57	-231.700,69
2017	28.960.244,81	7.503.940,55	21.928.683,21	7.484.482,52	7.031.561,60	19.458,03

Entwicklung der Liquidität grafisch dargestellt:



Im Jahr 2017 steigen die liquiden Mittel um 7,5 Mio. €.

Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (also die Auszahlungen minus der Einzahlungen) war mit einem Überschuss der Einzahlungen in Höhe von 13.264.617,84 € geplant. Tatsächlich betrug er 22.805.116,52 €, sodass 2017 eine Verbesserung der Liquidität gegenüber der Planung in Höhe von 9.540.498,68 € eintrat.

	<b>2017</b>
	<b>Ist</b>
017 = Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	<b>22.805.117</b>
120 = Saldo aus Investitionstätigkeit	<b>-10.168.629</b>
150 = nicht ergebniswirksame Ein- u. Auszahlungen	<b>-314.487</b>
290 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<b>-4.818.060</b>
<b>Änderung der liquiden Mittel</b>	<b>7.503.941</b>

Die Liquidität des Landkreises betrug 29,7 Mio. € am 31.12.2017.

## 6.2.4 Vermögentsentwicklung (Bilanz)

### 6.2.4.1 AKTIVA

Rubrikennr.	Beschreibung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Veränderung
<b>11000000</b>	<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>11100000</b>	<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>33.873.561,64</b>	<b>36.044.011,18</b>	<b>2.170.449,54</b>
11101000	1. Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte	355.472,23	397.095,24	41.623,01
11102000	2. Geleistete Zuwendungen für Investitionen	33.518.089,41	35.646.915,94	2.128.826,53
11103000	3. Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
<b>11200000</b>	<b>II. Sachanlagen</b>	<b>172.608.152,35</b>	<b>173.203.636,22</b>	<b>595.483,87</b>
11201000	1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.759.853,60	6.201.233,19	-558.620,41
11201010	a) Grünflächen	3.980.312,90	3.680.359,22	-299.953,68
11201020	b) Ackerland und Ähnliches	179.200,00	179.200,00	0,00
11201030	c) Wald und Forsten	0,00	0,00	0,00
11201040	d) Sonstige unbebaute Grundstücke	2.600.340,70	2.341.673,97	-258.666,73
11201050	e) Grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	0,00	0,00	0,00
11202000	2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	143.245.249,77	139.602.681,44	-3.642.568,33
11202010	a) Grundstücke mit Wohnbauten	608.027,64	605.131,64	-2.896,00
11202020	b) Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	0,00	0,00	0,00
11202030	c) Grundstücke mit Schulen	110.386.942,25	107.671.046,51	-2.715.895,74
11202040	d) Grundstücke mit Kulturanlagen	0,00	0,00	0,00
11202050	e) Grundstücke mit bebauten Sport- u. Freizeitanlagen	5.849.842,55	5.693.934,62	-155.907,93
11202060	f) Grundstücke mit bebauten Gartenanlagen	0,00	0,00	0,00
11202070	g) Grundstücke mit sonstigen Dienst- und Betriebsgebäuden	26.400.437,33	25.632.568,67	-767.868,66
11202080	h) Grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	0,00	0,00	0,00
11203000	3. Infrastrukturvermögen	14.000.446,20	14.417.630,31	417.184,11
11203010	a) Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	4.653.006,35	4.653.026,35	20,00
11203020	b) Brücken, Tunnel und sonstige Anlagen	174.741,94	163.546,94	-11.195,00
11203035	c) Sonstige Anlagen des Infrastrukturvermögens	1.170.493,22	1.095.444,22	-75.049,00
11203030	d) Gleis- und Sicherheitsanlagen u. Ä.	0,00	0,00	0,00
11203040	e) Energieversorgungsanlagen	0,00	0,00	0,00
11203050	f) Wasserversorgungsanlagen	0,00	0,00	0,00
11203060	g) Abfallbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00
11203070	h) Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00
11203080	i) Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	8.002.204,69	8.505.612,80	503.408,11
11203090	j) Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00
11204000	4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.398.919,81	1.367.832,81	-31.087,00
11205000	5. Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	21.674,91	27.014,91	5.340,00
11205010	a) Kunstgegenstände	21.674,91	27.014,91	5.340,00
11205020	b) Kulturdenkmäler (Bau- und Bodendenkmäler)	0,00	0,00	0,00
11206000	6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.957.821,32	2.718.398,03	-239.423,29
11207000	7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.025.975,84	3.505.892,76	-520.083,08
11207100	a) Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.038.206,79	2.898.339,48	-139.867,31
11207200	b) Geringwertige Wirtschaftsgüter	987.769,05	607.553,28	-380.215,77
11208000	8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	198.210,90	5.362.952,77	5.164.741,87

Rubrikennr.	Beschreibung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Veränderung
<b>11300000</b>	<b>III. Finanzanlagen</b>	<b>13.665.069,77</b>	<b>13.332.643,70</b>	<b>-332.426,07</b>
11301000	1. Sondervermögen	3.489.625,83	3.489.625,83	0,00
11302000	2. Anteile an verbundenen Unternehmen	125.000,00	135.000,00	10.000,00
11303000	3. Beteiligungen	24.294,36	24.294,36	0,00
11304000	4. Ausleihungen	10.026.149,58	9.683.723,51	-342.426,07
11304010	a) Ausleihungen an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
11304020	b) Ausleihungen an verb. Unternehmen	9.948.805,20	9.659.340,13	-289.465,07
11304030	c) Ausleihungen an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
11304040	d) Sonstige Ausleihungen	77.344,38	24.383,38	-52.961,00
11305000	5. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00
11999999	<b>SUMME Anlagevermögen</b>	<b>220.146.783,76</b>	<b>222.580.291,10</b>	<b>2.433.507,34</b>
<b>12000000</b>	<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>12100000</b>	<b>I. Vorräte</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
12100010	a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00	0,00
12100020	b) Unfertige Erzeugnisse und Leistungen/ FE	0,00	0,00	0,00
12100030	c) Grundstücke als Vorräte	0,00	0,00	0,00
12100040	d) Sonstige Vorräte	0,00	0,00	0,00
12100050	e) Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0,00	0,00
<b>12200000</b>	<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>8.500.277,45</b>	<b>5.598.194,49</b>	<b>-2.902.082,96</b>
12201000	1. Öffentlich-rechtliche Ford. und Ford. A. Transferleistungen	8.311.985,39	5.083.799,27	-3.228.186,12
12201010	a) Gebührenforderungen	445.383,41	539.828,30	94.444,89
12201020	b) Beitragsforderungen	0,00	0,00	0,00
12201030	c) Steuerforderungen	16.633,31	16.633,31	0,00
12201040	d) Forderungen aus Transferleistungen	7.244.771,70	3.822.340,46	-3.422.431,24
12201050	e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderung	605.196,97	704.997,20	99.800,23
12202000	2. Privatrechtliche Forderungen	227.812,31	90.923,87	-136.888,44
12202010	a) Forderungen gegenüber Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
12202020	b) Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	3.112,00	3.112,00	0,00
12202030	c) Forderungen gegenüber Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
12202040	d) Forderungen gegenüber dem sonstigen privaten Bereich	110.622,96	77.909,25	-32.713,71
12202050	e) Forderungen gg. dem sonstigen öffentlichen Bereich	114.077,35	9.902,62	-104.174,73
12203000	3. Sonstige Vermögensgegenstände	-39.520,25	423.471,35	462.991,60
<b>12300000</b>	<b>III. Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>12400000</b>	<b>IV. Liquide Mittel</b>	<b>21.455.928,98</b>	<b>28.960.244,81</b>	<b>7.504.315,83</b>
12400010	a) Einlagen bei Banken und Kreditinstituten	21.455.928,98	28.960.244,81	7.504.315,83
12400020	b) Bargeld / Kassenbestand	0,00	0,00	0,00
12999999	<b>SUMME Umlaufvermögen</b>	<b>29.956.206,43</b>	<b>34.558.439,30</b>	<b>4.602.232,87</b>
<b>13000000</b>	<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1.390.218,23</b>	<b>1.432.430,48</b>	<b>42.212,25</b>
<b>14000000</b>	<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>15000000</b>	<b>E. Treuhandvermögen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>19999999</b>	<b>SUMME AKTIVA (Bilanzsumme)</b>	<b>251.493.208,42</b>	<b>258.571.160,88</b>	<b>7.077.952,46</b>

**Die größeren Veränderungen in der AKTIVA Bilanz werden im Folgenden erläutert:****A. Anlagevermögen****Immaterielle Vermögensgegenstände**

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>2. Geleistete Zuwendungen für Investitionen</b>	33.518.089,41	35.646.915,94	2.128.826,53

Die Veränderung von 2.128.826 € beruht größtenteils auf den Investitionszuschüssen für die Erweiterung Realschule Vaterstetten, Baukostenzuschuss, Turnhalle Vaterstetten und Investitionszuschuss Bauabschnitt 9 Kreisklinik Ebersberg.

**Sachanlagen**

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>3. Infrastrukturvermögen</b>	14.000.446,20	14.417.630,31	417.184,11
<b>a) Grund und Boden des Infrastrukturvermögens</b>	4.653.006,35	4.653.026,35	20,00
<b>b) Brücken Tunnel und sonstige Anlagen</b>	174.741,94	163.546,94	-11.195,00
<b>c) Sonstige Anlagen des Infrastrukturvermögens</b>	1.170.493,22	1.095.444,22	-75.049,00
<b>i) Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkanlagen</b>	8.002.204,69	8.505.612,80	503.408,11

Im Jahr 2017 wurden die Erneuerung der Kreisstraßen EBE 13- Aufbau 2016/2017 und der Kreisstraßen EBE 13 - Deckenbau Glonn aktiviert.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>8. Geleistete Anzahlung, Anlagen im Bau</b>	198.210,90	5.362.952,77	5.164.741,87

Anlagen im Bau (AIB) zum 31.12.2017

Anlagenr.	Beschreibung	Betrag in €
ANL014196	AIB Notausgang u. Akustische Sanierung DFT EBE	184.386,16€
ANL014322	AIB Barrierefreier Eingang Osttrakt	8.324,74€
ANL014371	AIB Kauf Sparkassengebäude	4.477.321,98€
ANL014471	AIB Wallboxen für Parkdeck	37.188,48€
ANL014497	AIB Umbauten/Renovierung Sparkassengebäude	194.641,69€
ANL014575	AIB KRSTR EBE 8 - Ausbau	10.379,37€
ANL014635	AIB Teilgeneralsanierung Altbau Gymn.Grafig	368.240,59€
ANL015011	AIB Gymnasium Vaterstetten EW II	27.080,71€
ANL015019	AIB Umbau kleine Pausenhalle	31.506,62€
ANL015105	AIB Maßnahmen IT-Infrastruktur Umbau/Sparkasse	18.017,41€
ANL015178	AIB Deponiegasverwertungsanlage	5.749,00€

**Finanzanlagen**

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>b) Ausleihungen an verb. Unternehmen</b>	9.948.805,20	9.659.340,13	-289.465,07
<b>d) Sonstige Ausleihungen</b>	77.344,38	24.383,38	-52.961,00

b) Ausleihungen an verbundene Unternehmen:

Nr.	Beschreibung	Buchwert 31.12.16	Buchwert 31.12.17	Veränderung
ANL012567	Darlehen an KK für KFH Dialyse	3.006.364,97€	2.950.781,20€	-55.583,77€
ANL012855	Darlehen an KK für Parkdeck	1.081.707,03€	993.707,07€	-87.999,96€
ANL013494	BA 9 Zwischenfinanzierungsdarl	2.671.622,00€	2.671.622,00€	0,00€
ANL013905	SH Zwischenfinanzierung	300.000,00€	300.000,00€	0,00€
ANL014319	Darlehen an KK für PGH	1.128.329,92€	1.079.370,26€	-48.959,66€
ANL014320	Darlehen an KK .Sanierung OP 0,4,5	546.422,67€	522.712,73€	-23.709,94€
ANL014321	Darlehen an KK .Sanierung für BA 8	1.214.358,61€	1.141.146,87€	-73.211,74€
ANL014327	Darlehen an Jobcenter	54.500,00€	0,00€	-54.500,00€
<b>Gesamtsummen:</b>		10.003.305,20€	9.659.340,13€	-343.965,07€

In Jahr 2017 konnte die Kreisklinik von den in Anspruch genommenen Darlehen 289.465 Euro tilgen.

**B. Umlaufvermögen****Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Siehe auch Forderungsübersicht (Anhang, Anlage) 5.2.2

**Forderungen** sind in der Ergebnisrechnung bereits verbuchte Erträge, deren Zahlungen noch nicht eingegangen sind. Alle Veränderungen vom Bilanzstichtag 2016 zu Bilanzstichtag 2017 ergeben sich durch das Auseinanderfallen von Geschäftsfall und Zahlungstermin.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>a) Gebührenforderungen</b>	445.383,41	539.828,30	94.444,89
<b>c) Steuerforderungen</b>	16.633,31	16.633,31	0,00
<b>d) Forderungen aus Transferleistungen</b>	7.244.771,70	3.822.340,46	-3.422.431,24
<b>e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen</b>	605.196,97	704.997,20	99.800,23

- a) Gebührenforderungen sind Forderungen der Kommunalen Abfallwirtschaft gegenüber den Gemeinden.
- c) Steuerforderungen sind Forderungen gegenüber dem Finanzamt.
- d) Forderungen aus Transferleistungen sind Forderungen des Landkreises an die Bundesagentur für Arbeit und an die Regierung Oberbayern (Asyl). Diese teilen sich wie folgt auf:

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>d) Forderungen aus Transferleistungen</b>	7.244.771,70	3.822.340,46	-3.422.431,24
<b>Gegenüber dem öffentlichen Bereich</b>	7.206.955,24	3.729.041,56	-3.477.913,68
<b>Gegenüber dem privaten Bereich</b>			0,00
<b>Staatshaushalt (Rück- und Überzahlungen)</b>	58.977,56	58.977,56	0,00
<b>Kreishaushalt</b>	-21.161,10	34.321,34	55.482,44

Auch in 2017 erfolgte eine **Pauschalwertberichtigung dieser Forderungen**. Wie bereits in den Vorjahren ging man für das Jugendamt von einem Ausfallbetrag in Höhe von 45.472 € und einer Ausfallquote für Asyl von 10 %, für die Sozialhilfeverwaltung von 60 %, für Gebühren KVWO 2,58 % und für die Arbeitsagentur von 10 % aus.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>3. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	-39.520,25	423.471,35	462.991,60

Seit Mitte 2014 läuft in Microsoft Navision das neue Tool "Mahnung und Vollstreckung", deshalb sind die Forderungen im privaten Bereich weniger geworden.

### Liquide Mittel

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>a) Einlagen bei Banken und Kreditinstituten</b>	21.455.928,98	28.960.244,81	7.504.315,83

Die Entwicklung der Liquidität ist hier im Rechenschaftsbericht unter dem Punkt 6.2.3 Finanzentwicklung genauer dargestellt.

### **C. Aktive Rechnungsabgrenzung**

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Geschäftsvorfälle ausgewiesen, die erst im Folgejahr den Aufwand darstellen. Dies kommt insbesondere bei Löhnen und Beamtengehältern sowie bei Monatsläufen vom Sozial- und Jugendamt vor.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.390.218,23	1.432.430,48	42.212,25

#### Aktive RAP – Investitionszuschüsse des Landkreises

Die aktiven RAP wurden in den Jahren 2005-2007 gebildet – also vor Einführung des Gesetzes der KommHV-Doppik und werden seit 2007 unverändert in der Bilanz geführt.

§ 81 KommHV-Doppik regelt nun, dass diese Art von Rechnungsabgrenzungsposten nur mehr bei geleisteten Zuschüssen zu bilden sind, wenn eine Gegenleistung des Empfängers erst in den kommenden Haushaltsjahren erfolgt und damit kein immaterieller Vermögensgegenstand begründet wird.

**6.2.4.2 PASSIVA**

Rubrikennr.	Beschreibung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Veränderung
<b>21000000</b>	<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>21100000</b>	<b>I. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)</b>	<b>-61.371.143,59</b>	<b>-61.371.143,59</b>	<b>0,00</b>
<b>21200000</b>	<b>II. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen</b>	<b>-2.000.000,00</b>	<b>-2.000.000,00</b>	<b>0,00</b>
<b>21300000</b>	<b>III. Ergebnisrücklagen</b>	<b>-30.903.766,82</b>	<b>-37.672.938,84</b>	<b>-6.769.172,02</b>
<b>21400000</b>	<b>IV. Ergebnisvortrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>21500000</b>	<b>V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-18.127.092,30</b>	<b>-21.997.509,94</b>	<b>-3.870.417,64</b>
<b>21999999</b>	<b>SUMME Eigenkapital</b>	<b>-112.402.002,71</b>	<b>-123.041.592,37</b>	<b>10.639.589,66</b>
<b>22000000</b>	<b>B. Sonderposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>22100000</b>	<b>I. Sonderposten aus Zuwendungen</b>	<b>-43.442.482,48</b>	<b>-43.283.699,88</b>	<b>158.782,60</b>
22100010	a) Sonderposten aus Zuwendungen nicht auflösbar	0,00	0,00	0,00
22100020	b) Sonderposten aus Zuwendungen auflösbar	-43.442.482,48	-43.283.699,88	158.782,60
<b>22200000</b>	<b>II. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
22200010	a) Sonderposten aus Beiträgen nicht auflösbar	0,00	0,00	0,00
22200020	b) Sonderposten aus Beiträgen auflösbar	0,00	0,00	0,00
<b>22300000</b>	<b>III. Sonstige Sonderposten</b>	<b>-473.520,41</b>	<b>-483.760,17</b>	<b>-10.239,76</b>
<b>22400000</b>	<b>IV. Gebührenaussgleich</b>	<b>-1.403.621,00</b>	<b>-1.168.806,44</b>	<b>234.814,56</b>
<b>22999999</b>	<b>SUMME Sonderposten</b>	<b>-45.319.623,89</b>	<b>-44.936.266,49</b>	<b>383.357,40</b>
<b>23000000</b>	<b>C. Rückstellungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>23100000</b>	<b>I. Rückst.für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23101000	1. Pensionsrückstellungen	-12.382.402,00	-13.229.791,00	-847.389,00
23102000	2. Rückstellungen Altersteilzeit, Beihilfen u. Ä.	-3.152.914,06	-3.389.295,24	-236.381,18
<b>23200000</b>	<b>II. Umweltrückstellungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23200010	a) Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorgeverpflichtungen	-6.160.066,71	-6.019.993,97	140.072,74
23200020	b) Rückstellungen für Altlastensanierung	0,00	0,00	0,00
<b>23300000</b>	<b>III. Instandhaltungsrückstellungen</b>	<b>-180.700,00</b>	<b>-241.000,00</b>	<b>-60.300,00</b>
<b>23400000</b>	<b>IV. Rück. im Rahm. des Finanzausgleichs u. v. Steuerschuldverh.</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23400010	a) Finanzausgleichsrückstellungen	-3.200.000,00	-3.200.000,00	0,00
23400020	b) Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00
<b>23500000</b>	<b>V. Rück. f. droh. Verpflichtg. aus Bürgschaften</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23500010	a) Rückstellungen für Bürgschaften	0,00	0,00	0,00
23500020	b) Rückstellungen für Gewährverträge u. Ä.	0,00	0,00	0,00
23500030	c) Rückstellungen für Gerichts- und Widerspruchsverfahren	0,00	0,00	0,00
<b>23600000</b>	<b>VI. Sonstige Rückstellungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23600010	a) Rückstellungen für nicht beanspruchten genommenen Urlaub und Überstunden	-2.618.181,17	-3.318.189,66	-700.008,49
23600020	b) Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	-103.812,00	-426.676,22	-322.864,22
23600030	c) Weitere Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
23600040	d) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	0,00	0,00	0,00
23600050	e) Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0,00	0,00
<b>23999999</b>	<b>SUMME Rückstellungen</b>	<b>-27.798.075,94</b>	<b>-29.824.946,09</b>	<b>-2.026.870,15</b>
<b>24000000</b>	<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>24100000</b>	<b>I. Anleihen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>24200000</b>	<b>II. Verb. aus Krediten für Investitionen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

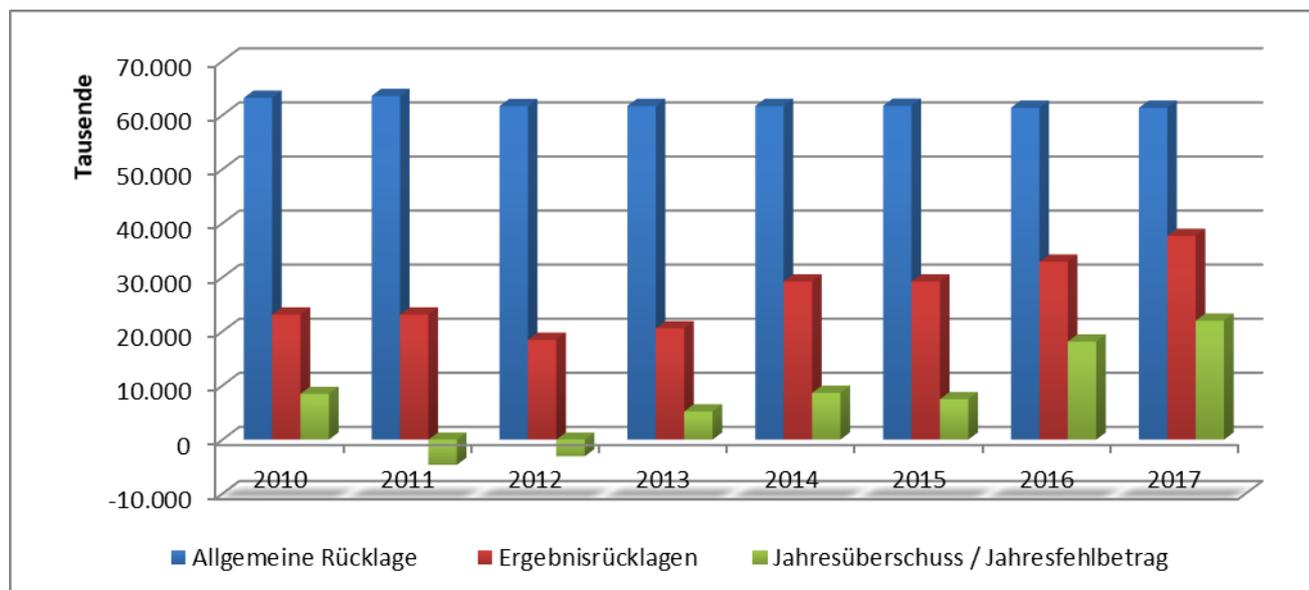
Rubrikennr.	Beschreibung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Veränderung
24200010	a) vom Bund	0,00	0,00	0,00
24200020	b) vom Land	0,00	0,00	0,00
24200030	c) von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00
24200040	d) von Zweckverbänden und dergleichen	0,00	0,00	0,00
24200050	e) von der gesetzlichen Sozialversicherung	0,00	0,00	0,00
24200060	f) von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
24200070	g) von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
24200080	h) von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
24200090	i) von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00
24200100	j) vom Kreditmarkt und sonstigen in- und ausländischen Bereichen	-54.789.052,04	-46.552.724,08	8.236.327,96
<b>24300000</b>	<b>III. Verb. aus Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
24300010	a) vom Bund	0,00	0,00	0,00
24300020	b) vom Land	0,00	0,00	0,00
24300030	c) von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00
24300040	d) von Zweckverbänden und dergleichen	0,00	0,00	0,00
24300050	e) vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00
24300060	f) von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
24300070	g) von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
24300080	h) von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
24300090	i) von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00
24300100	j) vom Kreditmarkt und sonstigen in- und ausländischen Bereichen	0,00	0,00	0,00
<b>24400000</b>	<b>IV. Verbindl., die Kreditaufnahmen wirtschaftl. gleichkommen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
24400010	a) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	0,00	0,00	0,00
24400020	b) Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	0,00	0,00	0,00
24400030	c) Leasinggeschäfte u. Ä.	0,00	0,00	0,00
24400040	d) Leibrentenverträge	0,00	0,00	0,00
24400050	e) Schuldübernahmen	0,00	0,00	0,00
24400060	f) Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	0,00	0,00	0,00
24400080	g) Sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge	-6.459.734,83	-6.039.274,45	420.460,38
24400090	V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	0,00
24500010	a) von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
24500020	b) von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
24500030	c) von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
24500040	d) vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00
24500050	e) vom sonstigen privaten Bereich	-1.377.711,16	-1.745.557,07	-367.845,91
<b>24600000</b>	<b>VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
24600010	a) vom öffentlichen Bereich	-157.511,54	-35.806,35	121.705,19
24600020	b) vom privaten Bereich	-1.513.778,97	-1.575.307,11	-61.528,14
<b>24700000</b>	<b>VII. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
24700010	a) aus noch nicht zweckgerecht verwendeten Zuwendungen	0,00	-612.500,00	-612.500,00
24700020	b) vom sonstigen öffentlichen und privaten Bereich	-1.450.120,23	-3.957.249,12	-2.507.128,89
<b>24999999</b>	<b>SUMME Verbindlichkeiten</b>	<b>-65.802.408,77</b>	<b>-60.518.418,18</b>	<b>5.283.990,59</b>
<b>25000000</b>	<b>E. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>-171.097,11</b>	<b>-249.937,75</b>	<b>-78.840,64</b>
<b>26000000</b>	<b>F. Treuhandkapital</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>29999999</b>	<b>SUMME PASSIVA (Bilanzsumme)</b>	<b>-251.493.208,42</b>	<b>-258.571.160,88</b>	<b>-7.077.952,46</b>

## A. Eigenkapital

Die **Eigenkapitalübersicht** ist Bestandteil des Anhangs zum Jahresabschluss und dort als Anlage 5.2.3 beigefügt.

Der Jahresüberschuss aus der Ergebnisrechnung mit -11.345.138,20 € geht als Gewinnvortrag bei der Position Eigenkapital in die Bilanz ein.

Entwicklung des Eigenkapitals:



## B. Sonderposten

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>I. Sonderposten aus Zuwendungen</b>	-43.442.482,48	-43.283.699,88	158.782,60
<b>III. Sonstige Sonderposten</b>	-1.403.621,00	-1.168.806,44	234.814,56
<b>IV. Gebührenaussgleich</b>	-473.520,41	-483.760,17	-10.239,76
<b>Summe Sonderposten</b>	<b>-45.319.623,89</b>	<b>-44.936.266,49</b>	<b>383.357,40</b>

Das Gesetz sieht eine Unterteilung in aufzulösende und nicht aufzulösende Sonderposten vor. Diese Aufspaltung wird im Anhang zum Jahresabschluss beim Anlagespiegel Punkt 5.2.1 III. vorgenommen.

### I. Sonderposten aus Zuwendungen

Die größten Posten sind hier die Investitionspauschalen 1.257.426 €.

### III. Sonstige Sonderposten

Hier sind die Büchergeldrücklagen verbucht.

### IV. Gebührenaussgleich

Der Sonderposten Gebührenaussgleich der Kommunalen Abfallwirtschaft wird im Anhang zum Jahresabschluss unter Punkt 5.1.3 erläutert.

## C. Rückstellungen

Alle Veränderungen bei den Rückstellungen werden ergebnis- und aufwandswirksam abgebildet. Ausnahme sind die Umweltrückstellungen. Jeglicher Aufwand der bei der Kommunalen Abfallwirtschaft anfällt, muss von den Gebührenzahlern getragen werden.

Arten der Rückstellungen	Konto	Stand	Zuführung	Auflösung	Stand
		01.01.2017			31.12.2017
<b>Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen</b>					
1.Pensionsrückstellungen	251101	12.382.402,00 €	847.389,00 €		13.229.791,00 €
2.Rückstellungen für Beihilfe	287131	3.099.218,00 €	211.321,00 €		3.310.539,00 €
3.Rückstellungen Altersteilzeit	253101	53.696,06 €	25.060,18 €		78.756,24 €
<b>Umweltrückstellungen</b>					
Rückstellungen f. Rekultivierung u. Nachsorgeverpflichtungen	261101	6.160.066,71 €		- 140.072,74 €	6.019.993,97 €
<b>Instandhaltungsrückstellungen</b>					
	271101	180.700,00 €	60.300,00 €		241.000,00 €
<b>Rückstellungen im Rahmen d. Finanzausgleichs und v.Steuerschuldverhältnissen</b>					
	281101	3.200.000,00 €			3.200.000,00 €
<b>Sonstige Rückstellungen</b>					
1.Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	287111	1.016.659,47 €	8.187,88 €		1.024.847,35 €
2.Rückstellungen für Überstunden	287121	1.601.521,70 €	691.820,61 €		2.293.342,31 €
3.Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	287301	103.812,00 €	322.864,22 €		426.676,22 €
<b>Summe</b>		<b>27.798.075,94 €</b>	<b>2.166.942,89 €</b>	<b>- 140.072,74 €</b>	<b>29.824.946,09 €</b>

Die Bildung der einzelnen Rückstellungen wird im Anhang zum Jahresabschluss unter Punkt 5.1.3 genau erläutert.

## D. Verbindlichkeiten

siehe auch Verbindlichkeitspiegel (Anhang, Anlage 5.2.4)

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
j) Verb. aus Krediten f. Investitionen vom Kreditmarkt und sonstigen in- und ausländischen Bereich	-54.789.052,04	-46.552.724,08	8.236.327,96

Zum 31.12.2017 bestanden folgende Kreditverbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten:

Nummer	Zinssatz %	Zinsbindung bis	Vertragslaufzeit	Restschuld am 31.12.2017
DARL0001	4,65	30.06.2028	30.06.2028	3.352.965,90 €
DARL0005	4,37	30.12.2018	30.12.2018	51.129,32 €
DARL0016	2,83	30.03.2024	30.03.2024	2.969.516,19 €
DARL0017	2,83	30.03.2024	30.03.2024	170.727,46 €
DARL0060	5,16	30.09.2019	30.09.2019	313.166,25 €
DARL0061	3,06	30.12.2027	30.12.2027	2.500.000,00 €
DARL0065	1,15	15.02.2019	15.02.2019	240.304,00 €
DARL0067	4,35	15.02.2024	15.08.2028	1.383.425,00 €
DARL0068	1,36	15.02.2020	15.02.2020	479.875,00 €
DARL0070	0,00	16.11.2021	16.11.2031	2.259.600,00 €
DARL0077	0,00	30.03.2025	30.03.2035	5.175.000,00 €
DARL0078	0,00	29.03.2026	15.02.2036	602.250,00 €
DARL0079	0,59	30.03.2019	30.03.2019	641.565,96 €
DARL0080	0,24	30.03.2020	30.03.2032	7.125.000,00 €
DARL0083	0,26	30.09.2020	30.09.2032	5.162.500,00 €
DARL0085	0,11	30.12.2018	30.12.2032	6.000.000,00 €
DARL0086	0,00	29.03.2026	15.02.2036	310.250,00 €
DARL0087	0,05	15.05.2026	15.02.2036	924.182,00 €
DARL0088	0,05	15.05.2026	15.02.2036	516.267,00 €
DARL0089	0,08	30.06.2020	30.06.2028	5.250.000,00 €
DARL0091	0,00	19.10.2026	15.08.2036	909.375,00 €
DARL0092	0,00	19.10.2026	15.08.2036	215.625,00 €
<b>Summe</b>				<b>46.552.724,08 €</b>

#### Derivate Finanzierungsinstrumente

Durch den Landkreis Ebersberg wird das bestehende Kreditportfolio gegen Zinsänderungsrisiken durch Zinstauschverträge abgesichert. Dies geschieht mit der Unterstützung eines vom Bundesaufsichtsamt zugelassenen Finanzinstituts, das auf dieses Gebiet spezialisiert ist und professionell arbeitet.

Diese Zinssteuerung wurde vom Kreisausschuss am 14.05.2007 beschlossen.

Die eingesetzten Finanzinstrumente müssen stets im Zusammenhang mit den Grundgeschäften stehen (Konnexität). Darüber hinaus müssen die Anforderungen des Schreibens des Bayer. Staatsministerium des Innern vom 14.09.2009 über den Einsatz derivater Finanzierungsinstrumente erfüllt werden.

Zur Absicherung von Kreditkonditionen bestanden zum 31.12.2017 folgende Zinstauschverträge (Zinssatzswaps):

Institut	Derivat	Nominalbetrag in € (anfänglich)	Anfangsdatum	Enddatum	Marktwert in € zum 31.12.2017
1043731 (ehem. 1000369, 4466, 4459117BL) Bankhaus Lampe	Zinssatzswap teilaufgelöst	14.165.954,37 (nach Teilauflösung)	30.06.2021 (nach Teilauf- lösung) 30.06.2023	31.12.2032	-785.269,80
1021561 (ehem. 1000813, 1000371, 4468, 5362167BL) Bankhaus Lampe	Zinssatzswap	23.450.352,82 (nach Teilauflösung) 9.670.010,58	30.06.2023 (nach Teilauf- lösung) 30.06.2025	30.12.2035	-454.930,81
1021454 Bankhaus Lampe	Zinssatzswap	7.292.618,58	30.06.2022	28.06.2024	+203.462,83
1046157 Bankhaus Lampe	Zinssatzswap	19.739.149,98	30.06.2020	30.12.2025	+607.961,20
1744544M Bayerische Landes- bank	Zinssatzswap	3.036.452,83	30.06.2027	30.06.2036	+23.323,86

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>h) sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge</b>	-6.459.734,83	-6.039.274,45	420.460,38

Hier sind die Verpflichtungen im Rahmen des PPP- Modells für das Gymnasium Kirchseeon bilanziert. Die PPP-Betreiber-gesellschaft hat über diesen Betrag die Vorfinanzierung übernommen und finanziert dies über den Kreditmarkt. Der Landkreis tilgt nun die Schuld dieses Kredits durch gleichbleibende Raten.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>Verbindlichk. aus Lieferung u. Leistung vom sonst. priv. Bereich</b>	-1.377.711,16	-1.745.557,07	-367.845,91
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistung</b>	-1.181.313,00	-1.576.434,96	-395.121,96
<b>Sicherheitseinbehalte</b>	-196.398,16	-169.122,11	27.276,05

Hier handelt es sich um Beträge die zum 31.12.2017 noch nicht zahlungswirksam waren und deshalb als Verbindlichkeit abgebildet wurden.

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
<b>Gegenüber Sondervermögen</b>	0,00	0,00	0,00
<b>Gegenüber verbundenen Unternehmen</b>	0,00	0,00	0,00
<b>Andere sonstige Verbindlichkeiten</b>	-1.450.120,23	-4.569.749,12	-3.119.628,89
<b>Erhaltene Fördermittel für Anlagen im Bau</b>	0,00	0,00	0,00
<b>Steuerverbindlichkeiten</b>	-3.458,79	-2.820,29	638,50
<b>Durchl. Finanzmittel. weitere sonst. Verbindlichk.</b>	-202.491,83	-219.802,27	-17.310,44
<b>Summe</b>	<b>-1.656.070,85</b>	<b>-4.792.371,68</b>	<b>-3.136.300,83</b>

Verbindlichkeiten sind in der Ergebnisrechnung bereits verbuchte Aufwendungen, deren Zahlungen noch nicht erfolgt sind. In diesem Bereich liegen keine Auffälligkeiten vor.

### E. Passive Rechnungsabgrenzung

	IST		
	2016	2017	Veränderung in €
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-171.097,11	-249.937,75	-78.840,64

Unter der passiven Rechnungsabgrenzung stehen zwei erhaltene Zuwendungen:

- a) von der Deutschen Bahn über ursprünglich 332.000 € für einen Brückenunterhalt. Dieser Zuschuss wird über gut 30 Jahre aufgelöst und hatte zum 31.12.17 einen Buchwert von 218.899 €.
- b) von der Firma XXX Lutz über ursprünglich 51.804,59 € für die Pflege eines Ausgleichsgrundstücks. Dieser Zuschuss wird entsprechend dem jährlich anfallenden Pflegeaufwands aufgelöst und hatte zum 31.12.17 einen Buchwert von 30.538,75 €.

Bei der sonstigen passiven Rechnungsabgrenzung handelt es sich überwiegend um Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt, da der Staat seinen Haushalt bereits am 10. Dezember eines Jahres abschließt. Die bis zum Jahresende auflaufenden Verbindlichkeiten sind hier dargestellt.

## 6.3 Entwicklung der Investitionstätigkeit und wesentliche Baumaßnahmen 2017

	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2017	2017	2017
<b>Gesamtsumme Investitionen KSA</b>	3.142.586,00	<b>2.423.442,48</b>	<b>-719.143,52</b>
<b>Gesamtsumme Investitionen SFB</b>	2.154.550,00	<b>1.544.204,63</b>	<b>-610.345,37</b>
<b>Gesamtsumme Investitionen LSV</b>	6.061.325,00	<b>5.725.344,71</b>	<b>-335.980,29</b>
<b>Gesamtsumme Investitionen ULV</b>	2.576.900,00	<b>72.675,44</b>	<b>-2.504.224,56</b>
<b>Gesamtsumme Investitionen JHA</b>	31.900,00	<b>12.382,54</b>	<b>-19.517,46</b>
<b>Summe Investitionen Landkreis Ebersberg</b>	<b>13.967.261,00</b>	<b>9.778.049,80</b>	<b>-4.189.211,20</b>

Im Jahr 2017 konnte der Landkreis von dem geplanten Investitionsvolumen von **13.967.261 €** Investitionen über **9.778.049,80. €** tatsächlich umsetzen. Die Investitionen lagen damit um **4,2 Mio. €** unter den Planungen.

**Erläuterung der geplanten und/oder getätigten Investitionen des Jahres 2017 im Plan-Ist-Vergleich mit einem Investitionsvolumen über 20.000 € und weitere größere Maßnahmen auf Fachausschussebene.**

### Investitionen KSA

An Investitionen wurden für das Jahr 2017 3.142.586 € geplant. Tatsächlich ergab sich eine Unterschreitung dieses Ansatzes in Höhe von 719.144 €. Die Unterschreitung ergibt sich in erster Linie im Bereich der Kreisklinik, da einige geplante Zuschüsse nicht abgerufen wurden.

	Plan	Ist	Vergleich	Vergleich in %
	2017	2017	2017	2017
<b>Gesamtsumme Investitionen KSA</b>	3.142.586,00	2.423.442,48	<b>-719.143,52</b>	77,12 %

**3.1 Investitionen der Sachgebiete:**

	2017		
	Plan	Ist	Abweichung
021-0010 Zimmerausstattung		-480	480
021-0012 Ersatzbeschaffung Notebooks	5.000	8.962	-3.962
021-0014 Ersatzbeschaffung PC´s/Server	51.000	45.858	5.142
021-0015 Ersatzbeschaffung Monitore/Drucker		-1	1
021-0016 Ersatzbeschaffung Fotokamera, TV etc.	1.000		1.000
021-0017 Ersatzbeschaffung Telefon-Apparate	10.000	3.986	6.014
045-INVZ1 Investitionskostenzuschuss Wohnungsbauförderung	200.000	118.250	81.750
050-0011 EDV-Ausstattung, Software, Medientechnik	850		850
070-0047 Zimmerausstattung - Schreibtisch		302	-302
095-0038 Zimmerausstattung		1.480	-1.480
096-0007 Zimmerausstattung		3.500	-3.500
100-0001 EDV-Ausstattung, Software, Medientechnik	90.000		90.000
100-0004 Sonst.Betriebs-u.Geschäftsausstattung		1.050	-1.050
111-0010 CITRIX Terminal Server	20.000		20.000
111-0012 Generalsanierung EDV-Ausstattung	200.000	18.017	181.983
111-0023 Kommunikationseinrichtungen	48.000	44.985	3.015
111-0025 Notebooks, Speicher und Hardware	4.000	5.946	-1.946
111-0047 Server und Anlagen	111.000	60.991	50.009
111-0084 Software diverses: SW-Viren, Uni Messaging.Erw.	3.000	2.975	25
115-0003 Büromöbel/BGA		300	-300
120-0026 Hardware		322	-322
120-0062 Software E-Recruiting/Bewerbermanagement	11.000	9.533	1.468
140-0025 Sonst.Betriebs-u.Geschäftsausstattung	1.000		1.000
140-0056 EDV- Hardware	1.000	699	301
145-0001 Software/Elektronischer Rechnungsworkflow	30.000	88.183	-58.183
145-0002 Büromöbel		730	-730
145-0030 Bürgerservice (Innovationsring)		359	-359
2009-100-1 Besucherstühle		-11	11
2010-096-1 Büromöbel		-111	111

Die höchste Überschreitung ergab sich bei der Investitionsnummer. 145-0001 Software/Elektronischer Rechnungsworkflow i. H. v. 58.183 €. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde zusätzlich zur Software für den elektronischen Rechnungsworkflow, der im Jahr 2017 im gesamten Landratsamt integriert wurde, in diesem Zuge ein Modul zur Bearbeitung von e-Rechnungen angeschafft. Zudem entstanden Kosten für die Beschaffung von Smartcards und entsprechender Middleware für einen Großteil der Mitarbeiter im Landratsamt zur elektronischen Signatur von Belegen.

Bei den Investitionen ist kein genehmigungspflichtiger Sachverhalt eingetreten, für den der Kreis- und Strategiausschuss bzw. der Kreistag zuständig wären. Die erforderlichen über- und außerplanmäßigen Genehmigungen wurden erteilt.

**Investitionen an der Kreisklinik (Finanzfluss)**

	2017		
	Plan	Ist	Abweichung
041-EBD-04 BA 4: Eigenbet.darlehen	-13		-13
041-EBD-08 BA 8: Eigenbet.darlehen	-53.084	73.212	-126.296
041-EBD-DI Dialyse: Eigenbet.darlehen	-54.749	-55.584	835
041-EBD-NA Zentrale Notaufnahme: Eigenbet.darlehen	97.897		97.897
041-EBD-OP San. OP 0,4,5: Eigenbet.darlehen	614.791	23.710	591.081
041-EBD-PD Zwifli und EBDarlehen Parkdeck gGmbH	-88.000	-88.000	0
041-EBD-PG Pfarrer-Guggetzer-Haus Eigenbeteiligungsdarle	-53.106	48.960	-102.066
041-ZF-OP Zwischenfin. KK gGmbH/San. OP 0,4,5	-947.200		-947.200
041-ZUB-08 Zuschuss für BA 8 Kreisklinik gGmbH		5.322	-5.322
041-ZUB-09 Zuschuss für BA 9 Kreisklinik gGmbH	2.000.000	2.000.000	
041-ZUB-NA Zuschuss für Zentr.Notaufnahme Kreisklinik gGmbH	400.000		400.000
041-ZUB-OP Zuschuss für San.OP 0,4,5 Kreisklinik gGmbH	319.200		319.200
041-ZUB-PG Zuschuss Pfarrer-Gugg.Haus Kreisklinik gGmbH	120.000		120.000
<b>Zwischensumme Kreisklinik</b>	<b>2.355.736</b>	<b>2.007.620</b>	<b>348.116</b>

Bei den Investitionen für die Beteiligung an der Kreisklinik ergab sich insgesamt eine Unterschreitung von 348.116 €. Die Zuschüsse für die Zentrale Notaufnahme, die Sanierung von OP 0,4,5 und das Pfarrer-Guggezer Haus wurden 2017 nicht abgerufen. Auch die geplanten Rückflüsse aus der Zwischenfinanzierung des Landkreises für die Sanierung von OP 0, 4, 5 i.H.v. 947.200 € traten nicht ein.

**Investitionen SFB**

	Plan	Ist	Vergleich	Vergleich in %
	2017	2017	2017	2017
<b>Gesamtinvestitionen SFB</b>	2.154.550,00	1.544.204,63	-610.345,37	-28,33 %

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 5.146.739 € um **610.345 € unterschritten**, das sind 28 %.

### Investitionen der Sachgebiete

	2017		
	Plan	Ist	Abweichung
021-0010 Zimmerausstattung		480	-480
021-0014 Ersatzbeschaffung PC's/Server		-6	6
021-0015 Ersatzbeschaffung Monitore/Drucker		-3	3
116-0001 Medienzentrale: Budget	5.500		5.500
116-2011-1 Online-Lizenzen		-1	1
203-0011 Software		7.116	-7.116
210-0007 Zimmerausstattung	1.600		1.600
210-0059 EDV Hardware	1.600	3.408	-1.808
220-0003 Medientechnische Geräte		208	-208
310-0059 EDV Hardware		1.004	-1.004
700-0018 Medizinische Kleingeräte	500		500
700-0033 Audiometer und 2 Chlortestgeräte	1.500		1.500
700-0034 Ausstattung Trinkwasserhygiene	500		500
700-0059 EDV/ Hardware	1.300		1.300
700-0060 Zimmerausstattung	3.000		3.000
835-SO-018 RS Vaterstetten: Inv.zuschuss - Erweiterung	72.940	69.150	3.790
835-SO-020 RS Vaterstetten: Inv.zuschuss Erweiterung '12	1.441.860	986.131	455.729
870-B001 LWS EBE; EDV, Software, Medientechnik	2.500	1.405	1.095
870-B003 HWS: Sonstige BGA u.a. Unterrichtsmaterial	550	1.374	-824
875-0001 Ausstattung FOS/BOS Erding	20.000	13.262	6.738
875-SO-001 FOS/BOS Erding: Investitionszuweisungen		-21.767	21.767
<b>Gesamtsumme Investitionen</b>	<b>1.553.350</b>	<b>1.085.211</b>	<b>468.139</b>

Die höchsten Abweichungen ergaben sich bei der Zweckverbandsrealschule Vaterstetten:

#### **835-SO-020 RS Vaterstetten: Investitionszuschuss Erweiterung 2 – Unterschreitung 455.729 €**

Der Investitionskostenzuschuss für die Erweiterung 2 an der Realschule Vaterstetten wurde nicht in der geplanten Höhe vom Zweckverband abgerufen.

Die erforderlichen über- und außerplanmäßigen Genehmigungen konnten erteilt werden.

### 3. Detaillierte Darstellung Schulen

Der nachfolgenden Grafik ist zu entnehmen, dass die budgetierten Mittel um 142.206 € überschritten wurden, das sind 23,7 %.

### 3.2 Investitionen der Schulen

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
119 Schulen / Bildung	97.000	95.748	-1.252
820 Realschule Ebersberg	59.700	39.843	-19.857
830 Realschule Markt Schwaben	37.500	47.031	9.531
833 Realschule Poing	15.000	20.793	5.793
840 Gymnasium Grafing	45.000	42.337	-2.664
850 Gymnasium Vaterstetten	174.000	39.831	-134.169
860 Gymnasium Markt Schwaben	50.000	50.580	580
865 Gymnasium Kirchseeon	47.000	54.460	7.460
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	30.700	27.773	-2.927
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	45.300	40.598	-4.702
<b>SUMME</b>	<b>601.200</b>	<b>458.994</b>	<b>-142.206</b>

**KSt. 830:** Die Überschreitung des Investitionsansatzes wurden durch die Auflösung der allgemeinen Rücklage der Realschule Markt Schwaben, in Höhe von 9.531 € für die beschafften Bühnenelemente gedeckt.

**KSt. 833:** Zu einer Überschreitung der geplanten Investitionen kam es durch den Kauf von 3 digitalen Tafeln. Diese waren 2016 geplant wurden allerdings erst 2017 in Auftrag gegeben. 2016 wurden die Mittel auf der Investitionsnummer der Kostenstelle 833 allerdings ausgeschöpft. Eine Neuveranschlagung im Haushalt 2017 wurde nicht vorgenommen, so dass hier ein Antrag auf überplanmäßige Investitionen zu stellen war.

**KSt. 850:** Die beiden geplanten Investitionen für die Chemievorbereitung und Verdunkelungsvorhänge wurden aufgrund der Organisationsänderung im Januar 2017 nicht durchgeführt. Diese wurden erneut in 2018 veranschlagt.

**KSt. 860:** Am Gymnasium Markt Schwaben wurde festgestellt, dass die Volleyballpfosten irreparabel waren, so dass es sinnvoll war neue anzuschaffen. Diese waren ursprünglich nicht geplant und führten zu einer Überschreitung. Zudem wurden zwei neue Tafeln angeschafft, die nicht geplant waren.

**KSt. 865:** Zu einer Überschreitung des Gesamtinvestitionsansatzes kam es durch die Beschaffung von 5 feuerfesten Plakatvittrinen, die auf Anraten des Kreisbrandrats beschafft wurden.

**KSt. 890:** Die Kosten der Telefonanlage waren mit 8.000 € veranschlagt, allerdings wurde 2017 festgestellt, dass hier die komplette Anlage auszutauschen ist. Die Beschaffung von Ersatzteile war nicht mehr möglich. Dadurch kam es hier zu Mehrkosten in Höhe von 9.525,69 €, die vorab beantragt wurden. Demgegenüber ergeben sich Minderausgaben bei anderen für 2017 geplanten Investitionsmaßnahmen der Kostenstelle.

<b>Investitionen LSV</b>
--------------------------

	Ansatz	Ist	Vergleich	Vergleich in %
	2017	2017	2017	2017
<b>Gesamtinvestitionen LSV</b>	6.061.325,00	5.725.344,71	-335.980,29	94,46 %

Die Investitionen im Bereich des LSV – Ausschusses wurden um 335.980 unterschritten.

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
021-0015 Ersatzbeschaffung Monitore/Drucker		-1	-1
095-0038 Zimmerausstattung		360	360
331-0007 Beschaffungen im Bereich Gefahrgut/ -übungsstrecke	30.000	613	-29.387
331-0008 Beschaffungen für den Brandschutz	40.000	13.836	-26.164
331-0014 Ergänzungen in den Atemschutzübungsanlagen	35.000	9.790	-25.210
331-0015 Chemieschutzanzüge	15.000		-15.000
941-0002 Dienst-KFZ (2010= PKW mit alternat. Antrieb)	137.500	-67.900	-205.400
942-0001 Kauf des Kreissparkassengebäudes	4.000.000	4.477.322	477.322
942-0002 KSK Umbauten und Renovierung	500.000	194.642	-305.358
943-0002 LRA: Eingangs- u. Flurgestaltung	5.000	190	-4.810
943-0010 Hausmeisterbedarf, -beschaffungen (alt:I-ZI-0048)	2.300	383	-1.917
943-0011 LRA: Generalsanierung	19.000	34.516	15.516
943-0013 Erwerb Tiefgaragenstellplätze		910	910
943-0014 LRA: Ausstattung (nicht Generalsanierung)	20.000	26.802	6.802
943-0018 Ausstattung Sitzungssaal	5.000		-5.000
943-0019 Restzahlung Neubau Osttrakt	170.000		-170.000
943-0021 Sonstiges BGA		361	361
943-0025 Ladeinfrastruktur E-Mobilität		40.172	40.172
953-0003 Erweiterung RS EBE 2. BA ab 2012	6.000	-55.000	-61.000
953-0010 Hausmeister-Bedarf/Ersatzbeschaffungen	7.580	2.094	-5.486
953-0012 Ausstattung Außenanlagen	1.500	750	-750
954-0010 Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffungen	800	1.114	314
954-0011 Generalsanierung Realschule Markt Schwaben	17.000	3.156	-13.844
954-0012 RS MS: Ausstattung Außenanlagen	8.000	5.495	-2.505
956-0010 Gym Grafing: Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffungen	1.400	1.068	-332
956-0014 Gym. Grafing Umbau behindert gerechte Außenanlagen	50.000	-16.938	-66.938
956-0016 Gym. Grafing Teilgeneralsanierung Bauteil 1	400.000	368.241	-31.759
956-0018 Hochbau, Umbau kleine Pausenhalle		31.507	31.507
956-B840 Gym Graf: baul. Maßnahmen für allg. Schulinvest.	7.000	8.638	1.638
957-0010 Gymn. Vat. Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffungen	1.285	1.307	22
957-0012 Gym. Vat. Ausstattung Außenanlagen	700	929	229
957-0013 Gym. Vat: Erweiterung Gebäude		27.081	27.081
958-0003 Gym.M.Schwaben - U+F-Räume; 2.BA		961	961
958-0010 Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffung	1.350	1.029	-321
958-0012 Gym. MS. Ausstattung Außenanlagen	2.500	2.148	-352
958-0023 Zentr. Heizungsregelung für Schulzentrum MS		10.000	10.000
958-B860 Gym MS: baul. Maßnahmen für allg. Schulinvest.	15.000	9.137	-5.863
959-0002 Gymnasium Kirchseeon - 1. BA	420.470	456.409	35.939

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
959-0012 Gym Kirchseeon:Ausstattung Außenanlagen	37.500	22.758	-14.742
959-0015 Bauliche Umsetzung aus Nutzerwünschen	17.200	18.108	908
960-0010 Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffungen	38.500	22.294	-16.206
960-0012 Ausstattung Außenanlagen	1.500		-1.500
965-0010 SFZ Gra: Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffung	2.100	837	-1.263
965-0027 Hausmeisterbedarf		1.276	1.276
965-B880 SFZ Gra: baul. Maßnahmen für allg. Schulinvest.	20.000	3.823	-16.177
966-0010 Hausmeisterbedarf/ Ersatzbeschaffungen	3.450	3.281	-169
966-0012 SFZ Poing: Ausstattung Außenanlagen	20.000	19.957	-43
966-B890 SFZ Poing: baul. Maßnahmen für allg. Schulinvest.	15.000		-15.000
971-0001 Bauhof: Gebäude/ Hackschnitzelheizung	19.690	19.690	0
981-0004 RS Ebe: Nachrüstung: Notausgang, Akustik	50.000		-50.000
982-0001 Teilsanierung 2-fach Turnhalle RS MS	-83.000	14.826	97.826
982-0002 Messwerterfassung		7.374	7.374
<b>Summe Investitionen</b>	<b>6.061.325</b>	<b>5.725.345</b>	<b>-335.980</b>

### Begründungen für größere Abweichung bei den Investitionen:

#### 1) 941-0002 Dienst-KFZ (2010= PKW mit alternat. Antrieb) – Unterschreitung 205.400 €

An Nettoinvestitionen für die Umstellung des Fuhrparks auf E-bzw. Hybridfahrzeuge waren 137.500 € geplant. Die Rechnungstellung der Fahrzeuge erfolgt erst im Haushaltsjahr 2018, während die Förderung i.H.v. 80.000 € bereits im Jahr 2017 einging.

#### 2) 942-0001 Kauf des Kreissparkassengebäudes – Überschreitung 477.322 €

Die Überschreitung entspricht der Grunderwerbsteuer für den Gebäudeerwerb, die bereits 2017 vom Finanzamt festgesetzt wurde.

Die Überschreitung ist vom Kreistag zu genehmigen

#### 3) 942-0002 KSK Umbauten und Renovierung – Unterschreitung -305.358 €

Durch Verzögerung der Umzüge konnten die Maßnahmen nicht wie geplant vorgenommen werden.

#### 4) 943-0025 Ladeinfrastruktur E-Mobilität – Überschreitung 40.172 €

Am Gebäude des Landratsamtes wurde eine Ladeinfrastruktur für E-Mobilität installiert, wofür nicht geplante Kosten von insgesamt rund 85.000 € anfielen. Aus den Mitteln der Investitionspauschale, welche für Investitionsmaßnahmen des Landkreises verwendet werden dürfen, wurden für dieses Maßnahme Zuschussmittel von 45.000 € verwendet.

#### 5) 956-0014 Gymn.Graing Umbau behindertengerechte Außenanlagen- Unterschreitung - 66.938 €

Die Unterschreitung ergibt sich durch einen nicht geplanten staatlichen Zuschuss i.H.v. 55.000 € sowie geringeren Investitionskosten als ursprünglich vorgesehen.

#### 6) 982-0001 Teilsanierung 2-fach Turnhalle RS MS – Überschreitung 97.826 €

Ein mit 133.000 € geplanter staatlicher Zuschuss ging im Haushaltsjahr 2017 nicht ein.

<b>Investitionen ULV</b>
--------------------------

	Plan	Ist	Vergleich	Vergleich in %
	2017	2017	2017	2017
<b>Gesamtsumme Investitionen ULV</b>	2.576.900,00	72.675,44	-2.504.224,56	2,82 %

Die Investitionen im Bereich des ULV- Ausschusses wurden um 2.504.224 € unterschritten.

#### Investitionen der Sachgebiete:

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
320 KfZ-Zulassungsstelle	17.500	1.546	-15.954
325 Führerscheinstelle		673	673
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	800	1.980	1.180
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	11.000	207	-10.793
420 Bauamt	8.600		-8.600
450 Naturschutz, Landschaftspflege	9.000	2.159	-6.841
<b>SUMME</b>	<b>46.900</b>	<b>6.566</b>	<b>-40.334</b>

Die Investitionen der Sachgebiete spielen kaum eine Rolle. Von den insgesamt geplanten Investitionen der Sachgebiete in Höhe von 46.900 € wurden nur 6.566 € bzw. 14 % in Anspruch genommen. Von den ursprünglich geplanten Investitionen für Hard- und Softwareausstattung in der Kfz-Zulassungsstelle wurden nur 1.547 € für die Beschaffung von Scannern ausgeschöpft. Die Überschreitung der geplanten Investitionen im Veterinäramt geht in erster Linie auf die Anschaffung eines Notebooks für die Verwendung bei Außendiensten bzw. im Zuge eines Heimarbeitsplatzes zurück. Bei der Kostenstelle 410 wurde eine für 2017 geplante Softwareanschaffung nicht realisiert.

#### 2.2.2 Investitionen bei den Straßen:

Anmerkung: Rückstellungen bzw. Übertragungen von Haushaltsmitteln für Straßenbaumaßnahmen werden nicht gebildet, es gilt das Prinzip der Neuveranschlagung. Darüber hinaus schreibt die Finanzleitlinie vor, Mittel für Grunderwerb zu Straßenbauvorhaben erst dann zu veranschlagen, wenn sie konkret realisiert werden können. Vorsorgeansätze soll es nicht geben.

Trotz dieser Regelungen ist es im Bereich des Kreisstraßenbaus bisher nicht gelungen, eine höhere Planungsgenauigkeit umzusetzen, von der Planung sind insgesamt in der Nettobetrachtung nur 14,69 % abgeflossen (313.747 € von 2.135.900 € Planung).

Zu jeder Investitionsnummer werden die Nettoausgaben des Landkreises kumuliert dargestellt (Zeitpunkt ab Anlage der Investitionsnummer). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Straßeninvestitionen kumuliert bis 31.12.2017.

	Plan	Ist	Abweichung	Ist kumuliert über alle Jahre bis Stichtag
	2017	2017	2017	2017
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	60.000	14.447	-45.553	402.356
910-0004 Sommerdienst: Absaug-, Randstreifenmähergeräte	18.000	0	-18.000	9.590
910-0006 Stramotfahrzeuge u.Manschaftsfahrzeuge	0	7.448	7.448	352.050
910-0007 Lichtsignalanlagen	15.000	0	-15.000	164.493
910-0010 'Nachaktivierte Straßengrundstücke 2008	0	4.333	4.333	4.333
910-0011 Betriebsvorrichtungen	4.000	0	-4.000	67.734
910-01-010 EBE 1: Pumpenhaus Poing	17.000	19.653	2.653	60.549
910-01-011 EBE 1: OD Anzing - Schulstraße	125.000	0	-125.000	0
910-04-007 EBE4: Beleuchtung in der Unterführung A99	50.000	0	-50.000	36.296
910-06-003 EBE 6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6- alt"	150.000	0	-150.000	0
910-08-004 EBE 8: Umbau der Kreuzung /St2089	80.000	0	-80.000	-8.149
910-08-007 EBE 8:Ausbau Nettelkofen b.Seeschneider-Kreuzung	80.000	10.379	-69.621	10.513
910-09-007 EBE 9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach	10.000	0	-10.000	0
910-12-003 EBE12:Brückensanierung Moosach	50.000	0	-50.000	0
910-13-010 EBE13: Deckenbau Glonn – Bruck	820.000	186.918	-633.082	186.918
910-13-021 EBE13: Glonn - Stützwand	0	432	432	5.932
910-14-007 EBE14: Straßenentwässerung OD Kastensee	150.000	0	-150.000	12.670
910-14-010 EBE14: Fahrbahnabsenkung a.d. Wiesmühlstr.	25.000	0	-25.000	0
910-14-011 EBE14: Deckenbau Östl. Egmating	40.000	0	-40.000	0
910-14-012 EBE14: Deckenbau Egmating - Neuorthofen	50.000	27.163	-22.837	196.163
910-15-003 EBE15:Deckenbau Klubing - St 2079	145.000	42.323	-102.677	104.323
910-15-004 EBE15:Deckenbau Antholing - LKR. Grenze	80.000	0	-80.000	0
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze	65.000	20	-64.980	60.246
910-18-006 EBE18:Pumpenhaus Markt Schwaben	25.000	0	-25.000	0
910-20-006 EBE20: Nachrüstung Bahnübergang Tulling	0	-5.943	-5.943	100.957
910-20-010 EBE20:G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	30.000	0	-30.000	0
<b>SUMME</b>	<b>2.089.000</b>	<b>307.176</b>	<b>-1.781.824</b>	<b>8.720.673</b>

Von den Kreisgremien genehmigungspflichtige Sachverhalte wurden nicht ausgelöst.

Einige der geplanten Investitionen konnten 2017 nicht realisiert werden, da der notwendige Grunderwerb hierfür noch nicht abgeschlossen ist.

Für die Investitionsmaßnahme 910-13-010 EBE13: Deckenbau Glonn – Bruck waren für das Jahr 2017 Mittel in Höhe von 820.000 € eingeplant. Der tatsächliche Mittelbedarf für die Durchführung der Deckenbaumaßnahmen betrug 854.344 €.

In der Nettobetrachtung der Investition ergibt sich allerdings nur eine Ausschöpfung von 186.918 €, da zur Finanzierung Mittel i. H. v. 667.426 € aus der vom Freistaat Bayern für Investitionsmaßnahmen des Landkreises gewährten Investitionspauschale verwendet wurden.

Weitere Mittel der Investitionspauschale wurden für die Maßnahme 910-13-021 EBE13: Glonn – Stützwand mit 325.000 € verwendet. Für die nicht geplante Maßnahme wurde im Jahr 2017 insgesamt 325.432 € investiert.

**Investitionen der KAW:**

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es folgende Investitionstätigkeit:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2009		69.501	69.501	
2010		5.618	5.618	
2011	303.000	202.097	-100.903	-33,3%
2012	33.000	67.913	34.913	105,8%
2013	95.500	31.229	-64.271	-67,3%
2014	399.700	170.350	-229.350	-57,4%
2015	484.100	182.425	-301.675	-62,3%
2016	289.000	42.136	-246.864	-85,4%
2017	441.000	65.630	-375.370	-85,1%

Die Investitionen im Einzelnen:

	2017		
	Plan	Ist	Verfügbar
021-0014 Ersatzbeschaffung PC´s/Server		-1	1
021-0015 Ersatzbeschaffung Monitore/Drucker		-1	1
2009-941-2 EDV- Hardware		-1	1
720-00010 Investitionen Garagengebäude	10.000	47.600	-37.600
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	50.000		50.000
720-00012 Sickerwasser Schaltschrank	14.000		14.000
720-00017 Pumpen	8.000		8.000
720-00022 Umladestation - Buchten	40.000		40.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage: SPERRVERMERK	150.000		150.000
720-00027 Landkreis PPK-Container	5.000	3.389	1.611
720-00028 Sonst. BGA Deponienachsorge		6.861	-6.861
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	4.000	2.034	1.966
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	160.000	5.749	154.251
<b>SUMME</b>	<b>441.000</b>	<b>65.630</b>	<b>375.370</b>

Die erforderlichen über-/ außerplanmäßigen Genehmigungen wurden erteilt. Der Carport wurde nicht ausgeführt und hat auch 2017 einen Ausführungsvorbehalt, d.h., der ULV-Ausschuss muss vor der Erteilung von Aufträgen entscheiden, ob die Maßnahme ausgeführt werden soll.

Eine Überschreitung in Höhe von 37.600 € trat bei der Investitionsnummer 720-00010 Investitionen Garagengebäude für eine Zwischenbühne für das Garagengebäude ein.

Zudem war eine außerplanmäßige Investition i.H.v. 6.861 € für ein Gasmessgerät erforderlich.

Insgesamt wurden im Bereich der Kommunalen Abfallwirtschaft 65.630 € an Investitionen getätigt, das entspricht einem Ausschöpfungsgrad der geplanten Investitionen von 14,8 %.

### Investitionen JHA

	Plan	Ist	Vergleich	Vergleich in %
	2017	2017	2017	2017
<b>Gesamtsumme Investitionen JHA</b>	31.900,00	12.382,54	-19.517,46	38,82 %

Für die Vermögenrechnung ist die Jugendhilfe nicht relevant. Folgende Investitionstätigkeiten wurden gebucht:

	2017		
	Plan	Ist	Verfügbar
021-0014 Ersatzbeschaffung PC´s/Server		-16	16
021-0015 Ersatzbeschaffung Monitore/Drucker		-2	2
230-0005 Neubeschaffung EDV-Geräte		704	-704
230-0010 Software OK.KIWO, OK.JUG WiHi, Infoma	7.500		7.500
230-0025 Spielkistl	5.000	8.473	-3.473
230-0026 Boote (DPSG Stamm Windrose)	1.000		1.000
230-0027 Zimmerausstattung	18.400	2.664	15.736
233-0001 Ausstattung für Unterbringungen Umf		559	-559
<b>SUMME</b>	<b>31.900</b>	<b>12.383</b>	<b>19.517</b>

Für das Spielkistl wurde im Jahr 2017 die geplante Socc-Out Arena mit einem dazugehörigen Anhänger für den Transport für 8.473 € angeschafft. Für den Anhänger gab es keinen Haushaltsansatz. Diese Mehrausgabe wurde durch die Minderausgaben im Bereich der Investitionszuschüsse für Zimmerausstattung (Inv.-Nr.: 230-0027) ausgeglichen.

Die erforderlichen über- und außerplanmäßigen Genehmigungen konnten erteilt werden.

### Investitionen Finanzierung

	2017		
	Plan	Ist	Abweichung
020-SO-015 Investitionspauschale (Art. 12 FAG)	-1.100.000	0	-1.100.000
<b>SUMME</b>	<b>-1.100.000</b>	<b>0</b>	<b>-1.100.000</b>

Auf der Kostenstelle 020 wurde für das Jahr 2017 ein Investitionszuschuss für die Investitionspauschale 2017 in Höhe von 1.100.000 € eingeplant. Hierbei handelt es sich um pauschale Zuweisungen vom Land im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs, welche von den Kommunen frei für Investitionsmaßnahmen in Anspruch genommen werden können.

Im Jahr 2017 erhielt der Landkreis Ebersberg tatsächlich 1.257.426,00 € dieser pauschalen Zuweisungen für Investitionen.

Da diese Mittel für konkrete Investitionsmaßnahmen, welche sich in den anderen Fachausschüssen wiederfinden, verwendet wurden, erfolgen Umbuchungen dieser Mittel auf die entsprechenden Investitionsnummern. Somit ist der Eingang dieses Investitionszuschusses 2017 im Ist für die Investitionsnummer 020-SO-015 Investitionspauschale (Art. 12 FAG) die Kostenstelle Finanzierung betreffend nicht mehr abbildbar.

Die Verwendung der Investitionspauschale erfolgte für folgende Investitionsmaßnahmen:

910-13-010 EBE13: Deckenbau Glonn - Bruck (ULV)	667.426 €
910-13-021 EBE13: Glonn – Stützwand (ULV)	325.000 €
943-0025 Ladeinfrastruktur E-Mobilität (LSV)	45.000 €
954-0011 Generalsanierung Realschule Markt Schwaben(LSV)	200.000 €
331-0008 Beschaffungen für den Brandschutz Prüfstand Atemschutz (LSV)	20.000 €

## 6.4 Kennzahlen

### Eigenkapitalquote (Bilanzrechnungskennzahl)

Das Eigenkapital sagt aus, welcher Anteil des Vermögens den Bürgern gehört und nicht den Banken. Eine steigende Eigenkapitalquote ist ein Indiz dafür, dass die intergenerative Gerechtigkeit bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben mit Erfolg beachtet wurde. Eine sinkende Eigenkapitalquote lässt hingegen auf eine teilweise Verlagerung der Finanzierung heutiger Standards bei der Aufgabenerfüllung auf die Zukunft schließen. Die Eigenkapitalquote beschreibt die Beziehung zwischen Eigen- und Gesamtkapital. Je mehr Eigenkapital eine Kommune zur Verfügung hat, desto besser ist in der Regel die Bonität der Kommune, desto höher ist die finanzielle Stabilität und desto unabhängiger ist eine Kommune von Fremdkapitalgebern.

Eigenkapitalquote I	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$							
Eigenkapitalquote I		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		46	45	39	40	42	43	45	48

Die Eigenkapitalquote unterlag in der Vergangenheit starken Schwankungen. Durch die Wiedereingliederung der kommunalen Abfallwirtschaft im Jahr 2007 und die Überarbeitung der Bilanzierung bei der Kreisklinik im Jahr 2008, 2009 und 2010 stieg sie aufgrund der hohen Ergebnisüberschüsse. Durch den Verlust 2011 und 2012 konnte diese positive Entwicklung nicht weiter fortgesetzt werden und die Eigenkapitalquote sank leicht auf 39 %. Seit dem Jahr 2012 steigt die Eigenkapitalquote kontinuierlich auf.

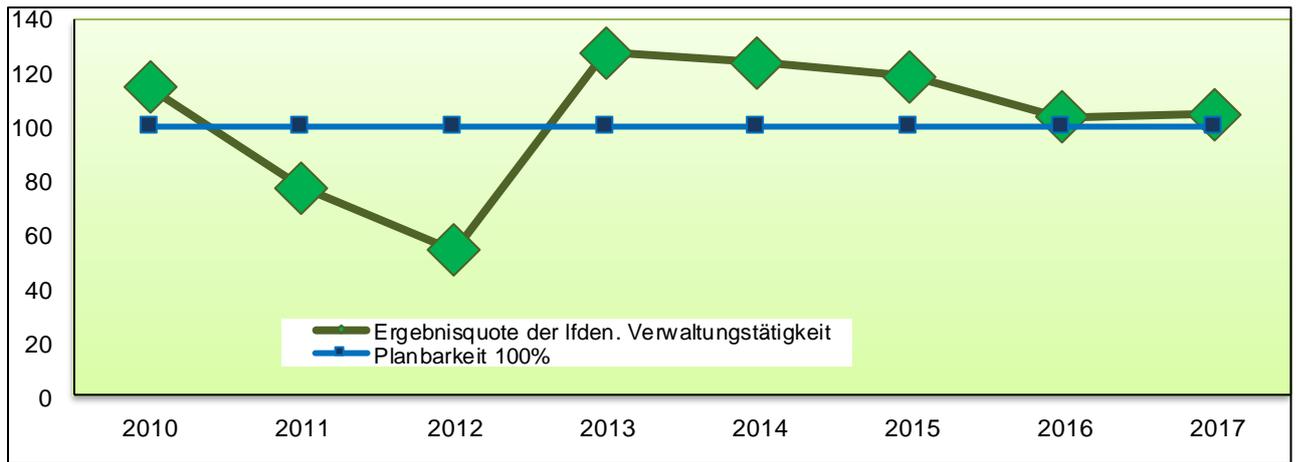
### Ergebnisquote (Ergebnisrechnungskennzahl)

Die Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit zeigt, inwieweit außerordentliche Umstände zum Jahresergebnis beigetragen haben.

Je näher die Ergebnisquote aus der laufenden Verwaltungstätigkeit an 100 % liegt, umso besser. Es drückt aus, dass das Jahresergebnis verstärkt durch ordentliche Geschäftsvorfälle erwirtschaftet wird. Die Haushaltsbewirtschaftung wird plan- und steuerbarer.

Ergebnisquote	=	$\frac{\text{Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit}}{\text{Jahresergebnis}} \times 100$							
Ergebnisquote		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		115	77	54	128	124	119	104	105

Bis 2010 näherten sich das Jahresergebnis und das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit immer weiter an. Dies zeigte an, dass das Ergebnis immer besser geplant war und immer weniger durch außerordentliche Entwicklungen bestimmt wurde. 2011 wurde dieser positive Trend jedoch durchbrochen. Es ergab sich eine größere Abweichung durch außerordentliche Ereignisse (Verschrottungen nach Inventur 2012, Niederschlagungen). 2012 ist die Abweichung noch größer. Dies ist hauptsächlich auf hohe außerordentliche Aufwendungen zurückzuführen. Im Jahr 2017 war das Ergebnis wieder sehr gut geplant.

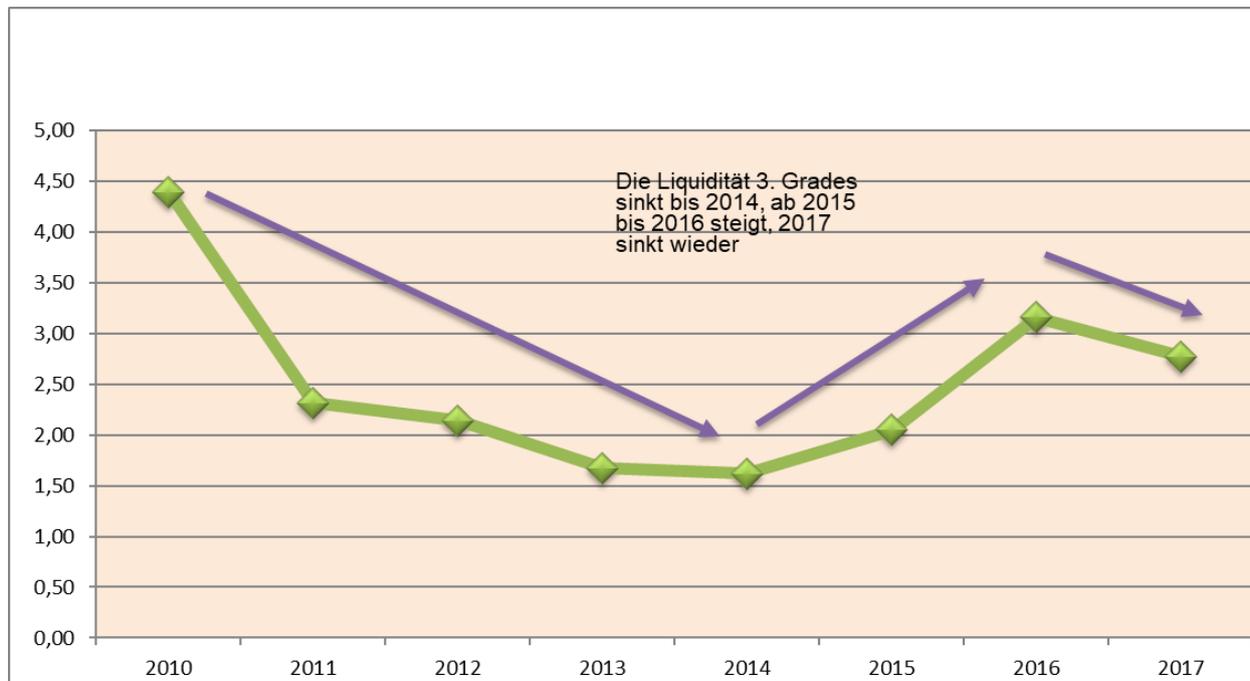


**Liquidität 3. Grades (Finanzrechnungskennzahl)**

Die Liquidität 3. Grades gibt stichtagsbezogenen Aufschluss über die kurzfristige Zahlungsfähigkeit der Kommune und die Notwendigkeit (Kassen-) Kredite aufzunehmen.

Liquidität 3. Grades	=	Liquide Mittel + kurzfrist. Ford. + Wertpapiere d. Umlaufvermögens + Vorräte							
		kurzfristige Verbindlichkeiten							
Liquidität 3. Grades		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		4,4	2,32	2,14	1,67	1,57	2,05	3,16	2,77

Die Entwicklung der Liquidität 3. Grades verläuft seit 2009 sinkend. Machte sich die starke Investitionstätigkeit des Landkreises 2010 wegen der Mittelrückzahlung der Kreisklinik gGmbH noch nicht stark bemerkbar, so ist seit 2011 der starke Mittelabfluss direkt an der Kennzahl ablesbar. Diese Entwicklung zeigt auch die Grafik:



**Re-Investitionsquote (Vermögensrechnungskennzahl)**

Die Re-Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Kommune Neuinvestitionen durch jährliche Abschreibungen erwirtschaften kann.

Re-Investitionsquote	=		Nettoinvestitionen				x100	
	2010	2011	Jahresabschreibungen auf Anlagevermögen					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Re-Investitionsquote	-18	316	494	206	284	278	153	149

Die Re-Investitionsquote von 149 % zeigt, dass die Investitionen von 12 Mio. € (inklusive Finanzanlagen) den Wertverlust des Anlagevermögens durch die jährliche Abschreibung von 8,1 Mio. € übertrafen haben.

Der Werteverlust des Anlagevermögens durch Abschreibung wird fast in jedem Jahr deutlich übertrafen (2009 nur bei bereinigter Kennzahl). Insgesamt liegt die Re-Investitionsquote seit 2005 über 100 %. Das unterstreicht die starke Finanzkraft des Landkreises.



## 6.5 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten war es nach Ablauf des Haushaltsjahres 2017 erforderlich Korrekturbuchungen in Höhe von 648.250,57 € vorzunehmen. Anlass hierzu stellte die Umbuchung von Übernahme Sondervermögen KAW im Jahr 2007.

Weitere Ereignisse, die für den Landkreis von Bedeutung gewesen wären bzw. zu einer veränderten Beurteilung der Lage geführt hätten, waren im Haushaltsjahr 2017 nicht gegeben.

## 6.6 Ausblick auf die zukünftige Entwicklung / Risiken

### Ausblick KSA – Kreis- und Strategieausschuss

#### KSA Steuerungsmöglichkeiten aus Sicht des zentralen Controllings

Einen „Overhead“ wird es immer geben (müssen). Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich werden im Wesentlichen nur im Rahmen der Personalausstattung gesehen. Der Überstundenanteil ist sehr hoch in diesem Bereich. Gerade aktuelle Ereignisse führen immer wieder zu zusätzlichen Belastungen außerhalb des Tagesgeschäftes. Der enorme Personalaufwuchs im sozialen Bereich wird zeitverzögert auch in den Querschnittsbereichen zu weiteren Mehrbelastungen führen.

#### Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreis- und Strategieausschuss bzw. Kreistag):

Drei Kostenstellen haben überplanmäßige Ausgaben, die die Grenze von 100.000 € überschritten haben und vom Kreis- und Strategieausschuss genehmigt werden müssen. Es handelt sich um folgende Kostenstellen:

021 (Gemeinkostentopf) mit einer Überschreitung von 196.390 €  
 100 (Abteilung 1, Zentrales und Bildung) mit einer Überschreitung von 120.304 €  
 111 (EDV und Kommunikation) mit einer Überschreitung von 123.907 €

Über die Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 200.000 € übersteigen, hat der Kreistag nach Vorberatung durch den Kreis- und Strategieausschuss zu entscheiden.

Dies war bei der Kostenstelle 095 (Landrat/Büro Landrat) mit 202.541 € der Fall.

#### Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2016 zu Ist 2017	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2018
2014	2015	2016	2017	2018		
6.721.906	8.513.138	7.941.077	8.225.890	8.665.707	<b>284.813</b>	<b>439.818</b>

Der Planansatz für das Jahr 2018 liegt mit 8.665.707 € um 439.818 € über dem Ist-Ergebnis 2017.

Das Ist-Ergebnis des Kreis- und Strategieausschusses hat sich von 2016 auf 2017 um 284.813 € erhöht.

### Auswirkung auf Haushalt:

Das Budget des Kreis- und Strategieausschusses 2017 wurde gegenüber dem Planansatz um 16.608 € überschritten, das sind 0,2 %.

Bei der Finanzierung entstand eine Überdeckung (Mehrerträge) in Höhe von 257.143 € bzw. 4,1 %.

An Investitionen waren 3.142.586 € geplant, das Ist Ergebnis betrug 2.423.113 €, damit sind 719.473 € (22,9 %) nicht abgeflossen.

## Ausblick SFB – Ausschuss für Familie, Schule, Soziales

### Steuerungsmöglichkeiten aus Sicht des zentralen Controllings

#### Sachgebiete:

Im Bereich des SFB-Ausschusses sind zahlreiche **freiwillige Leistungen** enthalten, die sowohl bezüglich ihrer Gewährung als auch ihrer Höhe nach gesteuert werden können. Es sind dies insbesondere die Leistungen an den EHC Klostersee, Vereinsförderungen, die Sport- und Kulturförderung sowie die 2011 neu eingeführte Sozialarbeit an Schulen. Diese sogenannten „freiwilligen Leistungen“ leisten aber einen wichtigen Beitrag für die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Die freiwilligen Leistungen finden sich auch wieder im Haushalt 2018 auf den Seiten 218 und 219. Für den SFB-Ausschuss haben sie ein Volumen von 1.996.174 € (Plan 2018). Leistungen, die mit einer roten Ampel gekennzeichnet sind, werden im Laufe dieses und nächsten Jahres für den SFB-Ausschuss zur Diskussion vorbereitet.

Bei den **Unterkunftskosten** richten sich die Aktivitäten des Landkreises auf den verstärkten Bau von Sozialwohnungen. Hierzu hat der Kreistag in seiner Sitzung am 15.12.2014 eine Richtlinie zur Förderung verabschiedet, wonach in den nächsten 10 Jahren 1000 Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Diese Aktivitäten werden nicht ausreichen, den enormen Bedarf – vor allem an günstigen Wohnraum – zu decken. Hinzu kommt, dass die Mieten enorm angestiegen sind. Dadurch werden die Kosten der Unterkunft auch ohne steigende Fallzahlen weiter steigen. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich allein durch die Bereitstellung von Wohnraum für einkommensschwache Haushalte. Aus diesem Grund hat der Landkreis Ebersberg und die Stadt Grafing das gemeinsame Kommunalunternehmen (gKU) Wohnbaugesellschaft Ebersberg gegründet, das mit Bekanntmachung der Unternehmenssatzung im Oberbayerischen Amtsblatt am 29.12.2016 entstanden ist. Satzungsmäßig festgelegter Zweck dieses Kommunalunternehmens ist die Planung, die Errichtung, die Verwaltung und die langfristige Vermietung von baulichen Anlagen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben (grundsätzlich von Wohnungen für einkommensschwache Haushalte und anerkannte Flüchtlinge) sowie barrierefreier Wohnungen. Ein erstes Objekt in Grafing wird im April 2018 bezugsfertig.

Die Anerkennung von **Asylbewerbern** wird im Jobcenter zu steigenden Fallzahlen führen. Die Kosten der Unterkunft werden steigen, sobald anerkannte Asylbewerber nicht mehr in den staatlichen Unterkünften verbleiben können.

Die **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit dagegen belastet den Landkreis seit 2014 nicht mehr. Diese Kosten werden vollständig vom Bund übernommen.

#### Schulen:

Vom SFB-Ausschuss ist vorgegeben, dass es kein Ziel ist, vorrangig nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, sondern nach Möglichkeiten die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Die Steigerung der Wirtschaftlichkeit bedeutet nicht generell zu sparen, sondern sie bedeutet, Effizienz zu steigern (tun wir die Dinge richtig) als auch Effektivität (tun wir die richtigen Dinge). Hierzu werden Vergleiche durchgeführt. Mit Hilfe dieser Vergleiche ist es möglich, Sachmittel innerhalb der Schularten (Gymnasien, Realschulen, SFZ) zu vergleichen, sodass die Schulen voneinander im Sinne eines Benchmarkings profitieren. Neben den regelmäßigen dezentralen Controllinggesprächen (seit 2017 durch den Fachbereich Bildung im Sachgebiet Bildung und IT) werden zunehmend auch Austauschtreffen organisiert (insbesondere Schulbesuche und das auf Initiative von Landrat Robert Niedergesäß jährlich stattfindende Landkreisforum sowie Schulleiterdialog), um mit den Schulen sowie die Schulen untereinander in regelmäßigen Kontakt zu bringen.

### Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2016 zu Ist 2017	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2018
2014	2015	2016	2017	2018		
15.482.796	18.298.234	15.398.488	16.405.526	17.107.969	1.007.038	702.443

Der Planansatz 2018 liegt um 701.443 € über dem Ist 2017. Dagegen lag das Gesamtergebnis des SFB-Ausschusses im Jahr 2017 mit 16.463.606 € um 1.007.038 € über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Einhaltung des Planansatzes 2018 mit einer Steigerung um knapp 645.000 € gegenüber dem IST 2017 dürfte angesichts der Zuwachszahlen im Jobcenter durch die anerkannten Flüchtlinge sowie der anhaltend steigenden Mieten sowie der stetig steigenden Gastschulbeiträge eine Herausforderung darstellen. Einen deutlichen Zuwachs an Asylbewerbern wird das Budget nicht verkraften.

### Ausblick ULV – Ausschuss für Umwelt, Landkreisentwicklung, Infrastruktur

Der Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises in einem Planvolumen von gut 230.000 € jährlich. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen, in diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades oder Änderungen in der Linienführung reduziert werden. Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 46,8 % (2015) gesteigert werden konnte.

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung, die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen.

### 5. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreistag)

Keine Kostenstelle hat das Nettobudget um mehr als 200.000 € überschritten. Eine Genehmigungspflicht des Kreistages ist in diesem Bereich nicht entstanden. Die Kostenstelle 910 (Kreisstraßen und –unterhalt) wurde um 131.182 € überschritten, dies ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

Keine Investition wurde um mehr als 200.000 € überschritten. Auch in diesem Bereich ist keine Genehmigungspflicht des Kreistages entstanden.

### 6. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

#### Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

2014	2015	2016	2017	2018	Veränderung Ist 2015/2016	Veränderung Ist 2016/Plan 2017
Ist	Ist	Ist	Ist	Plan		
3.796.468	4.247.038	4.545.631	4.843.676	5.379.686	298.045	536.010

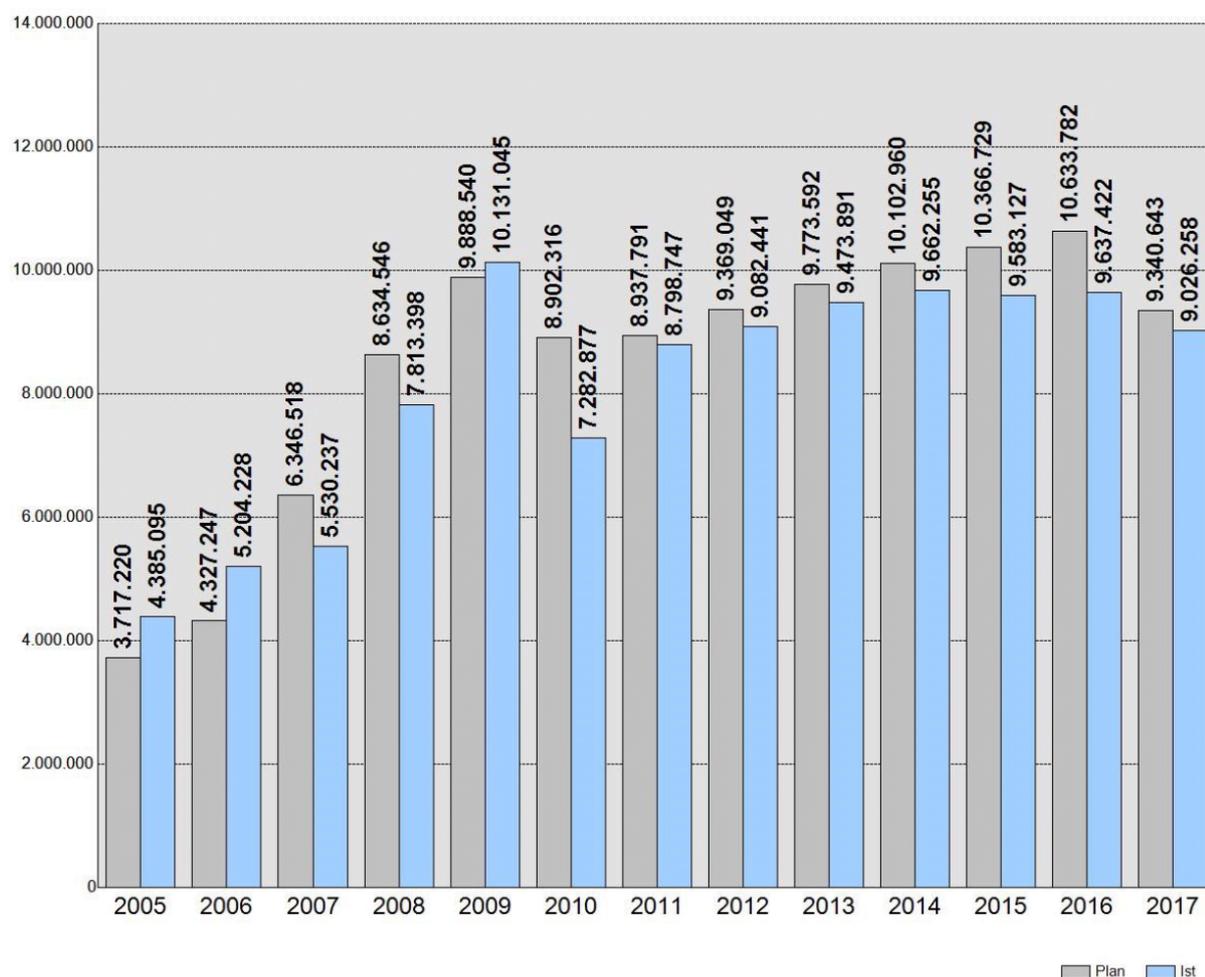
Der Planansatz 2018 wurde mit 536.010 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 veranschlagt. Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich.

## Ausblick LSV – Ausschuss für Liegenschaften und Vergaben

Energetische Sanierungen rücken immer weiter in den Vordergrund, schließlich muss auch der Landkreis seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Es ist eine politische Entscheidung, wie hoch die Mittel sind, die für Bauunterhaltsmaßnahmen jährlich zur Verfügung gestellt werden. Nicht unberücksichtigt sollte bleiben, dass die beschlossenen bzw. teilweise bereits realisierten Generalsanierungen ebenfalls Bauunterhaltsmaßnahmen sind, die allerdings in den investiven Bereich verschoben wurden. Dies hat zwei Vorteile:

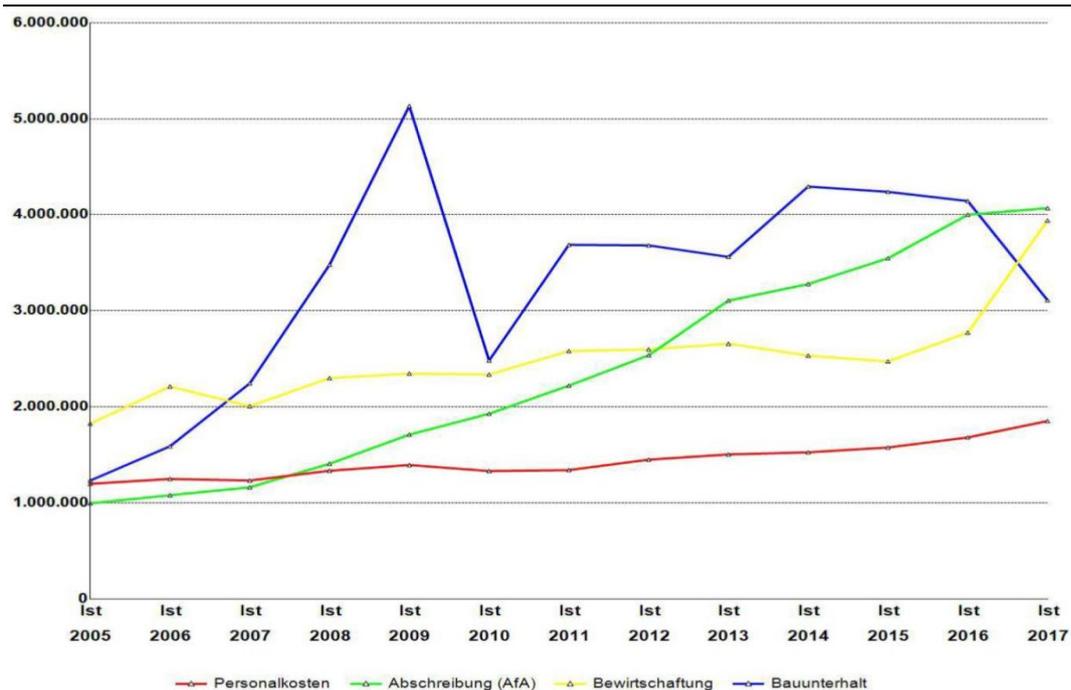
- Maßnahmen können über (sehr günstige) Kredite finanziert werden
- Die Maßnahmen sind förderfähig, was sie im Unterhaltsbereich nicht wären.

Entwicklung der Unterhaltsaufwendungen:



Die Mittel für die Liegenschaften des Landkreises wurden bis zum Jahr 2016 jährlich erhöht. Von 2016 auf 2017 sank der Mittelverbrauch um 611.164 € bzw. 6,3 %.

Die nachfolgende Grafik unterteilt die **Aufwendungen** (ohne Berücksichtigung von Erträgen) in die Positionen Abschreibung, Bauunterhalt, Bewirtschaftung und Personalkosten:



Personalkosten: rote Linie – leicht steigend

Abschreibung: grüne Linie – stark ansteigend

Bewirtschaftung: gelbe Linie – steigend ab 2015

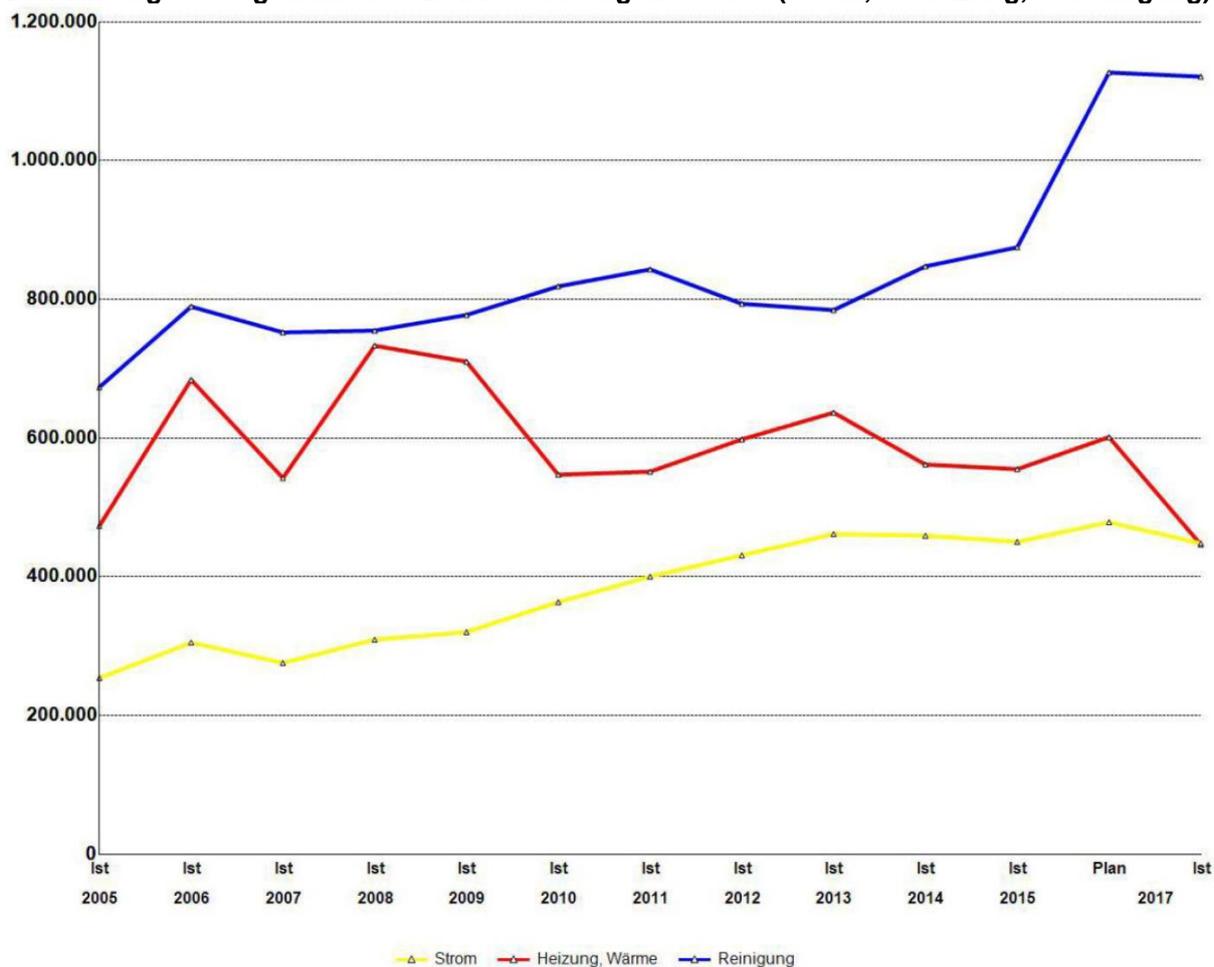
Bauunterhalt: blaue Linie – heterogene Entwicklung, abflachend in den letzten Jahren.

Seit dem Jahr 2016 erfolgt eine Aufteilung der PPP Betriebsleistung in Bewirtschaftung und Bauunterhalt, welche zuvor (mangels Transparenz) zusammen dem Bauunterhalt zugeordnet waren.

Die Entwicklung der einzelnen Unterhaltsarten:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist	Plan	Ist											
Personalkosten	1.197.406	1.247.879	1.231.585	1.333.461	1.392.993	1.330.433	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.525.315	1.575.640	1.680.312	1.838.150	1.851.177
Abschreibung (AFA)	993.463	1.078.584	1.160.720	1.406.080	1.709.334	1.926.985	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.277.931	3.546.303	3.999.754	3.960.410	4.067.751
Bewirtschaftung	1.822.523	2.211.276	2.004.996	2.297.804	2.345.554	2.335.267	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.532.361	2.471.325	2.771.340	4.104.955	3.938.378
Bauunterhalt	1.231.068	1.588.142	2.243.316	3.478.502	5.132.435	2.481.213	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.293.566	4.238.330	4.142.477	3.190.580	3.109.452

Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Die AfA entwickelt sich weiter steigend. Bei den Bewirtschaftungskosten ist durch die Zuordnung des PPP-Betriebskostenanteils, der für die Bewirtschaftung anfällt, insbesondere 2017 eine starke Steigerung gegeben. Der starke Rückgang im Bauunterhalt erklärt sich u.a. durch die nun mögliche Aufteilung des PPP-Betriebskostenanteils, welcher zuvor voll im Bauunterhalt enthalten war.

**Betrachtung ausgewählter Bewirtschaftungskosten (Strom, Heizung, Reinigung):**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist	Plan	Ist											
Strom	254.163	305.220	275.992	309.482	320.443	363.588	400.342	430.997	461.742	459.297	450.495	455.260	478.800	448.312
Heizung, Wärme	473.353	683.990	542.467	733.237	710.135	547.138	551.585	598.206	636.688	561.897	555.197	481.293	601.370	446.529
Reinigung	673.378	789.550	752.349	754.965	777.476	818.727	843.151	793.633	784.590	847.593	875.041	1.110.795	1.126.900	1.121.055

Die **Stromkosten** der Liegenschaften haben sich im Zeitraum von 2005 bis 2013 (IST) um 80 % erhöht. Seit 2013 haben sich die Stromkosten geringfügig reduziert, wobei der Planansatz im Jahr 2017 unterschritten wurde (- 30.488 bzw. 6,3 %).

Die **Heizkosten** haben sich von 2005 bis 2013 (IST) um 34 % erhöht. Seit dem Jahr 2013 ist ein stetiger Rückgang der Heizkosten zu beobachten, die Heizkosten lagen 2017 nochmals um 34.764 € bzw. 7,2 % unter den Heizkosten des Jahres 2016.

Die **Reinigungskosten** haben sich im Zeitraum von 2005 bis 2017 stetig erhöht. Insgesamt ist eine Steigerung von 66 % festzustellen. Die Reinigungskosten bleiben 2017 um 5.845 € hinter dem Plan 2017 zurück.

#### 4. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreistag)

Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 200.000 € übersteigen, sind vom Kreistag zu genehmigen (§ 29 Abs. 2 Nr. 5 GeschoKT). Sind sie größer als 100.000 €, sind sie vom Fachausschuss zu genehmigen.

In der Ergebnisrechnung ist ein genehmigungspflichtiger Sachverhalt für den Fachausschuss eingetreten:

Kostenstelle 331 (Brand- und Katastrophenschutz) mit 112.041 €

Zudem ist in der Ergebnisrechnung ein genehmigungspflichtiger Sachverhalt für den Kreistag eingetreten:

Kostenstelle 958 (Gebäude Gymnasium Markt Schwaben) mit 390.459 €

Bei den Investitionen gibt es einen genehmigungspflichtigen Sachverhalt für den Kreistag:

942-0001 Kauf des Kreissparkassengebäudes mit 477.322 €

## 5. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2016 zu Ist 2017	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2018
2014	2015	2016	2017	2018		
10.677.701	10.630.264	10.645.346	10.158.651	12.184.808	-486.695	2.026.158

Gegenüber dem Ist 2017 wurde der Plan für das Jahr 2018 um 2.026.158 € erhöht. 2018 kommt eine weitere Liegenschaft mit dem Kreissparkassengebäude hinzu, die Bewirtschaftung dieses Gebäudes wird den Kreishaushalt bereits 2018 um mehr als 500.000 € in der Bewirtschaftung belasten.

## Ausblick JHA – Jugendhilfeausschuss

### Steuerungsmöglichkeiten

Der Zugang an Fallzahlen an sich lässt sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Jugendamt nicht steuern. Im Übrigen besteht nur eine begrenzte Steuerungsmöglichkeit, nachdem das Jugendamt überwiegend Pflichtleistungen zu erbringen hat. Es kommt deshalb darauf an, klare Vorgaben und Ziele zu formulieren, vorhandene Strukturen im Sinne einer gelingenden Netzwerkarbeit besser aufeinander abzustimmen und ausschließlich bedarfsgerechte, wirksame und notwendige Hilfearten anzubieten. Das Jugendamt arbeitet daher weiter an der Entwicklung von Qualitätskennzahlen sowie an der vollständigen Verschriftlichung aller Ablaufstandards. Im Bereich des Pflegekinderdienstes wurden beispielsweise die Standards für die Bereitschaftspflege, für den Mehrbedarf der Familien und für die Unterbringung von Fällen des Bezirkes neu gefasst bzw. vereinheitlicht und damit ein sehr positives Jahresergebnis bei steigender Qualität erzielt.

Die intensiven Untersuchungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass eine schnelle und oberflächliche Steuerung sowie Konzepte ohne planerische und strategisch weitsichtige Überlegungen („Fahren auf Sicht“) lediglich Ausweichbewegungen in andere Hilfearten bewirken und Bedarfe generieren, die enorme Folgekosten nach sich ziehen. Die Jugendhilfeplanung ist deshalb dabei, jede einzelne Hilfe bezüglich der Wirksamkeit und Wechselwirkungen zu untersuchen und diese Zahlen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen.

Wichtig ist es, langfristige Überlegungen anzustellen, wohin sich die Jugendhilfe im Landkreis Ebersberg in den nächsten Jahren entwickeln soll. Auch bei Programmen, Initiativen und Vorschlägen von Bund und Land, des Bayerischen Landesjugendamtes und der Kommunalpolitik ist zu berücksichtigen, dass diese zur Ausgestaltung der Jugendhilfe im Landkreis Ebersberg passen. Der Politik kommt hier hohe Verantwortung zu, denn das Jugendamt kann nur beraten – nicht entscheiden.

Das Jugendamt beteiligt sich an diesem Prozess mit der Kalkulation der zu erwartenden Ausgaben und der Evaluierung der daraus erwachsenden Auswirkungen (positiv/negativ) sowie als Impuls- und Ratgeber. Die daraus resultierenden Überlegungen und Weichenstellungen müssen schließlich von allen Beteiligten mitgetragen und in den Gremien und Ausschüssen mitverantwortet werden, um das Jugendamt nicht in das Spannungsfeld fiskalisch propagierter Erwartungen und gesetzlich zu erfüllender Vorgaben geraten zu lassen.

#### 4. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreistag):

Über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 200.000 € übersteigen, hat der Kreistag nach Vorberatung durch den Kreis- und Strategieausschuss zu entscheiden. Eine Kostenstelle hat überplanmäßige Ausgaben, die die Grenze von 200.000 € überschreiten und die der Kreistag genehmigen muss.

Es handelt sich um die Kostenstelle 232 (Hilfe für junge Volljährige § 41) in Höhe von 906.610 €.

Eine Genehmigung bei der Kostenstelle 232 (Hilfe für junge Volljährige) wird aber nicht für erforderlich gehalten. Die Planung erfolgte auf Kostenstelle 230 (Jugendamt) bei der jeweiligen Hilfe. Ein eigener Ansatz auf der Kostenstelle 232 ist nicht möglich, das Alter und die Art der Hilfe sind zur Planung nicht bekannt. Deshalb erfolgt eine ganzheitliche Planung auf der Kostenstelle Jugendamt. Dort wurde der Planansatz um 1.238.514 € unterschritten, sodass eine Genehmigung für entbehrlich gehalten wird.

#### 5. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

Ist					Ist	Plan	Veränderung Ist 2016 zu Ist 2017	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2018
2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018		
10.430.677	10.896.900	11.762.001	12.028.254	11.493.915	12.409.160	12.933.158	915.246	523.997

Das Jahresergebnis des Jugendhilfeausschusses lag 2017 um 915.246 € bzw. 8 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

Vom jetzigen Standpunkt aus scheint die Einhaltung des Plans 2018 als erreichbar, sofern die Fallzahlen auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie im Jahr 2017 bleiben.

Künftig werden alle eingehenden Fälle einer Eingangsdiagnostik unterzogen und dabei die eigens entwickelten Diagnosetabellen eingesetzt. Mit dieser Maßnahme soll eine möglichst effektive, ausführliche und differenzierte Feststellung des Hilfebedarfs unter Anwendung eines allgemein anerkannten fachlichen Standards erreicht werden. Gleichzeitig soll die Eingangsdiagnostik aber auch zum „intelligenten“ Sparen beitragen, weil für den jungen Menschen nur die geeignete, sachlich notwendige und damit wirksamste und somit letztlich kostengünstigste Hilfe eingesetzt wird. Durch die weitere Festschreibung der Ablaufstandards wird dabei eine gleichbleibende hohe Qualität gewährleistet.

Der Fallzugang an sich lässt sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Jugendamt nicht steuern. Im Übrigen besteht nur eine begrenzte Steuerungsmöglichkeit, nachdem das Jugendamt überwiegend Pflichtleistungen zu erbringen hat. Es kommt deshalb darauf an, kleine Hebel anzusetzen, klare Vorgaben zu formulieren, vorhandene Strukturen besser aufeinander abzustimmen und ausschließlich bedarfsgerechte und notwendige Hilfearten anzubieten. Das Jugendamt arbeitet daher weiter an der Entwicklung von Qualitätskennzahlen sowie an der vollständigen Verschriftlichung aller Ablaufstandards.

Die intensiven Untersuchungen der letzten Jahre haben vor allem deutlich gemacht, dass eine schnelle und oberflächliche Steuerung sowie Konzepte ohne planerische und strategisch weitsichtige Überlegungen („Fahren auf Sicht“) lediglich Ausweichbewegungen in andere Hilfearten bewirken und Bedarfe generieren, die enorme Folgekosten nach sich ziehen.

Deshalb konzentriert sich das Jugendamt darauf, langfristige Überlegungen anzustellen, wohin sich die Jugendhilfe im Landkreis Ebersberg in den nächsten Jahren entwickeln soll.

Zum 01.01.2017 wurde das Jugendamt aus der großen Abteilung 2 (Soziales) herausgelöst und zu einer eigenen Abteilung umorganisiert. Der Bereich Demografie, der vorher als Teil der Sozialen Fachstellen bei der Abteilungsleitung 2 (Soziales) angesiedelt war, wurde als Team in der neuen Abteilung 6 Jugend, Familie und Demografie eingegliedert. Diese neue Organisation verspricht Effizienz und Zukunftsorientierung in einem wachsenden Landkreis.

## Risiken der zukünftigen Entwicklung

### Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit:

Der Landkreis Ebersberg ermittelt jedes Jahr bei der jährlichen Haushalts- und Finanzplanung belastbare Daten zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit. Sie werden in einer Übersicht nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik als Pflichtanlage zum Haushalt dargestellt. Zusätzlich wird im Vorbericht immer eine Selbsteinschätzung zur dauernden Leistungsfähigkeit vorgenommen. Diese Angaben werden beim Erteilen der Haushaltsgenehmigung durch die Regierung von Oberbayern in ihrer Eigenschaft als Rechtsaufsichtsbehörde überprüft.

### Schuldenentwicklung und Risikosicherung:

Im Jahr 2011 wurde mit einem Anstieg der Verschuldung des Landkreises auf rund 78 Millionen € bis 2015 geplant. Die Situation hat sich bis zum Jahr 2016 deutlich entspannt. Zum Jahresende liegt die Verschuldung bei 54,8 Mio. €. 2017 wurde keine Kreditaufnahme geplant, so dass sich zum Ende des Jahres der Schuldenstand auf 46,6 Mio. € weiter reduziert hat.

In den nächsten Jahren sind erhebliche Investitionen geplant, die im Haushalt noch nicht berücksichtigt sind, weil keine Beschlüsse der Kreisgremien vorliegen. Der Haushalt bildet diese künftigen Investitionen über die sogenannte Warteliste ab, die im Vorbericht des jährlichen Haushalts aufgelistet sind. Vorsorglich zeigt der Haushalt in den Jahren 2018 bis 2021 eine drohende Neuverschuldung von 41 Mio. € auf. Die Verschuldung würde unter diesen Annahmen bis 2021 auf 69,4 Mio. € anwachsen.

Um das Problem der steigenden Verschuldung in den Griff zu bekommen, hat der Kreistag erstmals am 17.12.2007 eine Finanzleitlinie verabschiedet. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2015 die Leitlinie neu gefasst und bestätigt.

Die Investitionsquote, die in den Jahren 2011 und 2012 jeweils über 33 % betrug, wurde in den Folgejahren kontinuierlich zurückgefahren auf einen Stand von 9 % in den Jahren 2016 und 2017. Es ist zu erwarten, dass die Investitionsquote ebenso wie die Verschuldung in den nächsten Jahren deutlich steigen wird.

### Konkrete Zielsetzung der Finanzleitlinie:

Ziel ist es, bei steigenden Zinsen die durchschnittliche Verzinsung mittel- bis langfristig zu begrenzen und abzusichern und durch geeignete Maßnahmen, vor allem in Zeiten sinkender Zinsen auf unter 4 % abzusenken.

Dieses Ziel wurde schon lange erreicht. Nachfolgend die Entwicklung der durchschnittlichen Verzinsung im Schuldenportfolio:

Zu Beginn der Zinssteuerung (Oktober 2007)	4,77 %	31.12.2013	2,39 %
31.12.2008	4,13 %	31.12.2014	1,86 %
31.12.2009	3,94 %	31.12.2015	1,33 %
31.12.2010	3,36 %	31.12.2016	1,08 %
31.12.2011	3,81 %	31.12.2017	1,07 %
31.12.2012	2,83 %		

Darauf aufbauend die Entwicklung der Zinseinsparungen durch die Zinssteuerung:

2007	54.611 €	2013	63.204 €
2008	339.140 €	2014	40.091 €
2009	222.999 €	2015	16.741 €
2010	367.590 €	2016	0 €
2011	612.300 €	2017	.....0 €
2012	400.000 €		
		<b>Summe</b>	<b>2.116.676 €</b>

### **Steuerung und Berichtswesen:**

Die grundsätzliche Festlegung und Überprüfung der Strategie im Schuldenmanagement des Landkreises Ebersberg erfolgt kontinuierlich in mindestens **halbjährlichen**, bei Bedarf in kürzeren Zeitabständen. Dazu werden alle Ausgaben für Zinsen im Haushalt mindestens auf den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum von 5 Jahren projiziert und im Vorbericht des Haushaltsplanes erläutert. Mittels geeigneter Zinsszenarien werden ausgehend von der gegenwärtigen Situation zukünftige Entwicklungen abgeschätzt und beurteilt.

Zur risikoadäquaten Minimierung der Zinslast in den einzelnen Zinsszenarien werden anschließend geeignete, strategische Maßnahmen getroffen.

Ein **Schuldenmanagement** kann aber eines nicht leisten: die kommunale Verschuldung als solche zu begrenzen oder abzubauen. **Das ist alleinige Gestaltungsaufgabe der Politik im Rahmen des Kreishaushalts.** Das kommunale Schuldenmanagement kann lediglich die Auswirkungen der Verschuldung – die Zinslast – begrenzen.

Die Instrumente, die zur Minimierung und Begrenzung der Zinslast im Landkreis Ebersberg eingesetzt werden, werden kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit überprüft und bewertet. Sämtliche Maßnahmen zur Begrenzung der Zinslast werden ausführlich und nachvollziehbar dokumentiert. Die Abwicklung erfolgt über Handelspartner mit zweifelsfreier Bonität im Rahmen von Ausschreibungen.

Die Anwendung der Zinssicherungsinstrumente hat der Kreistag in einer Dienstanweisung für den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im kommunalen Zins- und Schuldenmanagement beim Landkreis Ebersberg am 14.12.2015 geregelt.

Die Vorgehensweise wird mindestens halbjährlich in dokumentierten Strategietermen auf den Prüfstand gestellt, um die eingesetzten Zinsverträge an die aktuell vorhandenen Grundgeschäfte anzupassen. Bei Bedarf erfolgen Adjustierungen auch außerhalb der Strategietermine.

### **Regeln zur Kreditaufnahme:**

Kredite werden höchstens mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgenommen. Sie werden im Ablauf der Laufzeit gleichmäßig und vollständig getilgt. Sondertilgungen sind zulässig. Kredite mit endfälliger Tilgung und/oder Zinszahlung sind unzulässig.

### **Eigenfinanzierungsanteil:**

Bei Investitionen dürfen nicht mehr als 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden. Jede Investition über 200.000 € muss zwingend einen Finanzierungsvorschlag enthalten.

### **Folgekosten von Investitionen (§ 12 KommHV Doppik):**

Bevor Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung beschlossen werden, soll unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten die wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden. Von erheblicher finanzieller Bedeutung ist eine Investition gem. § 29 Abs. 3 GeschO-KT ab einer Investitionssumme von mehr als 3 Mio. €.

Baumaßnahmen dürfen erst veranschlagt werden, wenn Bauunterlagen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Maßnahme, des Grunderwerbs und der Einrichtung im Einzelnen ersichtlich sind.

Den Beratungen der Kreisgremien sind

1. Angaben über die Kostenbeteiligung Dritter (insbesondere Zuschüsse),
2. ein Terminplan mit Angaben der voraussichtlichen Jahresraten und
3. eine Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen (**Folgekosten**) beizufügen.

## **Ziele und Maßnahmen zur Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit des Kreishaushalts:**

Es gilt die Finanzleitlinie des Kreistages vom 14.12.2015. Die Warnindikatoren und ihre aktuelle Entwicklung:

Warnindikator Schuldenabbau: Ab 2035 darf die Verschuldung des Landkreises höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen der Haushaltssatzung des jeweiligen Planjahres betragen. Im Plan Jahr 2017 beträgt der Gesamtbetrag der Aufwendungen 133,6 Mio. €. Würde die Regel also bereits wirksam sein, wäre der Indikator überschritten. Am Jahresende 2017 wird die Verschuldung bei ca. 46,6 Mio. € liegen, das wären 35 % und damit 5 % weniger als im Vorjahr. Die deutliche Verbesserung liegt vor allem daran, dass der Gesamtbetrag der Aufwendungen von 2015 auf 2017 von 112 Mio. € auf 133,6 Mio. € gestiegen ist (+ 16 %). Verantwortlich dafür sind die Aufwendungen für Asyl im Sozialamt und im Jugendamt.

Darlehen werden vom Landkreis in 20 Jahren getilgt. Der Indikator ist einhaltbar, wenn der Grad der Neuverschuldung kontinuierlich zurückgefahren wird, d.h. die Neuverschuldung unter der Tilgung liegt. Dieses Vorhaben wird in den nächsten Jahren einen deutlichen Einbruch erleiden – es sind neue Kredite in Höhe von 41 Mio. € in der Finanzplanung aufgezeigt.

Das Finanzmanagement kann nur die Zinsentwicklung steuern und beeinflussen. Die Kreditaufnahmen dagegen nicht, sie sind die Folge von Investitionsentscheidungen des Kreistags.

Warnindikator Ergebnisüberschuss: Dieser Indikator muss im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung eingehalten werden und beeinflusst unmittelbar die Höhe der jeweils festzulegenden Kreisumlage. Der Ergebnisüberschuss muss mindestens 4 % der Verschuldung bzw. mindestens 2 Mio. € betragen. Mit einem geplanten Ergebnisüberschuss 2018 in Höhe von 8,1 Mio. € liegt die Planung weiterhin deutlich über dem Warnindikator.

Warnindikator Schuldendienst: Zins und Tilgung dürfen nicht mehr als 6,8 Mio. € in der Planung betragen. 2018 betragen Zins und Tilgung 5,6 Mio. € und damit 200.000 € weniger als im Vorjahr.

Warnindikator Schuldenstand: Er darf 65 % des Gesamtbetrages der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten. Er beträgt 36 %, am 31.12.2017 damit 6 % weniger als im Vorjahr. 2018 wird er weiter sinken und voraussichtlich 34 % betragen.

Warnindikator Eigenfinanzierungsanteil: Bei Investitionen dürfen nicht mehr als 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden. Dies ist 2018 sichergestellt. Investitionen in Höhe von 24,3 Mio. € stehen Kreditaufnahmen in Höhe von 6 Mio. € gegenüber, damit sind die Investitionen des Jahres 2018 mit 75 % aus Eigenmitteln finanziert.

Alle Warnindikatoren der Finanzleitlinie sind eingehalten und haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut verbessert.

### **Zusammenfassung:**

Mit dem vom Kreistag beschlossenen Masterplan Schulen werden in den nächsten 10 Jahren über 160 Mio. € Investitionen getätigt werden. Diese Transparenz bietet den Vorteil, dass bereits vor der Umsetzung der Investitionen vorausschauende Finanzpolitik erfolgen kann. Die Ergebnisüberschüsse der vergangenen Jahre waren mit jeweils über 10 Mio. € sehr hoch und vermieden Kreditaufnahmen.

Auf die bevorstehenden Investitionen wurde in der Finanzplanung mit der Darstellung von 41 Mio. € Kreditaufnahmen reagiert, was zu einer Erhöhung der Verschuldung bis 2021 von knapp 70 Mio. € führen wird. Falls dieses Szenario so eintritt, wird die Einhaltung der Warnindikatoren Schuldenabbau und Schuldendienst gefährdet sein.